

elam

D 2835 E
**MAGAZIN
FÜR
JUNGE LEUTE**

6 Frankfurt M. 1
Mai 5 69 1 DM

FNL-
Interview:

Vietnam

aus
erster
Hand

Liebe machen macht
Spaß:

Fakten!

Oma
Gewerbe-
ordnung:

21. Juni

Geburtstags
feier
in
Bonn



OMG! WIR KOMMEN!

21. Juni Geburtstagsfeier in Bonn

„Nach Studenten und Schülern begehren jetzt junge Arbeiter auf. Sie fordern ein Gesetz, das Jugendlichen eine bessere Berufsausbildung sichert und Mitbestimmung zubilligt.“ (Spiegel, 17. 3. 69) — „An unseren Berufsschulen brodelt es. Rebellion der Stifte.“ (Metall, 1. 4. 69) — „Die Zeit des Bierholens muß endgültig vorüber sein.“ (Frankfurter Rundschau, 14. 4. 69) Die „Zeit“ zitiert am 18. 4. 69 Mannheimer Lehrlinge: „Wir klagen das Parlament an, daß es bis zum heutigen Tag versäumt hat, ein Berufsausbildungsgesetz zu verabschieden, über das schon vierzig Jahre diskutiert wird.“ Nach elan im Dezember 68 („Lehrlinge werden wild“) nun auch der „Stern“: „Aufstand der Lehrlinge“ (13. 4. 69) Hamburger Lehrlinge und Jungarbeiter fällten in ihrem Arbeiterjugendgericht ein vernichtendes Urteil über das bestehende Berufsausbildungssystem. In Hamburg, Essen, Stuttgart und München, in Dortmund, Mannheim und Hannover schlossen sich Lehrlinge zu Aktionsausschüssen zusammen, organisierten sie Demonstrationen. Feierliche Freisprechungszeremonien wurden verunsichert. Die Lehrlinge sagten wie es ist: „Brauchst Du 'nen billigen Arbeitsmann, schaff Dir einen Lehrling an.“ Sie wollen mitbestimmen: „Das Übel an der Wurzel packen, die Unternehmerherrschaft knacken.“ Bisher war es so: „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix.“ Die Alternative ist klar: „Statt Unternehmernesschwätz — Ausbildungsgesetz“. Die Aktionen gehen weiter. Junge Gewerkschafter wollen den Vorabend des 1. Mai für Berufsausbildungsdemonstrationen nutzen. Die Christlichen Jungen Arbeitnehmer (CAJ) riefen auf zum Protest in Bonn am 1. Mai. DGB-Bundesjugendsekretär Walter Haas kündigt Hilfe für die Aktionen der Arbeiterjugend

an (siehe elan-Interview S. 20). Die Gewerkschaftsjugend in einem zentralen Flugblatt: „Jetzt muß sich die gesamte Jugend zu Wort melden. Sie muß den Parteien, den Abgeordneten sagen, daß sie keine schönen Versprechungen mehr hören, daß sie Taten sehen will.“ Man muß es den Verantwortlichen sagen! In Bonn. Einen Sternmarsch nach Bonn schlug die Aachener IG Metall-Jugend vor. Einen Terminvorschlag steuerte die SDAJ bei: „Kommt zur Geburtstagsfeier am 21. Juni nach Bonn!“ Warum Geburtstag? Am 21. Juni ist der 100. Geburtstag der Gewerbeordnung, die unsere Ausbildung noch immer regelt. In ihr heißt es: „Der Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen“, der die „Befugnis zum Halten von Lehrlingen“ besitzt! In vielen Jugendgruppen der Gewerkschaftsjugend, der Naturfreundejugend, der SDAJ, in Betriebsjugendvertretungen, in Lehrwerkstätten, in Berufsschulen wird jetzt beraten, wie der Oma Gewerbeordnung eine zünftige Geburtstagsfeier bereitet werden kann. Karin Wolk (19), Betriebsjugendvertreterin bei DEMAG Duisburg, zum elan: „Die Idee ist Klasse. Vertreter der Lehrlingsausschüsse, der Betriebsjugendvertretungen und der Arbeiterjugendverbände müssen gemeinsam den 21. Juni vorbereiten. Ich schlage die Gründung eines Kuratoriums ‚Geburtstagsfeier in Bonn‘ vor.“ Wir meinen, ein guter Vorschlag, wie die Arbeiterjugend in dieser Frage zur gemeinsamen Aktion kommen kann. Was meint Ihr dazu? Schreibt an elan (46 Dortmund, Brüderweg 16). Oder ruft uns an (0231/57 20 10). elan hält ständig die neuesten Informationen über die Aktion „Geburtstagsfeier in Bonn“ bereit.

elan

5/Mai '69

MAGAZIN
FÜR
JUNGE LEUTE



In diesem Jahr werden die beiden deutschen Staaten 20 Jahre alt. Sie sind beinahe volljährig — wenn man die veraltete Regelung der Bundesrepublik zugrundelegt —, oder sie sind bereits seit zwei Jahren mündig — wenn man die Gesetze der DDR und die Forderungen der fortschrittlichen Jugend unseres Landes zum Maßstab nimmt. Gleichwohl, sie sind selbständig, erwachsen. Junge Menschen, die heute ebenfalls zwanzig sind, sollen aber diskriminiert und nicht gleichberechtigt sein, soweit sie Bürger des zweiten deutschen Staates, der DDR, sind. So wollen es die Minister der Großen Koalition. Denn was sonst steckt dahinter, wenn Bundeskanzler Kiesinger — nachdem man lange genug die Realitäten leugnete — heute zwar die Realitäten sehen, aber nicht anerkennen will. Der Weg zum Frieden gehe nicht über die Anerkennung der Realitäten

„und schon lange nicht über die Anerkennung eines zweiten deutschen Staates“. Der Status quo in Europa dürfe nicht ewig werden. So Kiesinger vor dem CDU-Vorstand. 2 mal 2 ist zwar 4, soll aber bald 5 werden. Nach dem Wunsche der herrschenden Politiker soll allein die Bundesrepublik mit allen Eigenschaften eines Staates ausgerüstet sein, den DDR-Bürgern mehr Mutterland als Ausland. Die DDR hingegen sei für uns kein Ausland, wie Herbert Wehner nicht müde wird, uns zu versichern. Mehr vorenthaltene Kolonie? Man ändere den Status quo? Man hole sich, was uns vorenthalten? Dies Spiel ist gefährlich. Mit Friedenspolitik hat es nichts zu tun. Im Gegenteil. Und es demütigt unsere Brüder und Schwestern. Es soll die Jugend der DDR und ihren Staat entmündigen. Diesen Staat richtet sie sich ein — mit Hochschulreform, mit Leistungen in den Betrieben, in der Leitung der Gesellschaft. Kein Kiesinger und kein Wehner, keiner jener politischen Bankrotteure, hat das Recht, unseren Altersgenossen in der DDR ihr Leben in ihrer sozialistischen Gesellschaft streitig zu machen. Sie haben nicht das Recht, doch sie nehmen es sich. Sie geben nicht auf, sondern sie verschärfen ihren Kurs. „Wir sind keine Anerkennungspartei, aber wir sind auch keine Ausklamme-

rungspartei“, meinte Karl Schiller. Nicht anerkennen und nicht ausklammern. Also dann: Seid umklammert, 17 Millionen. Es ist schon eine teuflische Glanzleistung politischen Komödiantentums, das uns heute geboten wird. Da siegt die Vernunft in zwei großen Landesverbänden der SPD. Da fordern die Sozialdemokraten von Hessen-Süd und Schleswig-Holstein die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der BRD und der DDR als gleichberechtigte Staaten deutscher Nation. Aber gelingt es dem SPD-Ministerflügel noch einmal, die vernünftigen Genossen mit dem Geschwätz hereinzulegen, man solle nicht die DDR anerkennen, andererseits aber auch nicht ihre staatliche Existenz leugnen und ihr nicht den Status des Auslands verleihen. So sagen sie es zur Beruhigung der Mitglieder. In der Regierung aber, dort hat man sich auf die alte, hundertprozentige Expansionstour festgelegt: „Die Bundesregierung gehe... davon aus, daß es eine ‚völkerrechtliche Staatsqualität‘ der DDR nicht gebe“. (So lt. Frankfurter Rundschau vom 17. 4. 69 der Wehner-Intimus und stellvertretende Regierungssprecher Conrad Ahlers.) Ich meine, wer die Realitäten sieht (wie Kiesinger) und die staatliche Existenz der DDR nicht leugnet (wie Wehner), andererseits aber den Status quo

verändern und die Anerkennung verweigern will, ist doppelt gefährlich. Das mögliche Verbrechen der unrechtmäßigen Aneignung der DDR erhält so den Charakter des vorsätzlichen Verbrechens. Anerkennung vertieft die Spaltung? Nein, Anerkennung sichert den Frieden und schützt den Sozialismus in der DDR. Doch die Herrschenden wollen das Gegenteil. Dafür haben sie ihr Konzept bereit, die Barone Wrangel und Minister Schröder, die die monopolkapitalistische Bundesrepublik zum Modell für ganz Deutschland erklärten. Das Verbrechen wird auch nicht dadurch vertuscht, daß die SPD-Führung tönt: „Wir bieten der DDR Verhandlungen ohne jegliche Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an.“ — „Ohne jegliche Diskriminierung“ wollen also die ehemaligen Großgrundbesitzer und Fabrikanten mit umständehalber vorübergehend heute dort wirkenden und bestimmenden Lohnarbeitern und Knechten in der Zone sprechen. Etwa über das Thema, wie der Status quo zu verändern und der Kapitalismus in der DDR zu restaurieren wäre. Dieser Politik gilt unser Widerstand.

Herzlichst
Ulrich Sander

HERAUSGEBER
Pfarrer Willi Heintzeler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel
CHEFREDAKTEUR
Ulrich Sander
STELLV. CHEFREDAKTEUR
Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG
Jerken Diederich
REDAKTION
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10
VERLAG
Weltkreisverlags GmbH.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65
DORTMUNDER BÜRO
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER
Werner Maletz
PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,— einschl. Mehrwertsteuer / Jahresabonnement DM 13,— einschl. Zustellgebühr
KONTEN
Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt / Kto.-Nr. 290 221
Postcheckkto. Frankfurt/M. Kto.-Nr. 2032 90

FOTOS: AP / dpa / Udo Hoffmann / Helmut Mamczak / Klaus Rose / Manfred Scholz / Manfred A. Tripp / Helmut Westerdorf / Peter Herz / Erich Schreier
TITELFOTO: Peter Wiegand
Druck:
Hosch GmbH., Frankfurt/M.



ARNOLD KLUG:

Schaff Dir einen Lehrling an!





Unternehmer — Sündenregister

Treuepflicht heißt Schnauze halten

Zwei blaue Briefe

„Von der monatlichen ‚Ausbildungsbeihilfe‘ geht ein großer Teil für das Fahrgeld zum Betrieb und zur Berufsschule drauf. Ein weiterer, viel zu großer Betrag muß für das Mittagessen ausgegeben werden. Außerdem kommen die Kosten für die Lehrmittel und für die Reinigung der Arbeitskleidung dazu. Was bleibt dann noch von der sogenannten ‚Ausbildungsbeihilfe‘ übrig?“

Wir meinen: es muß mehr sein!

Bei gerechterer Berücksichtigung der finanziellen Situation der Lehrlinge schlagen wir folgendes vor:

1. Das Fahrgeld zur Arbeitsstätte und Berufsschule muß jedem zurückerstattet werden!
2. Das Essensgeld muß um die Hälfte gesenkt werden!
3. Die Ausgaben für die Lehrmittel müssen von der Firma übernommen werden!
4. Das Geld für die Anschaffung und die Reinigung der Arbeitskleidung muß die Firma zahlen!

So hieß es u. a. in einem von der SDAJ-Wuppertal verbreiteten Flugblatt. Der Text richtete sich an die Lehrlinge der Chemischen Werke Dr. Herberts und wirbelte dort enorm Staub auf. Schließlich hatte sich die Firmenleitung seit Jahren rührend bemüht, mit viel Schmus und Propaganda ein Image von „erstklassiger Berufsausbildung“ aufzubauen. Die Bosse zeigten sich jovial und reagierten mit einer Einladung an die Flugblattautoren. Man wollte sich im firmeneigenen Gästehaus über die aufgeworfenen Fragen unterhalten. Und so stellten sich die Kritiker auch zum Gespräch: SDAJ-Ortsvorsitzender Peter Dahl, die in der Firma beschäftigten Jungarbeiter Werner Wildhirt (19), Vertrauensmann der IG Chemie und Hans-Joachim Klein (20), ebenfalls Gewerkschafter.

Die Bosse gestalteten das Gespräch kurz, knapp und belanglos. Denn Argumente hatten sie nicht aufzubieten, insbesondere nicht zu der inzwischen weiter formulierten Kritik. So stellten die „Vorgeladenen“ fest: „Die ‚vorbildliche‘ Berufsausbildung bei Herberts sieht folgendermaßen aus:

- Für 300 Lehrlinge keine Lehrwerkstatt.
- Für 300 Lehrlinge 7 Ausbilder ohne pädagogische Ausbildung.“

Soviel Kritik erschien den Herberts-Gewaltigen verbrecherisch. Schon zwei Tage später hielten Werner Wildhirt und Hans-Joachim Klein fast gleichlautende Schreiben ihrer Brötchengeber in Händen. „Wir nehmen Inhalt und Ergebnis der gestern in unserem Gästehaus stattgefundenen Besprechung zum Anlaß, das mit Ihnen bestehende Anstellungsverhältnis aus dem Gesichtspunkt der von Ihnen begangenen und nachträglich bestätigten Pflichtverletzungen — insbesondere der Treuepflicht zum Hause HERBERTS — hiermit fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen.“

Treffend reagierten die SDAJ-ler in einem Flugblatt an die Herberts-Belegschaft:

„Treuepflicht heißt Schnauze halten! Treuepflicht heißt, eine Berufsausbildung des vorigen Jahrhunderts guthießen! Treuepflicht heißt: Arbeiter, mehret den Gewinn der Familie Herberts!“

Kollegen, solidarisiert Euch mit den Kollegen Wildhirt und Klein, denn sie wurden entlassen, weil sie für eine bessere Berufsausbildung eingetreten sind.“

Konsequent reagierte auch die IG Chemie, Papier, Keramik: „Die fristlose Entlassung entbehrt jeglicher Grundlage, sie ist sittenwidrig. Wir gehen mit unseren beiden Kollegen vor das Arbeitsgericht.“

Brauchst du einen billigen Arbeitsmann ...

Heidelberg: Klebezettel in Kaufhaus Horten

Da klebten sie nun: „Brauchst Du einen billigen Arbeitsmann, schaff Dir einen Lehrling an“. An Fahrstühlen, Spindwänden, Schau fensterscheiben, sogar an der Tür zum Allerheiligsten, dem Zimmer des Geschäftsführers. Klein, aber unübersehbar. Anfangs wurden sie stillschweigend entfernt, die „Spuckzettel“, die die Lehrlingsausbildung anpranger ten. Der Spuk ging jedoch weiter und die Herren Geschäftsführer wurden von einer gesunden Panikstimmung ergriffen.

50 DM dem, der den Täter ermittelt, hieß es. Er wurde nicht ermittelt, trotz verstärkter Taschenkontrolle des Pförtners.

Zufälle

Eine Gewinnexplosion, ein Betriebsrat und ein Leserbrief.

Als die „Deutsche Libbey-Owens-Gesellschaft“ (DELOG) für maschinelle Glasherstellung in Gelsenkirchen-Rothhausen Mitte vergangenen Jahres ihren Geschäftsbericht vorlegte, hatten die Aktionäre allen Grund zum Jubeln.

Die der CDU nahestehenden „Ruhrnachrichten“ wußten zu berichten, daß der Umsatz der DELOG 1967, im Jahr der Krise, 206 Mill. DM betragen habe und somit um 5% d. h. 10 Mill. Mark gestiegen sei. Und die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ legte noch mehr Neuigkeiten auf den Tisch: Die Bilanz betrage 14 224 941 DM und die Dividende 13,5 %.

Und als das „Rothhauser Wochenblatt“, ein ansonsten recht biederes lokales Blatt, dieses Thema aufgriff und fragte, ob denn die Arbeiter an diesen Riesengewinnen mitbeteiligt worden seien und dann meinte: Dem Betriebsrat werde „diese dankbare Aufgabe nicht allzu schwer fallen“, da platzte der sehr aktiven Jugendvertretung der DELOG der

Kragen. Zwei ihrer Mitglieder schrieben einen Leserbrief, in dem sie bezweifelten, daß der Betriebsratsvorsitzende Josef Löbbert überhaupt noch Zeit habe, sich um diesen „Geldsegen“ zu kümmern: „da er ja neben seiner Betriebsrats- und Aufsichtsrats Tätigkeit noch Mitglied des Bundestages, Ratsmitglied und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt, Mitglied des Verwaltungsvorstandes der IG Chemie, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie und und und ... ist“.

Und sie sagten noch mehr:

„Wie wir erfahren mußten, hat unser Primus (Betriebsratsvorsitzender) kein besonderes Interesse daran, den Geschäftsbericht der DELOG bei der Belegschaft publik zu machen.“ Aber: „Es stimmt schon, daß längst nicht alle Lohnfragen und sozialen Belange bei der DELOG zu aller Zufriedenheit gelöst sind.“

Zufällig ging die Lehrzeit von Werner Grembowietz, einem der Briefschreiber, kurz nach der Veröffentlichung des Leserbriefes zu Ende. Er bekam keinen Anstellungsvertrag von der DELOG.

Eine Wirtschaftskrise hat die DELOG (siehe Bilanz) sicher nicht dazu gezwungen, auf die Mitarbeit von Werner Grembowietz zu verzichten. Wenn zwischen dem Brief von Werner Grembowietz und der Maßnahme der DELOG ein Zusammenhang bestünde, dann wäre es wohl ein arger Zufall. Oder?

Werkschutz und Arsen

Bayer-Leverkusen: Werkschutz als Gestapo

„Magst Du gern eine 5 im Zeugnis? Dann laß Dir lange Haare wachsen. Dann sag, unser Staat ist Scheiße. Dann schreib das mal an die Werkstattwand. Dann streik, wie es Dein Recht ist. Dann sing mal die Internationale. Dann sag mal, Du hast die Schnauze voll, wenn Du sie voll hast. Dann mecker mal über die Erziehungsbeihilfe, wenn Du merkst, daß Du das doppelte oder das dreifache ihres Wertes schaffst. Dann verkünde mal, der Werkschutz kämpft nicht bloß gegen Diebe und ähnliches Gelichter, sondern er probe vielmehr den Aufstand, den wir machen werden, wenn einmal alle gemerkt haben, was hier los ist.“

Wenn Du all das tust, bekommst Du vielleicht doch keine 5 ins Zeugnis. Aber Du fliegst raus, kannst stempeln gehen, kannst in der Bundeswehr dienen für „Heimat, Volk und Vaterland“.

Für: Profit, Ausbeutung, Napalm.

Für: Hansen (Boß bei Bayer-Leverkusen, d. Red.) und die Banken.

Wir werden ab jetzt etwas gegen die 5 und gegen den Rausschmiß unternehmen!“ Das ist der Text eines Flugblatts, das Bayer-Lehrlinge vor den Toren ihres Werkes in Leverkusen verteilen.

Schon wenige Stunden später erscheint Werkschutz in der Berufsschule, um einen Schüler zu verhören, dessen Name unter dem Flugblatt steht.

Der Berufsschuldirektor verweigert das Verhör in der Schule. Die Werkschützer fordern den Lehrling auf, nach Schulschluß in das Haus des Werkschutzes zu kommen. Der Lehrling verweigert die Aussage. Sein Chef droht mit Entlassung.

Das ist für den Lehrling zuviel. Aus dem Labor nimmt er sich eine Dosis Arsen mit und unternimmt einen Selbstmordversuch. Er überlebt den Selbstmordversuch — die Arsenmenge war zu gering.

Der Werkschutz — nun im Schußfeld der Kritik — sucht nun nach Entschuldigungen. Er bekommt sie — von eben dem Berufsschuldirektor, der noch kurz zuvor das Verhör in der Schule verweigerte.

Das Eingreifen des Werkschutzes wird nun zur „harmlosen Befragung“. Im übrigen habe der Lehrling immer schon unter Minderwertigkeitskomplexen gelitten.

Das Problem ist gelöst — zumindest für Bayer ... (nach Underground)

Kapitalistische Praxis

In Kürze

Mannheim

100 Lehrlinge demonstrierten in Mannheim vor dem Haus des Feinmechanikermeisters Töpfer, der seinen Lehrling Wolfgang Jerrentrup geschlagen hatte. Jerrentrups Verbrechen: In Sorge um seine Prüfung im Herbst hatte er den Meister an seine Pflichten zur Ausbildung erinnern wollen. Daher nagelte er das Berufsbild für Feinmechanikerlehrlinge an die Werkstattwand, und er trug eine Plakette mit der Aufschrift „Wir fordern Berufsausbildung für das Jahr 2000“. — Jerrentrup: 33 von 45 jugendlichen Teilnehmern einer Versammlung der IG Metall hätten ebenfalls

von Züchtigungsfällen in ihren Betrieben berichtet.

Saar

Der 18jährige Lehrling Heinz Brettar aus Kleinblittersdorf beging Selbstmord. „Ich werde mit den Schwierigkeiten in der Berufsschule nicht mehr fertig“, hieß es in seinem Abschiedsbrief.

Hamburg

Tomas Rohde (20), frischgebackener Betonbauer, gehörte zu den Initiatoren der Hamburger Lehrlingsdemonstration am 8. 11. 68 (elan berichtete ausführlich darüber). Überrascht mußte Tomas feststellen, daß man ihn deswegen auf die schwarze Liste setzen möchte. In seinem Abschluszeugnis der Berufsschule Hamburg G III war unter Bemerkungen eingetragen: „Rohde war einer der Organisatoren bei der Lehrlingsdemonstration für eine bessere Berufsausbildung am 8. 11. 68“.

Gegen die offenkundige Absicht dieses Vermerks — Tomas braucht dieses Zeugnis für den Fall eines Stellenwechsels — legte der Betonbauer sofort Protest ein.

Das Schulamt — massive Aktionen gewärtig — distanzierte sich inzwischen von der Eintragung. Es handele sich um eine eigenmächtige Handlung des Lehrers. Man werde Rohde ein neues Zeugnis ausstellen.

Mannheim

Drastische Kürzungen des Berufsschulunterrichtes an der Gewerbeschule C 6. Innerhalb kurzer Zeit wurde der Unterricht von 10 auf 8 Stunden und schließlich auf 6 Stunden à 45 Minuten beschränkt.

Das geschieht in Klassen, die kurz vor der Prüfung stehen.

Als Ergebnis läßt sich schon jetzt feststellen, daß immer mehr Lehrlinge besonders durch die theoretische Prüfung fallen.

„Stifte — ihr sollt ewig pennen“ hieß die Überschrift eines Flugblatts, mit dem Lehrlinge dagegen protestierten.



elan—Mitarbeiterin Irene Martin sprach mit der stellvertretenden Leiterin der Delegation der FNL bei den Pariser Verhandlungen, Frau Nguyen Thi Binh



Madame FNL: Man lebt nicht halb



Fotos FNL

Unsere Begegnung mit Frau Nguyen Thi Binh und Herrn Trinh Van Anh, Vertreter der Jugendorganisationen, verlief in großer Herzlichkeit. Frau Nguyen Thi Binh ist in ihrer großen Ruhe, Einfachheit und Offenheit eine echte Volksvertreterin, vor allem aber auch eine Kämpferin der sogenannten „Armee der Knoten“ — die vietnamesischen Frauen schlingen ihr Haar im Nacken zu einem Knoten, daher die Bezeichnung — der Tausenden von Frauen, Mütter und Mädchen, die durch ihre Gewandtheit im politischen Kampf entscheidend zur Entwicklung des Befreiungskampfes beitragen. Sie selbst hat sich seit ihrer Schulzeit dem Kampf ihres Volkes verschrieben. Zeitweilig war sie Leiterin der Bewegung der Schüler, Studenten und Intellektuellen von Saigon. 1950 kämpfte sie in der Assoziation fortschrittlicher Frauen. Neben Nguyen Huu Tho, dem heutigen Präsidenten der FNL von Südvietnam, leitete sie die denkwürdige antiimperialistische Manifestation am 19.3.1950 in Saigon, auf der 500.000 vietnamesische Patrioten gegen die Ankunft der 7. US Flotte in Saigon protestierten. Die Jahre von 1950 bis zur Befreiung durch das Genfer Abkommen 1954 verbrachte sie im Gefängnis. Nach 1954 kämpfte sie vor allem in der südvietnamesischen Friedensbewegung. Seit 1962 hat sie zahlreiche Delegationen der FNL im Ausland geleitet. Zur Zeit ist Frau Nguyen Thi Binh stellvertretende Leiterin der Delegation der FNL von Südvietnam bei den Pariser Verhandlungen.

Frau Nguyen Thi Binh zeigte uns einige wesentliche Züge der amerikanischen Politik in Vietnam auf.

„Das, was die Amerikaner bei uns betreiben, nennt man allgemein Neokolonialismus, d.h. sie verfolgen eine Kolonialpolitik, in der sie jedoch neue und heimtückischere Mittel anwenden. Die Amerikaner bauten zunächst eine Verwaltung und eine Marionettenarmee auf, die von ihnen unterhalten werden und die nach ihren Direktiven handeln. Sie schalteten sich also nicht direkt ein. Außerdem wenden sie die sogenannten wirtschaftlichen und militärischen Hilfen an, um diese Verwaltung und die Marionettenarmee völlig in ihre Abhängigkeit zu bringen. Die Saigoner Verwaltung würde sofort zusammenbrechen, wenn man ihr ihre Dollarstütze entzöge. Das Heimtückische dieser Politik besteht darin, daß sie versuchen, dieser Verwaltung eine nationale Fassade zu geben, um das Volk zu täuschen. Sie erfinden Wahlen, um die Saigoner Verwaltung sozusagen zu legalisieren — um behaupten zu können, daß diese Verwaltung vom Volk gewählt sei. Aber unser Volk hat lange genug für seine Unabhängigkeit gekämpft. Es weiß sehr gut, welche Regierung seinen Interessen dient und welche sie verrät.“

elan: In unserer Presse liest man fast ausschließlich von den „Siegen“ der GIs in Vietnam. Und von den schon legendären

Verlustziffern der ‚Vietcong‘. Und es ist sicher kein Zufall, daß ein Großteil der BRD-Presse in der kritiklosen Wiedergabe der amerikanischen Kommuniqués in Europa an erster Stelle steht. ... Wie sieht nun die Situation in Südvietnam tatsächlich aus?

Frau Nguyen Thi Binh: In Wirklichkeit konnten die GIs in Vietnam keine Siege davontragen. Im Gegenteil, sie mußten eine Niederlage nach der anderen einstecken, und die Volkskräfte, die im Kampf gewachsen sind, konnten immer größere Siege verzeichnen. Meiner Meinung nach versucht die amerikanische Regierung, über die Presse auf diese Art der Weltmeinung vorzugaukeln, daß die Amerikaner in Vietnam in einer siegreichen Position seien. Warum? Auf diese Art wollen sie den Widerstand der Weltmeinung, vor allem den Widerstand der amerikanischen Öffentlichkeit gegen die grausame Aggressionspolitik der USA in Südvietnam abschwächen. Deswegen behaupten sie ständig, daß wir Niederlagen erleiden und daß wir bereits vernichtet seien. Tatsächlich sieht die Situation ganz anders aus.

elan: Das Jahr 1968 hat an der militärischen Front eine Wende gebracht, die für die weitere Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist. Welche Ereignisse des Jahres 1968 halten Sie für die wichtigsten im Befreiungskampf Ihres Volkes?

Frau Nguyen Thi Binh: Mit der Generaloffensive zu Beginn des Jahres 1968 hat eine neue Etappe im Kampf unseres Volkes begonnen. Man darf diese Generaloffensive nicht aus ihrem Zusammenhang lösen: sie ist das Resultat von 14 Jahren ununterbrochenen Kampfes. Das muß man sich dabei vergegenwärtigen. In dieser neuen Etappe befindet sich unser Volk in der Position der Initiative und der Stärke, in jeder Hinsicht: nicht nur politisch, sondern auch militärisch. Die wichtigsten Ereignisse sind für uns: an erster Stelle die Generaloffensive, zweitens die Einstellung der Bombenangriffe gegen den Norden — und ich denke, daß zwischen beiden Tatsachen eine enge Beziehung besteht. Die Bevölkerung von Südvietnam betrachtet die bedingungslose Einstellung der Bombenangriffe gegen den Norden als einen Sieg des ganzen Volkes, und wir sind darüber für unsere Brüder, unsere Freunde im Norden sehr glücklich. — Drittens die Tatsache, daß die USA sich gezwungen sahen, sich an einen Konferenztisch zu viert zu setzen. Das ist ein Sieg des Volkes im Süden, ein Sieg der FNL. Sehen Sie, vorher haben sie von der FNL wie von aufständischen, Gespenstern, gesprochen, die es nicht gibt. Aber jetzt müssen sie die Wirklichkeit akzeptieren und mit uns diskutieren. Natürlich versuchen sie auch jetzt noch, nicht ernsthaft mit uns zu sprechen. ... aber schließlich ist die Front da, sie sitzt ihnen gegenüber. ... Diese Siege haben dem Kampf neuen Auftrieb gegeben. Das Volk sieht jetzt die FNL

mit seinen Forderungen am Konferenztisch und ist sehr glücklich darüber, daß seine Vertreter am Konferenztisch sitzen und von der ganzen Welt gehört werden.

Man lebt nicht halb

elan: Man begegnet bei uns auch häufig der Frage: warum nimmt die FNL nicht die Gelegenheit der Pariser Konferenz wahr, um auf den schnellsten Wege ihrem Land den so lange ersehnten Frieden zu bringen, selbst wenn sie dabei Zugeständnisse an die Amerikaner machen müßte.

Frau Nguyen Thi Binh: Zunächst möchte ich Ihnen sagen, daß die Konferenz in Paris auf Grund unserer Bemühungen stattfindet. Dank unseres Kampfes ist sie möglich. Vorher haben die USA nie an eine Konferenz, vor allem mit der FNL, gedacht. Und wir meinen, daß wir das Zustandekommen der Konferenz auch den Friedensbewegungen der verschiedenen Länder verdanken, die ständig die Einstellung des amerikanischen Aggressionskrieges und die Anerkennung der FNL forderten. Ich glaube, auch bei Ihnen gibt es diese Parole. — Man muß sich darüber klar sein, daß diese Konferenz kein Beweis für den guten Willen der Amerikaner ist, sondern daß sie das Ergebnis der Bemühungen des gemeinsamen Kampfes ist. Wir haben um diese Konferenz gekämpft, weil wir wollen, daß auf dieser Konferenz das vietnamesische Problem gelöst wird, um dem vietnamesischen Volk seine nationalen Rechte zu garantieren, die schon vor 14 Jahren im Genfer Abkommen anerkannt worden waren, und zwar von mehreren Mächten, die erklärten, daß sie diese Rechte respektieren werden. Sie sehen also, daß wir für den Frieden und für die Unabhängigkeit des Landes sind.

Wir werden alles tun, um diesem amerikanischen Aggressionskrieg ein Ende zu bereiten, aber selbstverständlich nicht auf irgendwelchen Grundlagen, denn wir haben nicht 14 Jahre lang gekämpft, um uns von den USA beherrschen zu lassen. Wir meinen, daß das, was wir fordern, völlig korrekt ist. Und welche Zugeständnisse sollten wir den Amerikanern machen. Man kann keine Zugeständnisse in bezug auf seine Unabhängigkeit, auf das Recht auf Leben, machen. Man lebt, oder man lebt nicht. Man lebt nicht halb. Es geht nicht darum, Zugeständnisse zu machen und schon gar nicht Zugeständnisse auf Kosten der Rechte des vietnamesischen Volkes. Das wäre meiner Meinung nach nicht richtig. Wenn jemand Zugeständnisse zu machen hat — dieses Wort ist im übrigen nicht ganz zutreffend — dann sind es die Amerikaner. Sie haben diesen Krieg provoziert, und sie müssen sich zurückziehen.

elan: Während der Generaloffensive zu Beginn des Jahres 1968 bildete sich eine neue Massenorganisation, die nun offenbar neben der FNL eine große Rolle spielt. Worin unterscheidet sie sich von der FNL?

Frau Nguyen Thi Binh: Ja. Während der Generaloffensive des Tet-Festes 1968 hat sich eine neue patriotische Organisation gebildet: die Allianz der Nationalen Demokratischen Friedenskräfte. Diese patriotische Organisation umfaßt die verschiedenen Bevölkerungsschichten der Städte: Intellektuelle, Industrielle, Buddhisten, Studenten. Auch andere Schichten sind in ihr vertreten — in erster Linie sind es aber diese breiten Schichten, die noch nicht in der FNL organisiert sind, die aber angesichts der ununterbrochenen amerikanischen Aggression sich der Gefahr bewußt werden, in der sich die Nation befindet und die deswegen Stellung bezogen haben. Die Gemeinsamkeit der Allianz und der Front ist, daß sie mit uns in der Forderung nach dem Abzug der US-Truppen und dem Aufbau eines unabhängigen, demokratischen, neutralen Vietnam übereinstimmt. Diese Allianz entwickelt sich in den Städten sehr schnell.

Wie Sie wissen, ist der größte Teil des Landes schon befreit und wird von der FNL kontrolliert. In den Städten haben wir natürlich auch Organisationen der FNL, aber es gibt immer noch Personen, Patrioten, die nicht organisiert sind. Aufgabe der Allianz ist es also, die natürliche Einheit des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanischen Aggressoren noch zu verbreitern. Insofern ist ihre Bildung von großer Bedeutung.

elan: Seit einigen Monaten fordert die FNL die Bildung eines Friedenskabinetts. Welche Aufgabe hätte dieses Friedenskabinetts in der augenblicklichen Situation?

Frau Nguyen Thi Binh: Sie wissen, daß die FNL sich die Bildung einer Koalitionsregierung zum Ziel gesetzt hat, in der alle sozialen Schichten vertreten sein werden, alle religiösen Tendenzen, Nationalitäten und Persönlichkeiten, die zur Befreiung des Landes beigetragen haben. Wir meinen, daß eine solche Regierung den Bestrebungen des Volkes nach einer breiten Demokratie entspricht, denn alle sozialen Schichten, alle Nationalitäten, alle religiösen Sekten haben ihren Beitrag zum Befreiungskampf geleistet und deswegen müssen ihnen auch Vertreter in dieser Regierung garantiert werden.

Aber zur Zeit sind wir für die Bildung eines Friedenskabinetts. Ich werde Ihnen erklären, warum: Sie wissen sicher, daß die augenblickliche Saigoner Verwaltung eindeutig Agenten der Amerikaner sind. Diese Verwaltung wurde 1965 von den Amerikanern auf die Beine gestellt, um den Krieg zu führen. ... Wir unsererseits — ich sage „wir“, ich könnte auch sagen „die Bevölkerung von Südvietnam“ — meinen, wir wollen über die Diskussion zu einer korrekten politischen Lösung des vietnamesischen Problems gelangen, um diesen Aggressionskrieg zu beenden, um unserem Volk endlich ein normales Leben zu ermöglichen. Diese Saigoner Verwaltung aber war gegen

die Pariser Konferenz. Sie war deswegen gegen die Konferenz, weil sie gegen die Beendigung des US-Aggressionskrieges ist. Ihr Interesse ist, diesen Aggressionskrieg fortzusetzen. Und das ist durch Tatsachen bewiesen: sie waren es, die gegen die Einstellung der Bombardierungen des Nordens waren. Und jetzt sind sie wieder diejenigen, die die Wiederaufnahme der Bombenangriffe gegen den Norden fordern. Sie nehmen also nicht deshalb an der Konferenz teil, weil sie einen Weg zum Frieden suchen. —

Zweitens: in Saigon und in den besetzten Städten ist die Repression gegen alle sozialen Schichten sehr stark, sie wendet sich gegen alle Friedenskräfte, ja sie trifft sogar die Buddhisten, die nur Frieden fordern, Studenten, die Frieden fordern, Künstler, die Lieder für den Frieden schreiben und deswegen verhaftet werden. Die Saigoner Verwaltung sagt ganz klar, daß diese Friedensbewegung unterdrückt werden muß, damit ihre Interessen gewahrt bleiben. Sie ist also gegen den Frieden. Die Bevölkerung vor allem der Städte kann sich davon überzeugen, daß die augenblickliche Verwaltung Thieu-Ky-Huong ein Hindernis auf dem Weg zur politischen Lösung des Vietnam-Problems ist. Deswegen entwickelt sich in Saigon und in den besetzten Städten eine sehr starke politische Bewegung, die den Sturz der Saigoner Verwaltung fordert, um ein Friedenskabinett zu bilden. Dieses Friedenskabinett wird dann ernsthaft mit der FNL diskutieren.

elan: ... und auch an der Pariser Konferenz als vierter Partner an Stelle der Saigoner Delegation teilnehmen?

Frau Nguyen Thi Binh: Natürlich. Dieses Friedenskabinett ist für den Frieden, wie es schon sein Name sagt, und für eine politische Lösung des vietnamesischen Problems. Dieses Friedenskabinett wird ernsthaft mit uns und selbstverständlich mit anderen Parteien diskutieren können — in erster Linie aber mit uns, d.h. der FNL. Die Saigoner Verwaltung versucht zwar, die Existenz der FNL zu leugnen, aber ein Problem in Südvietnam ohne die Befreiungsfront lösen zu wollen — das ist einfach unmöglich. — Es ist das Volk, das dieses Friedenskabinett gefordert hat. Wir, die FNL, wir sehen, daß die Saigoner Verwaltung ersetzt werden muß: ein Friedenskabinett wäre die geeignete Form, um das Problem zu lösen. Wir sind für ein Friedenskabinett, wir unterstützen diese Forderung — wir haben sie aber nicht verbreitet; sie wurde vom Volk gestellt, wir stimmen ihr lediglich zu. Deswegen können wir auch nicht sagen, wie dieses Friedenskabinett zusammengesetzt sein wird. Diese Frage stellen uns einige Freunde. Ich meine, das Volk wird seine Vertreter selbst wählen.

Napalm und Friedensversprechungen

elan: Meinen Sie, daß die Ablösung John-

sons durch Nixon jetzt eine Änderung der amerikanischen Vietnampolitik bringen könnte?

Frau Nguyen Thi Binh: Selbstverständlich hat Herr Nixon nach seiner Wahl mit Herrn Johnson seine Gedanken zur Politik der amerikanischen Regierung ausgetauscht. Was wir in Vietnam davon merken, ist, daß Herr Nixon die Politik von Herrn Johnson fortsetzt. Wie ich eben schon gesagt habe, die Aggressionspolitik hat sich sogar verstärkt. Herr Nixon selbst hat von einer Position der Stärke gesprochen. ... Sie sehen, wir haben da keine Illusionen. Aber ich denke, daß schließlich der gerechte Kampf des vietnamesischen Volkes, unterstützt von allen Völkern der Welt, von den Kräften des Friedens und der Gerechtigkeit, die USA zwingen wird, eine korrekte politische Lösung des Vietnamproblems anzunehmen.

elan: Können Sie uns etwas über die Taktik der Amerikaner bei der Pariser Konferenz sagen?

Frau Nguyen Thi Binh: Die Taktik der Amerikaner bei der Pariser Konferenz spiegelt ihre allgemeine Politik wider: erstens reden sie sehr viel von Frieden, und zweitens versuchen sie, zu vermeiden, von den grundlegenden Problemen zu sprechen, weil sie sich im Grunde noch nicht entschlossen haben, ihren Aggressionskrieg zu beenden. Z.B. beziehen sie sich auch auf das Genfer Abkommen und man könnte meinen, daß sie für das Genfer Abkommen sind. In Wirklichkeit ist das jedoch nicht der Fall. Wir wissen seit langem, daß die USA das Genfer Abkommen sabotiert haben. Wenn sie es respektiert hätten, gäbe es die heutige Situation nicht. Wenn sie also jetzt vom Genfer Abkommen sprechen, machen sie die zweitrangigen Punkte, die für sie günstig erscheinen, zu den Hauptpunkten.

Die ganze Welt weiß, daß das Genfer Abkommen in seinen grundlegenden Prinzipien die Anerkennung der nationalen Rechte des vietnamesischen Volkes bedeutet: Unabhängigkeit, territoriale Integrität, Wiedervereinigung des Landes; das alles beinhaltet, daß auf unserem Boden keine fremden Truppen stationiert sein dürfen. Aber anstatt von diesen grundlegenden Punkten zu sprechen, reden sie von der entmilitarisierten Zone, vom Rückzug der vietnamesischen Truppen in den Norden, als handelte es sich um einen Krieg zwischen dem Norden und dem Süden. Sie sind also auch in diesem Punkt — das Genfer Abkommen betreffend — äußerst heimtückisch.

elan: Welche Positionen kommen für eine politische Lösung in Frage?

Frau Nguyen Thi Binh: Es sind die fünf Punkte

1) Die Ziele des Kampfes des vietnamesischen Volkes sind: Unabhängigkeit,

Demokratie, Frieden, Neutralität, Vorbereitung der friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes.

- 2) Einstellung des Aggressionskrieges, Abzug der amerikanischen Truppen und Auflösung ihrer Stützpunkte.
- 3) Es sollen allgemeine freie Wahlen durchgeführt werden: auf breiter nationaler Grundlage wird eine Koalitionsregierung gebildet werden, die dem vietnamesischen Volk im Süden das Recht auf Selbstbestimmung garantiert.
- 4) Wiedervereinigung des Landes, die schrittweise auf der Grundlage von Diskussionen und gegenseitigem Einverständnis verwirklicht wird.
- 5) Neutrale Friedenspolitik. Wir wollen uns nicht in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen, aber wir verlangen als Gegenleistung, daß man unsere Unabhängigkeit respektiert und daß keine militärischen Stützpunkte in unserem Land errichtet werden. Wir selber werden keinem Militärpakt beitreten. Wir haben vor allem auch an eine Politik der Freundschaft mit vielen Ländern gedacht, und zwar auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gemeinsamer Interessen.

Diese fünf Punkte sind sehr vernünftig, sie entsprechen voll und ganz dem Genfer Abkommen und dem internationalen Völkerrecht auf Selbstbestimmung der Völker. In keinem einzigen Punkt beeinträchtigen sie die Interessen der Amerikaner. Ich denke, daß unsere Position korrekt ist, und daß sie als Grundlage einer Regelung angenommen werden muß.

Die Solidarität muß wachsen

elan: Wie schätzen Sie die Unterstützung des vietnamesischen Befreiungskampfes durch die Weltmeinung ein?

Frau Nguyen Thi Binh: Wir messen der Weltmeinung große Bedeutung bei, weil wir der Ansicht sind, daß unsere Kräfte nicht ausreichen, um einen Feind wie die USA zu bekämpfen. Andererseits betrachten wir unseren Kampf als einen Teil des Kampfes aller Völker für ihr Recht auf Freiheit und sozialen Fortschritt. Deswegen haben wir die internationale Unterstützung immer sehr hoch eingeschätzt, und wir halten sie für einen wichtigen Faktor bei der Entscheidung unseres Kampfes. Bis jetzt, denke ich, hat die Weltmeinung schon ihren Teil zum Sieg des vietnamesischen Volkes beigetragen. Wenn wir aber immer noch keine sehr wirksamen Resultate erzielen, dann vielleicht auch deswegen, weil wir die Völker noch nicht genügend mobilisiert haben. Man muß versuchen, voranzukommen und die Unterstützung noch zu verstärken.

Es stimmt, daß wir uns eine noch stärkere Unterstützung wünschen, aber wir verstehen auch, daß z.B. die Lage in Ihrem Land

nicht leicht ist und daß wir in erster Linie auf unsere eigenen Kräfte rechnen müssen. Wir verfolgen mit großer Freude jeden Fortschritt bei Ihnen, und besonders in der Solidaritätsbewegung mit Vietnam. Ich denke, Sie können zusammen mit unseren Freunden aus den verschiedenen Ländern viel tun. Es gibt noch so viele Dinge über Vietnam, die unbekannt sind. Viele Menschen guten Willens wissen immer noch nicht, was bei uns los ist. Deswegen ist die erste Aufgabe, sie zu informieren, denke ich: worum kämpft das vietnamesische Volk im Süden und was tun die Amerikaner dort unten. Und was fordern die vietnamesischen Patrioten. Was ist die FNL. Eine Horde menschenfressender Aufständischer, die die Bevölkerung abschachtet? Vielmehr muß man von den Verbrechen sprechen, die die Amerikaner bei uns begehen. Sehen Sie, jetzt z.B., jeden Tag werfen sie mehr als 1.000 Tonnen Bomben über unserem Boden ab. Jede Tonne verursacht, nehmen wir an, einen Toten oder ein zerstörtes Haus. ... welche unendlichen Verwüstungen. ... Und woher nehmen die Amerikaner das Recht, unser Volk so zu mißhandeln und zu morden. ... — aber ich bin sicher, daß die Völker auf unserer Seite sein werden, wenn sie erst einmal die Wahrheit erfahren. Es ist so klar: einerseits eine gigantische imperialistische Macht, die mit den furchterlichsten Kriegsmethoden sich auf ein kleines Volk stürzt, das nur Frieden und Unabhängigkeit verlangt.

elan: Wie schätzen Sie die Bedeutung der Niederlage der US-Aggression für den Kampf aller Völker für Frieden und sozialen Fortschritt ein?

Frau Nguyen Thi Binh: Ich meine, das zu beurteilen, ist Aufgabe der Völker. Wir unsererseits haben dieses Bewußtsein, daß der amerikanische Imperialismus nicht nur unser Feind ist. Er versucht, seine Politik der Welthegemonie überall durchzusetzen. Und in diesem Punkt ist unserer Meinung nach der siegreiche Kampf des vietnamesischen Volkes ein Beitrag zum Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und für Frieden in der Welt. Mit unserem Kampf um unsere nationalen Rechte erfüllen wir unsere Pflicht gegenüber allen Völkern, die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen. Und als Gegenleistung hoffen wir, daß die Bewegung der Unterstützung unseres Kampfes immer stärker wird, um uns zu helfen, diesem barbarischen Krieg schnell ein Ende zu bereiten.

Ich möchte Sie beauftragen, allen unseren Freunden, besonders der Jugend in Westdeutschland unseren Dank zu überbringen für das, was sie für uns getan haben. Wir schätzen ihre Unterstützung sehr hoch ein. Wir werden nie vergessen, daß sie immer Sympathie und Vertrauen für unseren Kampf bewahrt haben.



Auszüge aus der Jahresbilanz nach einem Kommuniqué der Kommandantur der Volksbefreiungsarmee von Südvietnam, vom 20.12.1968:

Mehr als 630.000 Feinde, davon mehr als 230.000 amerikanische Soldaten und Satellitensoldaten, wurden getötet, verletzt oder gefangengenommen. Ca. 6.000 Flugzeuge aller Typen wurden abgeschossen, zerstört oder beschädigt; 13.500 Militärfahrzeuge, darunter 7.000 Panzer, zerstört oder unbrauchbar gemacht; ca. 1.000 Kriegsschiffe versenkt oder in Brand gesetzt.

Während der Volksaufstände wurden mehr als 1.000 Dörfer befreit. Im ganzen wurden ca. 2.000.000 Volkskomitees gebildet. Außerdem desertierten Tausende von Marionettensoldaten, entscheidende Verbindungswege wurden lahmgelegt, Munitionsdepots gesprengt, eine Marionettenbrigade, 7 Regimenter und taktische Gruppen, 187 Bataillone und 18 Panzereskadronen und mehr als 750 amerikanische, Marionetten und Satellitenkompanien vernichtet oder dezimiert.



Eine Artillerie-Einheit der FNL

SEXUALITÄT



Die Sexualunterdrückung kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden. Zum einen wird sie vollzogen durch die faktische Ver- und Behinderung sexueller Betätigung (keine eigenen Räume, Eltern meist zu Hause, kein Geld für Hotel), durch das direkte Verbot, durch Strafandrohung oder Bestrafung, durch Gesetz und Elternrecht.

Der andere Weg besteht darin, das Bewußtsein des Menschen so zu manipulieren („zurechtzubiegen“), daß er selbständig seine eigene sexuelle Freiheit einschränkt oder unterdrückt (z.B. durch das Gewissen). Diesen Vorgang, gesellschaftliche Normen und Wertvorstellungen im eigenen Denken als „ewige Werte und Gebote“ zum angeblich eigenen Nutzen (z.B. „Seeleheil“) zu behandeln und sie „freiwillig“ zu befolgen, nennt man Verinnerlichung.

Die manifeste (offene) und repressive (z.B. durch Verinnerlichung) Sexualunterdrückung sind miteinander gekoppelt, ergänzen und verstärken sich gegenseitig im Effekt, nämlich im erreichten Ausmaß der Unterdrückung menschlicher Bedürfnisse.

Ihr dialektisches Verhältnis läßt sich sehr leicht am Beispiel der Sexualunterdrückung in der bürgerlichen Familie nachweisen. Hier formen die beiden Wege aufs „muster-gültigste“ den Menschen, den unsere Gesellschaft braucht, sexualfeindlich, verklemmt und „ewig schuldbeladen“. In der Familie bekommt das Kind seine Einstellung zur Sexualität vermittelt. Die Erziehung der ersten sieben Lebensjahre prägt das Sexualverhalten des ganzen Lebens.

Hier entstehen die Normen und Klischees, hier wird der Grundstein der Verteufelung der Sexualität gelegt. Ein Beispiel: In der Analphase (von Anus = der After) macht dem Kind die Beschäftigung mit seinen Ausscheidungsorganen und seinen Ausscheidungen besonderen Spaß. Sie stellt seine lustvolle Beschäftigung in der Zeit dar, in der die Mutter, sonst bevorzugtes Liebes- und Sexualobjekt des Kindes, keine Zeit für es hat. Hier bricht aber brutal die Reinlichkeitserziehung ein und macht dem Kind mit allen Mitteln klar, daß das, was ihm am meisten Spaß macht, unanständig, eklig, schmutzig und damit verboten ist.

Gegen die „Schweinerei“

Erlebt das Kind in einer späteren Phase, in der es sich zuerst für die Geschlechtsorgane und ihre Funktion interessiert und mit ihnen spielt die gleiche Unterdrückung und Ablehnung durch die gleichen geliebten Personen („Du sollst die Hände über der Bettdecke lassen!“), „Doktorspielen ist verboten!“), bringt es verständlicherweise und zumeist noch von den Eltern gefördert, seine jetzige –verbotene– Handlungsweise mit seiner früheren analen –gleichfalls verbotenen– in Zusammenhang und bezieht die alten Bezeichnungen für sein Spiel (schmutzig, eklig) auch auf sein jetziges Spiel. Auch die genitale Sexualität wird zur Schweinerei (Schwein – Schmutz – Kot – After = typische Koppelung analer Verdrängungen mit genitalen aber verbotenen Sexualhandlungen). Sexuelle Tätigkeiten sind auch dann „eklig“, widerlich, und an ihnen haftet für immer der Geruch des Verbotenen. Da diese Verbote aber von hauptsächlich geliebten Personen ausgingen, empfindet das Kind Schuldgefühle gegen diese, wenn es anders handelt.

Auf diesem Konflikt zwischen Bedürfnis und –jetzt verinnerlicht– Moral können Kirche, bürgerliche Familie und Gesellschaft ihr widerliches Süppchen kochen. Die Religion und ihre Vertreter bekommen den „ewig schuldigen“ Menschen, den sie brauchen, der willig ihre freudlosen Prinzipien als „Sühnen“ für seine Schuld übernimmt. Hand in Hand gehen mit diesem die Ambitionen der gesellschaftlich Herrschenden, sobald ihre Macht gefährdet wird. Dem Verklemmten werden neue „Ideale“ angeboten: das Glück der Nation geht dem des Einzelnen vor. Opferbereitschaft, Ehre, Treue und Gehorsam werden als oberste Werte hingestellt. Der Mensch, bei dem es im Bett nicht klappt, soll willig die Möglichkeit ergreifen, sich seiner Schuld durch den Dienst „an der guten Sache“, am Vaterland zu entledigen. Besonders schön wird es für ihn, wenn er dann sein Minderwertigkeitsgefühl an gesellschaftlichen Minderheiten abreagieren darf.

Der Zusammenhang zwischen politischer Hetze gegen Minderheiten und der Sexualverdrängung der Aufgehetzten wird da-

Im Bereich der Sexualität ist unsere Gesellschaft im Umbruch begriffen. Die Formen der Sexualunterdrückung sind heute gemischt aus zum Teil alten, überholten und neuen, verfeinerten. Unsere Gesellschaft bringt es fertig, Aufklärung in den Dienst

durch deutlich, daß man Minderheiten sexuell verketzert, als asozial und abnorm hinstellt oder durch ihre angeblich ungeheure Potenz dem Sexualneid der Kleinbürger ausliefert: „Die Gastarbeiter wollen nur unsere Frauen“, „Alle Studenten huldigen der freien Liebe“, „Neger sind viel potenter als Weiße und sind auf blonde Frauen scharf“.

Wir dürfen es uns aber nicht so leicht machen, nur die offenkundigen Formen der Sexualunterdrückung zu beschreiben. Vielmehr wollen wir die Erscheinungsformen der Sexualität und Sexualunterdrückung in unserer spätkapitalistischen Gesellschaft untersuchen. Die Formen sind subtiler (feiner und undurchsehbarer) geworden, die Absicht der Herrschenden ist geblieben: uns endgültig den Spaß am Sex zu nehmen.

Teile und herrsche

Der herrschenden Klasse wurde zu jeder Zeit mehr sexuelle Freiheit zugebilligt. Der Adel der Feudalzeit hatte Rechte (wie z. B. das „Recht der ersten Nacht“ bei seinen weiblichen Untergebenen), von denen der Bürger nur träumen konnte. Ehebruch beim einfachen Volke wurde z.B. in Frankreich mit dem Tode bestraft, niemand aber –schon gar nicht der Klerus– hatte etwas gegen die vielen Mätressen der Edelleute einzuwenden. Die Bourgeoisie schuf sich ihre eigene Moral, die bekannte „tugendhafte“ bürgerliche, die sich als ausgezeichnetes Kampfmittel gegen die „lockren“ Sitten des Adels erwies, da durch die Sexualverdrängung libidinöse Energien (= Energien, die sonst auf ein Sexualziel gerichtet sind) frei wurden und durch die bürgerlichen Tugenden wie „Fleiß, Strebsamkeit und Gehorsam“ das wirtschaft-

der Repression, der Unterdrückung zu stellen, sexuelle Freiheit in ihr Gegenteil zu verwandeln. Für junge Menschen gelten in besonderem Maße noch die gesellschaftlich veralteten Methoden der Sexualunterdrückung.

liche Fundament der bald folgenden bürgerlichen Revolution geschaffen werden konnte. Nach der Machtergreifung der Bourgeoisie legte sich eben der Bankier eine Mätresse zu, der Student ging ins Bordell.

Damit die unterdrückten Klassen nicht gegen ihre sexuelle Unterdrückung aufmuckten, schuf man ein kompliziertes System zur Rechtfertigung der verschieden verteilten Freiheiten (z.B. die kirchliche Moral). Meist hatten jedoch die Unterdrückten soviel andere Sorgen, daß sie gar nicht erst auf schlimme Gedanken kommen konnten, wie z.B. die Proletarier im Frühkapitalismus durch 18 Std. Arbeitstag, Wucherpreise etc. Wie sieht es bei uns aus? Bestimmt immer noch der Geldbeutel oder die gesellschaftliche Position den Grad der sexuellen Freiheit für das Individuum? Amerikanische Sex-Untersuchungen deuten zumindest darauf hin

Je geringer der soziale Status, desto weniger Lust und Interesse an der Sexualität. Der Grund dafür liegt sicherlich zunächst auch in der weit stärkeren materiellen Belastung der unteren Unterklasse durch den harten Existenzkampf, der ja bestimmt nicht zur Verfeinerung des Liebespiels und zur wirklichen Erotik führt. Hinzu kommt noch der Mangel an Bildung, der sich wiederum auf die Erziehung der Kinder auswirkt und eine ständige Reproduktion (= Wiederholung, –herstellung) dieser negativen Einstellung zur Sexualität innerhalb einer Klasse mit sich bringt. Die oberen Schichten dagegen besitzen eine größere Differenziertheit des Liebespiels und sind weit eher in der Lage, hinderliche Tabus, die ihre Sexualität auf ein bloßes „mal 'ne Nummer schieben“ herabwürdigen, zu durchbrechen. Anders ausgedrückt: die Verinnerlichung gesellschaftlicher Nor-

HERRSCHAFT



men „anständigen“ Sexualverhaltens hat noch nicht den totalen Charakter wie die der unteren Klassen.

Man wird jetzt einwenden, hier liege doch keine direkte Sexualunterdrückung des Menschen durch den Menschen vor, sondern die Verhältnisse wären nun mal so. Das stimmt, kämen nicht die ständigen Bemühungen der Herrschenden, ihre, also die nützliche Moral zu rechtfertigen und weiterzugeben, hinzu, wäre zumindest die sexuelle Revolution längst erfolgt. Untersucht man die schichtenspezifischen Formen der Sexualaufklärung, entdeckt man, daß unsere Manipulateure genau das predigen, was die oben geschilderten Konsequenzen hat. TWEN und BRAVO, zwei typische „Blätter für junge Leute“, richten sich laut eigener Leseranalyse an verschiedene Lesergruppen: BRAVO an die 14 – 18-jährigen der Unterschicht, TWEN an die 18 – 24-jährigen der oberen Mittelschicht, an die „Martinitrinker“. TWEN schreibt über die Methoden, wie junge Mädchen (unverheiratet!) an die Pille kommen und stellt erfreut (!) fest, daß es gar nicht mehr so schwer ist: „TWEN fand aufgeklärte Ärzte“ und gaukelt dem Leser die heile Welt der unbeschwerteren Jugend vor, die ausgefüllt wird mit Parties, Drinks, Pep und Sex. BRAVO hat andere Ideale, und man findet erstaunt heraus, daß TWEN anpreist wovon BRAVO warnt, z.B. vorehelichen Geschlechtsverkehr, Anti-Baby-Pille.

R. Reiche faßt die Grundlebensweisheiten von BRAVO zusammen: „Verdient so früh wie möglich soviel Geld wie möglich, seid anständig zueinander ... so wichtig ist die Sexualität auch wieder nicht, schläft nicht vor der Ehe miteinander, wenn ihr es aber doch macht, stellt euch, am besten schon heute, auf die Ehe ein.“ Man sieht, Orgasmus ist erst statthaft mit 2.000 DM Monatsgehalt!

Am ausgeprägtesten ist diese Form unerotischer Sexualität beim amerikanischen „DATE-System“ zu finden. Es ist hierbei nicht so wichtig, ob man den Partner schätzt oder liebt, gesucht wird vielmehr ein Junge (bzw. Mädchen), der (das) das Prestige steigert (Besitzer von Wagen etc.). „Gewonnen“ hat das Mädchen und ist zum Hauptsexualziel aller geworden, mit dem

sich die meisten Jungen verabredet haben (und umgekehrt). Um ja keinen Rest individueller Ausdrucksformen mehr übrig zu lassen, kennt diese Art des „Liebespiels“ genaue Spielregeln, wie weit der Junge gehen darf, was das Mädchen erlauben darf beim ersten, beim zweiten, beim xten Mal. Dies alles ist natürlich mit dem Verlust individueller Freiheit verbunden.

Der manipulierte Sex

Eine Gesellschaft, deren Industrie vor allem aus den menschlichen Bedürfnissen Profit herausschlägt, indem sie diese ein wenig ändert oder weckt, hat sich auch der Sexualität liebevoll angenommen. Es wäre verwunderlich, wenn man ausgerechnet aus einem der stärksten und zugleich am leichtesten zu manipulierenden Triebe kein Geld holen könnte. Um die menschliche Sexualität in das Schema von Angebot und Nachfrage pressen zu können, war es zunächst einmal notwendig, direkten Einfluß auf die Sexualwünsche und die Sexualideale zu nehmen. Daher wurde der modische Typ geschaffen, der für die meisten zugleich das Sexualideal wurde. Um einen Abglanz der „Großen Welt“ abzubekommen, orientiert sich der einzelne an Stars, Mannequins und Prinzessinnen und wünscht sich Partnerinnen, die mit ähnlichen Attributen ausgezeichnet sind. Während früher der Partner zugleich das Sexualideal darstellte und man seine Wünsche an dem geliebten Partner orientierte, entzündet sich das Begehren des manipulierten Menschen an Fetischen (Mini-, Maxirock, Twiggymode, Perücken, lange Haare, Bart usw.), die austauschbar („flüchtige Moderscheitungen“) und leicht in klingende Münze umzusetzen sind. Eine Frau muß „up to date“, der Mann der gerade aktuelle „Typ“ sein, um noch als Sexualobjekt in Frage zu kommen.

Durch diese Fetischisierung entwickelt sich mit der Zeit ein Trend (= Richtung) dahin, Sexualität selbst als Ware zu betrachten. Nachdem das Objekt austauschbar geworden ist, wird auch der individuelle Ausdruck einer Liebe uninteressant. Nicht die Freude einer Nacht ist der Maßstab, sondern die Anzahl der „Nummern“ pro Nacht können bei Freunden Eindruck schinden.

Wir können zur Zeit erleben, wie sich die mühsam erkämpfte Freiheit des Sex zu einem Zwang zur Sexualität entwickelt. Reklame und sog. Aufklärungsblätter sorgen dafür, daß jeder Mann, bei dem es mal nicht klappt, sich wie ein Schwächling vorkommt, daß jeder Junge, der mit 16 noch keinen Geschlechtsverkehr gehabt hat, als noch nicht „erwachsen“ angesehen und behandelt wird. Für das Mädchen gilt faktisch dasselbe. „Jungfrau sein deutet auf Abnormalität hin.“ („Das Engelchen von Bamberg“-Thema).

Aus diesem sexuellen Leistungsprinzip („Wer's nicht schafft, ist eine Flasche“) schlägt die Wirtschaft erneut Kapital. Sie bietet dem Heer der Frustrierten neue Fetische. In der Reklame werden immer häufiger die angepriesenen Artikel mit den manipulierten Sexualidealen verbunden (siehe Abb.). Dem Kunden öffnet sich so der Ausweg, durch Kauf des Artikels seine sexuelle Frustration zu „beheben“. Durch den Kauf von Unterwäsche, die angeblich von (idealen) Frauen getragen wird, kann sich die von sexuellen Minderwertigkeitsgefühlen geplagte Frau einen Schimmer sexuellen Scheinglücks erwerben; dem Mann wird klar gemacht, daß er nur mit dem Parfüm x „interessant“ ist. Klappt es dann immer noch nicht, so fehlte ihm eben die passende Whiskyflasche, der richtige Schlafanzug, oder er rauchte eine Marke, die eben kein Statussymbol ist. Um diese Symbole, die ihm als unzertrennbar mit den Sexualidealen hingestellt werden, zu erwerben, muß er mehr arbeiten. Andererseits, um den Kreis vom manipulierten Sexualideal bis zum bürgerlichen Leistungsprinzip zu schließen, zeigt ihm Reklame, Film und Illustrierte unbarmherzig, wie wenig seine Frau dem „wirklichen“ Ideal gleicht. Da ihn seine sexuellen Möglichkeiten nicht mehr „befriedigen“, werden Energien „frei“, die sich sehr gut in den Arbeitsprozeß integrieren lassen, also den Herrschenden nützlich sind und ihm selbst Ersatzbefriedigungen verschaffen (Auto, Fernsehen usw.)

Brecht die Macht der Manipulateure!

Literatur, die der Verfasser benutzte:

1. S. Freud: Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie
2. W. Reich: Massenpsychologie des Faschismus
3. Kentler u.a.: Für eine Revision der Sexualpädagogik, 1. Kap.
4. „Sexualität und Klassenkampf“ von R. Reiche, Verlag Neue Kritik
5. L. Rainwater, „Some Aspects of Lower Class Behaviour“ aus Journal of Social Issues, Nr. 2, Jhg. 22

Die Beiträge zum Thema Sexualität und Aufklärung wurden von der Redaktion der unabhängigen Schülerzeitung „Forum“ aus Kiel erarbeitet. Mit Genehmigung der „Forum“-Redaktion übernimmt e l a n diese Artikel. Für die Beiträge zum Thema „Aufklärung ohne Tabus – Fakten“ wurde das empfehlenswerte Buch „Aufklärung – Samspel“ ausgewertet. (Verlag Julius Beltz, Weinheim, 80 Seiten, DM 4,-).

Peter Schütt

„Öffentlicher Verkehr“

Die beiden hätten, sprach der Richter, durch „Verkehr“ in städtischen Anlagen ein „öffentliches Ärgernis“ erregt, sie hätten „außerhalb der Ordnung“ verkehrt und hätten mithin den Verkehr verkehrt geübt.

Verkehr

kommt in den besten Familien vor, wenn auch nicht in öffentlichen Anlagen. Er wird verübt hinter hausrechtlich geschützten „Intimbereichen“: in Swimmipools, Hilton-Appartements und Luxusvillen, die der Kontrolle der Öffentlichkeit ganz und gar entzogen sind; dort liegt man richtig!

Im Schutz des Reichtums kann jeder mit jeder verkehren, da steckt alles unter einer Decke: die große Kumpanei kennt keine Tabus!

Sie zieht dir ungestraft die Hosen runter, sie packt dich dort, wo dir keiner hinlangen darf! Wo du empfindlich bist, wo es dich peinlich berührt, da tritt sie dich mit Füßen.

Schamlos weidet sie sich an deiner Unlust!



Fotos: Peter Wiegand



Das Petting

Dem ersten ausgeführten Beischlaf (geschlechtliche Vereinigung) geht meist eine mehr oder weniger lange Zeitspanne voraus, in der sich der Junge und das Mädchen allmählich durch wechselseitige Liebkosungen ihres Körpers und der Geschlechtsorgane gegenseitig kennenlernen. Das Petting in seiner ursprünglichen Form ist eine Möglichkeit, einander körperlich näherzukommen, zu prüfen, ob man sexuell miteinander harmoniert, ohne daß es zu einer Vereinigung (der Einführung des Gliedes in die Scheide) kommt.

Beispielsweise streichelt der Junge die Brüste des Mädchens, läßt seine Finger im Vorhof der Scheide auf- und abgleiten oder liebkost die weiblichen Geschlechtsorgane mit dem Mund (Cunnilingus). Das Mädchen liebkost umgekehrt das Glied (Fellation) oder streichelt und reizt es mit den Fingern.

Dies ist fast immer mit heftigen Lustgefühlen verbunden, die sich bis zur äußersten Erregung steigern können. Diesen Moment bezeichnet man als Orgasmus oder Auslösung. Beim Jungen erfolgt jetzt das Ausstoßen der Samenflüssigkeit, beim Mädchen sondert sich eine Flüssigkeit (Sekret) in der Scheide ab. Das Mädchen erreicht den Orgasmus besonders, sobald der Junge ihren Kitzler (die Klitoris) liebkost und reizt.

Der Kitzler ist ein kleines knospenförmiges Organ, das dem Glied des Mannes entspricht und gegenüber Berührungen genauso empfindlich ist wie die Eichel. Er ist zwischen den Schamlippen direkt oberhalb der Harnröhrenöffnung eingebettet. Durch Liebkosungen mit der Hand um diesen Teil des Körpers oder durch Bewegungen des Gliedes erfolgen um den Kitzler herum rhythmische Zusammenziehungen und eine Anschwellung des Organes. Dies sind die körperlichen Ursachen des Lustgefühls, das von den Geschlechtsorganen ausstrahlt und nach kurzer Zeit den ganzen Körper durchströmen kann. Einige Mädchen erreichen bereits nach kurz andauernder Reizung des Kitzlers rasch und leicht einen Orgasmus, während es bei anderen länger dauert. Damit beide Partner ein möglichst großes Lustgefühl beim Petting empfinden können, sollten sich der Junge und das

Aufgepaßt! Hier sind zwei Lektionen Alternativaufklärung, die in der Schule verschwiegen werden. Lernen heißt Üben. Das gilt auch für die Sexualität.

FAKTEN

Mädchen ohne Scheu darüber verständigen, welche Formen der körperlichen Liebkosungen sie als besonders angenehm empfinden und welche nicht (einige Mädchen empfinden zum Beispiel Schmerzgefühle bei einer heftigen Reizung ihres Kitzlers). Sie sollten ihren Partner zu bestimmten, als besonders angenehm empfundenen, Liebkosungen ermuntern, auch wenn diese vielleicht gegen traditionell – bürgerliche Schamgefühle verstoßen. In der Sexualität gibt es nichts Schmutziges oder Verbotenes, wenn es von beiden Partnern als schön empfunden wird. Mit der Zeit und wachsender Erfahrung werden sich beide Partner entweder mehr und mehr verstehen und zu einem harmonischen sexuellen Zusammensein kommen, oder sie werden feststellen, daß sie nicht zueinander „passen“. Dann sollten beide sich das offen eingestehen und versuchen, einen anderen Partner zu finden, mit dem sie besser harmonieren. Ob sich beide Partner mit dem Petting zufriedengeben und manchmal einige Jahre dabei bleiben oder ob sie früher oder später nach einem vollen sexuellen Kontakt, einen regelrechten Beischlaf verlangen, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Junge oder Mädchen sollten ohne falsche Scheu über ihre diesbezüglichen sexuellen Wünsche und Vorstellungen miteinander sprechen, um zu wissen, woran sie miteinander sind.

Der Beischlaf

Äußerliches Zeichen für die sexuelle Erregung eines Jungen ist die Versteifung (Erektion) seines Gliedes. Sie wird dadurch verursacht, daß die sogenannten Schwellkörper im Glied sich mit Blut zu füllen beginnen. Wenn das Glied hinreichend steif ist, kann es in die Scheide eingeführt werden (Beischlafbereitschaft). Allein durch den Anblick eines in seinen Augen begehrten Mädchens kann der Junge sexuell erregt werden und zum Beischlaf bereit sein. Gewöhnlich jedoch tritt die Erregung ein, wenn sich Junge und Mädchen küssen, umarmen und liebkosen (Vorspiel: s. Petting) und dies in aller Ruhe ohne störende Einflüsse aus der Umgebung. Manchmal kann es vorkommen, daß der Junge zwar seelisch bereit ist, daß aber die erwünschte Versteifung des Gliedes aus-



bleibt oder genau in dem Moment zurückgeht, in dem er das Glied einführen will. In diesem Fall wird es gut sein, wenn man abwartet, und das Mädchen erneut mit der Hand oder mit dem Mund sein Glied zärtlich liebkost. Um das Einführen des Gliedes in die Scheide zu ermöglichen, muß die Scheidenwand feucht werden. Dies erreicht man am besten, wenn der Junge während des Vorspiels den Körper des Mädchens und den Bereich des Kitzlers liebkost und küßt. Ein Beischlaf ohne liebevolles Vorspiel und Zärtlichkeiten wird vom Mädchen als brüsk empfunden und verschafft weder dem Jungen noch dem Mädchen Genuß und Befriedigung.

Beim Beischlaf führt der Junge sein steifes Glied in die Scheide des Mädchens ein und übt Beischlafbewegungen aus (er bewegt das Glied in der Scheide), bis er den Orgasmus erreicht und die Samenflüssigkeit in die Scheide dringt. In der üblichen Beischlafhaltung liegt das Mädchen auf dem Rücken und breitet die Beine aus, während der Junge auf ihr liegt. Mit wachsender Erfahrung und je nach Wunsch und körperlicher Beschaffenheit kann man die Beischlafhaltung variieren. Am besten ist immer die Stellung, die beide Partner am angenehmsten finden.

Wenn das Mädchen aus verschiedenen Gründen den Orgasmus nicht zur gleichen Zeit wie der Junge erreicht (dazu gehört viel Einfühlungsvermögen und eine gute sexuelle Kommunikation), hat dieser dennoch viele Möglichkeiten, die Auslösung bei ihr entweder schon beim Vorspiel herbeizuführen oder erst nach der eigenen Auslösung.

Der Eingang zur Scheide ist bei Mädchen, die noch keinen Beischlaf ausgeführt haben, durch eine dünne Haut verengt, Jungfernhaut genannt. Diese reißt gewöhnlich beim ersten Beischlaf ein, was mit einer geringen Blutung verbunden ist. In Ausnahmefällen reißt die Jungfernhaut auch schon früher ein (z.B. bei der Verwendung von Tampons während der Menstruation) oder sie ist so zäh, daß das Glied auch bei wiederholten Beischlafversuchen nicht einzudringen vermag. Dann sollte sich das Mädchen vertrauensvoll an einen Arzt wenden, der die Haut leicht und schmerzlos entfernen kann.

Revolution und Arbeiterbewegung

Marius Nikolinakos/Kostas Nikolinaou
Die verhinderte Demokratie: Modell Griechenland
edition suhrkamp, Band 302, DM 3,-

Bernhard Schütze
Rekonstruktion der Freiheit. Die politische Oppositionsbewegung in Spanien
edition suhrkamp, Band 298, DM 3,-

Dieter Schneider/Rudolf Kuda
Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente
edition suhrkamp, Band 296, DM 3,-

Bottroper Lebensläufe (Berichte aus der Klassengesellschaft)
Aufgezeichnet von Erika Runge. Vorwort von Martin Walser.
edition suhrkamp, Band 271, DM 3,-

Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens.
Herausgegeben von Elisabeth Hannover-Drück und Heinrich Hannover.
edition suhrkamp, Band 233, DM 3,-

Peter Gäng/Reimut Reiche
Modelle der kolonialen Revolution. Beschreibung und Dokumente.
edition suhrkamp, Band 228, DM 3,-

Otto Vossler
Die Revolution 1848 in Deutschland.
edition suhrkamp, Band 210, DM 3,-

Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar. Herausgegeben von Tankred Dorst und Helmut Neubauer.
edition suhrkamp, Band 178, DM 3,-

Suhrkamp Verlag

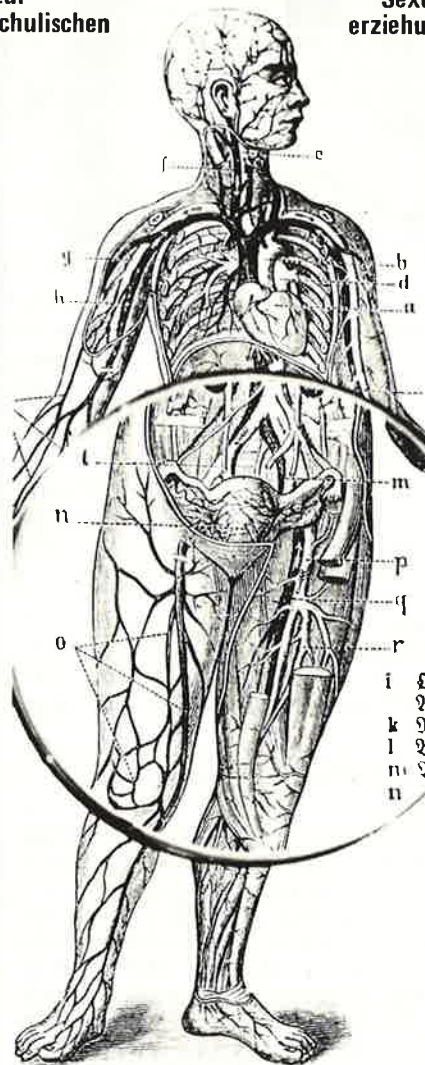
6 Frankfurt am Main Postfach 2446

1914 prophezeite der Pädagoge Reissert: Wir werden uns daran gewöhnen müssen, Eltern so gut wie Lehrer, die Sexualfrage als eine äußerst wichtige Erziehungs- und Unterrichtsfrage anzusehen. Immerhin schon 1968 erkannten dasselbe auch die bundesdeutschen Kultusminister: „Sexualerziehung als Erziehung zu verantwortlichem geschlechtlichem Verhalten ist Teil der Gesamterziehung. Sie ist notwendig, um die individual- und sozialetischen Aufgaben der Erziehung zu erfüllen.“ Fürwahr, ein schöner Satz, doch was beispielsweise schleswig-holsteinische Kultusbürokraten jetzt auf Drängen der politischen Schülerbünde und namhafter Sexualpädagogen, unter dem Alptraum drohend heranziehender Love-In's in bundesdeutschen Schulturnhallen und unter dem Druck der anklagenden Statistiken (10.000 Abtreibungen jugendlicher Mütter pro Jahr, rapider Selbstmordanstieg Jugendlicher aus Sexualängsten etc.) zu Papier brachten, ist schlicht und einfach enttäuschend. Will man den Schülern Sand in die Augen streuen? Wohin die Richtung geht, ergibt sich für Eingeweihte schon aus dem, was man kurzerhand gestrichen hat. Der entscheidende Kernsatz der „Kultusminister-Konferenz-Empfehlungen zur Sexualerziehung in den Schulen“, die am 3. und 4. Oktober 1968 in Mettlach auf der 125. Konferenz der Kultusgewaltigen verabschiedet worden waren, lautete: „die problematischen und negativen Erscheinungen menschlichen Sexualverhaltens sollen nicht in den Vordergrund gestellt werden.“ Dieser Satz beinhaltet die von allen fortschrittlichen Kräften geforderte sexualbejahende Erziehung, die Erziehung zur Freude an der Sexualität, frei von irrationalen Tabus und künstlich aufgebauten moralischen Verklemmungen. Im schleswig-holsteinischen Erlaß fehlt dieser Satz bezeichnenderweise. Dafür heißt es: „Sexualerziehung in der Schule soll dazu beitragen, daß die jungen

FALSCHER WEGE

zur
schulischen

Sexual
erziehung



Menschen ihre Aufgabe als Mann oder Frau erkennen, ihr Wertempfinden und Gewissen entwickeln und die Notwendigkeit der sittlichen Entscheidung einsehen.“ Diese Vokabeln klingen so vertraut – und in der Tat heißt es weiter: „in dieser Zielsetzung begegnen sich die Bemühungen der Schule mit entsprechenden Bemühungen der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und anderer Erziehungsgemeinschaften und -institutionen.“ Wer die Bemühungen der Kirche um die Sexualerziehung Jugendlicher kennt, dem wird verständlich, warum der oben zitierte Satz gestrichen wurde. Kirchliches Sexualverständnis, also Sexualunverständnis, zieht denn auch durch den ganzen Erlaß hin. „Die Erziehung zu verantwortlichem geschlechtlichen Handeln vertieft das Bewußtsein für die Verantwortung, in die der einzelne in bezug auf sich selbst, den Partner, die Familie (aha!) und die Gesellschaft (aha!) gestellt ist.“ (Interessant, daß auch diese Leute sofort den Zusammenhang zwischen Sexualität und Herrschaft herstellen.)

Was soll also in der Schule behandelt werden: bis zum Ende des 10. Schuljahres die „verführte Sexualbetätigung“ (natürlich, die Schüler sind ja erst 15 oder 16 Jahre alt), überhaupt alle „abnormen Formen menschlichen Sexualverhaltens“.

Am typischsten ist aber die Forderung, die „sozialen und rechtlichen Grundlagen des Geschlechts- und Familienlebens“ zu behandeln. Hinter der wohl überhaupt nicht mehr reflektierten Koppelung zwischen Geschlechts- und Familienleben verbirgt sich massiv die kirchliche Forderung nach Enthaltsamkeit bis zur und der Sexualfixierung auf die Ehe.

So wundert es einen dann auch nicht mehr, daß abschließend gefordert wird: „Die Schule muß bemüht sein zu verhindern, daß junge Menschen während oder nach ihrer Schulzeit in ihrem geschlechtlichen Verhalten aus bloßer Unwissenheit falsche Wege gehen.“ Seien Sie unbesorgt, Herr Kultusminister!

druckt
von DIN A 6 bis
DIN A 2
Bücher,
Broschüren,
Prospekte,
Kataloge,
Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen
aller Art

HOSCH GmbH.
6 Frankfurt
am Main

Hosch

blätter

5/69

FÜR DEN JUGENDLEITER

Das Rezept: Gruppe + Club + Aktion

Freizeitindustrie und moderne Jugendarbeit

Von Walter Möbius

Es gibt mehrere Möglichkeiten, sich in seiner Freizeit zu beschäftigen. Sie oder er gehen in die Diskothek, stehen an der Ecke mit der Clique, schauen zu Hause in die Flimmerkiste, hören sich heiße Platten an, oder sie sind Mitglieder einer Jugendorganisation und nehmen zusätzlich am Leben dieser Jugendorganisation teil und gehören dazu. Die Leute, die hier in der Bundesrepublik etwas zu sagen haben, sind nicht für eine dem gesellschaftlichen Fortschritt verbundene organisierte Arbeiterjugend. Mit den vielfältigsten Mitteln und Methoden (BRAVO, Radio Luxemburg, Vergnügungsindustrien) versuchen sie, die Arbeit der fortschrittlichen Jugendorganisationen zu hintertreiben.

Leider haben sie dabei einen gewissen Erfolg. So mußte die Gewerkschaftsjugend feststellen, daß ihre Mitgliederzahl stagniert, ja sogar zurückgeht. Ähnliche Sorgen hat die Naturfreundejugend Deutschlands und auch die SJD – Die Falken. Auch die Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend steht hier vor großen Problemen, obwohl ihre Mitgliederzahl, da dieser Verband neu und jung ist, ständig steigt.

„Gegen die Freizeitindustrie kommen wir doch nicht an“, hört man. Es ist schwer, könnte man antworten, und es kommt darauf an, von welchen politischen Überlegungen der jeweilige Jugendverband in seiner gesamten Tätigkeit ausgeht. Der „Spiel-mit-mir-blinde-Kuh-Verein“ ist tot, und das ist auch gut so. Wer nichts weiter zu bieten hat als nur Beat, kann auch nicht lange existieren. Zur Jugendarbeit von heute gehört konkretes politisches Engagement und eine interessante, alle einbeziehende Tätigkeit.

Stellen wir uns einmal die Frage: Wann kommen junge Menschen zu einer bestimmten Jugendgruppe? Antwort: Wenn da etwas los ist. Fragen wir weiter: Was beinhaltet das „Wenn da etwas los ist“? Nehmen wir konkrete Beispiele. Die ÖTV-Jugendgruppe Hamburg-Hafen ist verhältnismäßig stark. Diese Gruppe interessiert sich

für die konkreten Probleme der jungen Hafenarbeiter in Hamburg, diskutiert diese auf ihren Gruppenabenden mit allen, und daraus werden gemeinsam Schlußfolgerungen gezogen. Nehmen wir den Ortsverband der SDAJ in Dortmund, heute rund 200 Mitglieder, mit fünf einzelnen Stadtteilgruppen – ein steiler Aufstieg. In Dortmund wurden vor den Betrieben durch konkrete Aktionen junge Arbeiter angesprochen, ihre eigenen Probleme in den Gruppen behandelt, um mit den neuen Erkenntnissen die nächsten Aktionen durchzuführen. Oder schauen wir nach den „Falken“ in Westberlin. Auch sie haben ein konkretes politisches Engagement, und die Werbung für ihre Sommerlager stellen sie mit in die Diskussion während der Aktionen.

Dort, wo es die Arbeiterjugendverbände auf der Grundlage ihrer politischen Zielsetzung verstehen, die Interessen und Forderungen der Arbeiterjugend zu artikulieren und mit der konkreten Aktion Bewegung zu schaffen, wachsen die Gruppen dieser Jugendverbände. Aber, so wird man sagen, wir wollen doch nicht immer nur Politik hören und Aktionen durchführen. Nein, kann man auch nicht. Der zweite Teil der Tätigkeit eines Arbeiterjugendverbandes besteht eben darin, die momentane Situation zu verstehen, die Umwelt in der die Jugend aufwächst, und diese bei der Gestaltung ihrer Zusammenkünfte zu berücksichtigen. Die Ortsgruppe Essen der SDAJ tat das. Am Sonntagnachmittag gibt es in einem Keller in Essen-Altenessen Beat mit 10 Minuten Politik „Zu Gast bei uns“. Man praktizierte die unter diesem Schlagwort bekannte „offene Form“ der Jugendarbeit. In Hamburg bildete sich auf einem ehemaligen Wohnschiß der Club „Kasematte“. Dort beate und diskutieren über 100 junge Leute jeden Sonnabend/Sonntag, und die Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend wächst und bekommt neue Mitglieder.

Die Umwelt der jungen Arbeiter von heute, die Geschehnisse am Arbeitsplatz, in der Schule (Berufsschule) und die Produkte der sogenannten Freizeit-Industrie oder ideolo-

gischen Verseuchungsmaschinerie der hier in der Bundesrepublik herrschenden kapitalistischen Klasse sind nun einmal die Haupteinflüsse. Arbeiterjugendverbände, die in der Gestaltung ihrer Gruppenarbeit das nicht berücksichtigen, erleiden Schiffbruch.

„Wenn wir Clubs aufbauen, können wir keine Gruppen haben“, so hört man. Gibt es einen Gegensatz zwischen einem Club der Gewerkschaftsjugend und einer Gruppe der Gewerkschaftsjugend oder der SDAJ? Nein. Ob Club oder Gruppe, beides sind Möglichkeiten, junge Menschen in die Organisation mit einzubeziehen.

Man muß sich fragen, mit welchem Inhalt und mit welcher Form sprechen die Arbeiterjugendverbände junge Menschen an. Jeder Club, der sich entwickelt, braucht einen Kern – die Gruppe. Als politische Jugendorganisation wollen die Arbeiterjugendverbände etwas aussagen, etwas vermitteln, und darum kann man das Geschehen in einem Jugendclub der Gewerkschaftsjugend, der Naturfreundejugend oder der SDAJ nicht dem Zufall überlassen. Die angeführten Beispiele aus Essen, Hamburg und Dortmund zeigen: es ist möglich, in der heutigen Zeit Arbeiterjugend über das konkrete politische Engagement in einer offenen Form für eine sozialistische Jugendorganisation auf Dauer zu gewinnen.

Die FDP hat einen Wahlkampfschlager „Der alte Zopf muß weg“. Diese Partei will sich nur ein neues Image mit altem Inhalt schaffen. Die Arbeiterjugendverbände müssen zum Teil wirklich den alten Zopf abschneiden, denn sie haben einen Inhalt, der heißt: Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt, für eine bessere Zukunft der Jugend.



Gegen den gemeinsamen Feind

Zu Fragen des Bündnisses zwischen Arbeitern und Studenten
Von Karin Bökamp-Struck, Studentin, Bonn

Ansätze eines Bündnisses

Arbeiter, Studenten, fortschrittliche Professoren und Assistenten haben im Kampf gegen die Notstandsgesetze zusammengearbeitet. Dieses Bündnis erwies sich als äußerst fruchtbar, wie wir bei der Analyse der Aktionen in Frankfurt, der gemeinsamen Veranstaltung auf dem Römerberg z. B. erkennen können. Hinderlich war und ist dem Entstehen und der weiteren Festigung eines Bündnisses auf Seiten der Arbeiter ihr Bewußtseinsstand und ihre Ressentiments gegen die Studenten, beides zurückzuführen auf die Politik der SPD-Führung und einzelner studentenfeindlicher Gewerkschaften; auf Seiten der Studenten teilweise falsche Aktionsformen und Methoden. Wenn Studenten beispielsweise mit einem Packen Flugblättern und Megaphonen vor eine Fabrik zogen und meinten, nun würden die aus der Schicht kommenden Arbeiter freudig ihre Agitation aufnehmen, so übersehen sie, daß eine langwierige Vorarbeit und Bildungsarbeit eine wichtige Voraussetzung für die Agitation war. Außerdem waren die Arbeiter von der Anmaßung der Studenten, die Führung der Arbeiterklasse zu übernehmen, wenig angetan, als was sie angesichts der fehlenden Vorarbeit erscheinen mußte und vielfach war. Lehrreich ist das Beispiel der Solidarität der Kölner Studenten mit den Ford-Arbeitern aus Anlaß der Kurzarbeit bei Ford im März vorigen Jahres. Es ist zu diskutieren, ob die Solidarität nur eine moralische war oder auf einer Analyse beruhte, nämlich auf der Überlegung, daß die Folgen der fehlenden qualifizierten Mitbestimmung die Kurzarbeit war, die ohne Ankündigung und Möglichkeiten der Abwehr von den Arbeitern hingenommen werden sollte; genau wie die Studenten die Folgen der fehlenden Mitbestimmung in den Hochschulen zu tragen hatten.

Betriebsräte und Studenten sprachen sich in der Solidaritätsversammlung aus für eine Volksfront „zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, Christen, organisierten Arbeitern und Studenten“. Denn: „Nicht der Student ist mein Feind, sondern der Arbeitgeber, der mit allen Mitteln versucht, meine Arbeitskraft so billig wie möglich zu kaufen und dadurch soviel Profit wie möglich zu erzielen.“ Nötig ist „die unbedingte Solidarität aller Arbeitnehmer im gemeinsamen Abwehrkampf.“ In der Versammlung heißt es, daß die Studenten ihre Forderungen nach wirklicher Demokratisierung der Hochschulen nicht durchsetzen können ohne eine Demokratisierung der Gesellschaft, insbesondere der Wirtschaft. Vor allem kann der Kampf von den Studenten nicht allein geführt werden und erst recht nicht gewonnen werden. „Es sind überall die gleichen Kräfte, die sich der Mitbestimmung entgegenstellen — heißt es in einem Diskus-

sionsbeitrag — Es ist die kleine radikale Minderheit der Unternehmer.“¹⁾ (Wobei es falsch ist, den Unternehmer gleichzusetzen mit dem Professor, aber der Professor ist die Person, die die Hierarchie verkörpert, wie es im Betrieb z. B. der Meister ist.) Wir marxistischen Studenten halten es für eine wichtige Aufgabe, aus den eben skizzierten Ansätzen der Solidarität Konsequenzen zu ziehen, unseren fortschrittlichen Kommilitonen und Genossen klarzumachen, daß spontane, moralische Solidarität mit der Arbeiterklasse nicht ausreicht, sondern daß es auf eine materielle, organisierte Solidarität ankommt. Desgleichen halten wir es für äußerst wichtig, daß unsere Genossen und Kollegen im Betrieb den Arbeitern erklären, welche Bedeutung für sie die Auseinandersetzung an den Hochschulen hat.

Inhalte und Probleme der Studentenbewegung

Die öffentlichen Kommunikationsmittel, die in den Händen der herrschenden Klasse sind, schaffen es, das Aufbegehren der Studenten als Krawall hinzustellen. Sie sehen absichtlich davon ab, die Zustände an den Hochschulen als die objektiven Gründe für das Aufbegehren darzustellen.

Nach dem Krieg hat das westdeutsche Kapital alle Kräfte auf die Rekonstruktion des Produktionspotentials verwandt und dadurch einen bedeutenden Konkurrenzvorsprung für mehr als ein Jahrzehnt gegenüber anderen Ländern gewonnen. So entstand das goldene Wirtschaftswunder und zugleich der unvorstellbare Rückstand im Ausbildungs- und Bildungswesen. Die herrschende Klasse sah ein, daß eine umfassende Reform der Schul- und Hochschulausbildung notwendig wurde im Interesse des Profits. Reform heißt für sie aber nicht Demokratisierung der Wissenschaftsorganisation oder Ersetzen von antihumanistischen Lerninhalten durch fortschrittliche, sondern einzig und allein wirkungsvollere Nutzung des vorhandenen Arbeitspotentials. Studenten waren nicht bereit, sich eine kapitalistische Hochschulreform vorsetzen zu lassen, sie wollten Subjekt sein im Änderungsprozeß. Sie besetzten Dekanate oder zwangen einen Professor in der Vorlesung zur Diskussion. In Bonn wehrten wir uns z. B. gegen eine antisowjetische Vorlesung über die russische Oktoberrevolution, d. h. wir stellten dem Professor provokatorische Fragen zum dubiosen Inhalt seiner Vorlesung; diese Aktion erschien in der öffentlichen Berichterstattung als Krawall, war in Wirklichkeit aber eine demokratische Aktion gegen im Bündnis mit der herrschenden Klasse stehende Wissenschaft, die sich noch dazu objektiv und wertneutral gibt. Im Wintersemester führten Genossen von uns eine ähnliche Aktion durch; sie sprengten durch provokatorische Fragen eine Vorlesung über die DDR, die die ungeheuer-

lichsten Lügen verbreitete. Wir glauben, daß diese Aktionen im Interesse der Arbeiterklasse sind, und es wäre die Aufgabe unserer Genossen im Betrieb, den Kollegen den Inhalt der studentischen Aktionen klarzumachen, den sie allerdings nicht in den bürgerlichen Zeitungen erfahren.

Es gibt allerdings negative Erscheinungen in der studentischen Bewegung, was von den reaktionären Kräften weidlich für ihre Propaganda genutzt wird. Wenn wir sie verstehen wollen, müssen wir beachten, daß die Mehrzahl der Studenten aus kleinbürgerlichen Kreisen stammt und daß deshalb in der linken fortschrittlichen Bewegung kleinbürgerliche Theorien einen großen Raum einnehmen. Die marxistischen Studenten wissen, daß das Erringen einer marxistischen Position ohne die Partei der Arbeiterklasse eine große Schwierigkeit darstellt. Denn der Marxismus wird an der Hochschule nicht gelehrt, er wird bekämpft.

Wir müssen die anarchistischen Studenten kritisieren, weil sie die Organisationsfrage nicht fähig sind zu lösen; denn weder Studenten noch Arbeiter können spontan gegen die Monopole vorgehen. Die Studenten müssen sich in der Klassenorganisation der Arbeiter organisieren und in der Massenorganisation der Arbeiter arbeiten.

Wissenschaft eine Form der Kapitalinvestion

Wenn Arbeiter sagen: „Die Studenten rufen Streik. Sie sollten erst einmal schaffen!“, dann gehen sie meist von dem Bewußtsein aus, daß sie mit den Händen Werte schaffen, daß Studenten aber Faulenzer sind. Darin drückt sich natürlich auch die Erkenntnis des ungerechten Bildungsprivilegs aus, aber vor allem die Unkenntnis von der Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit. Sie erscheint ihnen sozusagen als Luxus, nicht als das, was sie ist, als warenproduzierende Arbeit. Und auch das ist die Aufgabe der Genossen im Betrieb, den Kollegen zu erklären, daß Wissenschaft massenweise praktische Anwendung findet und unmittelbare Produktivkraft geworden ist. Für Marx ist die Wissenschaft eine selbständige „Produktionspotenz“, die in den Dienst des Kapitals gepreßt wird. Das Anwachsen der Produktivkraft Wissenschaft und das Wachstum der Intelligenz ist vorzusetzen. Bis 1980 wird sich voraussichtlich die Zahl der Studenten in der Bundesrepublik verdoppeln, die Zahl der Naturwissenschaftler wird in den nächsten zehn Jahren etwa um fünfzig Prozent ansteigen. „Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung sind im staatsmonopolistischen Kapitalismus eine Form der Kapitalinvestition. Diese Entwicklung verschärft den Widerspruch zwischen Teilen der Intelligenz und dem Monopolkapital. Das Streben von Angehörigen der Intelligenz nach schöpferischer Tätigkeit, nach Freiheit und Wissen, ihr Suchen nach den besten Lösungen technischer Probleme stößt immer wieder auf Klassenschranken und Profitinteressen monopolistischer Kreise.“²⁾

Die wissenschaftlich-technische Revolution bewirkt, daß die Masse der Wissenschaftler nicht mehr die privilegierte Stellung einnimmt wie vielfach in der Vergangenheit. In wachsendem Maße werden die Wissenschaftler den Gesetzen der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen, wie die Lohnarbeiter gezwungen, ihre Arbeitskraft dem Besitzer der Produktionsmittel zu verkaufen. Genau wie für den Arbeiter schafft die wissenschaftlich-

technische Revolution soziale Unsicherheit, weil ihre Durchführung in den Händen der Monopolherren liegt.

Bildungsprivileg vollständig brechen!

Die wissenschaftlich-technische Revolution verlangt höhere Qualifikation von großen Teilen der Arbeiterklasse. Das bedeutet u. a., daß die herrschende Klasse nun plötzlich Begabungsreserven der Arbeiterklasse besser ausschöpfen will. Wir fordern, daß das Bildungsprivileg vollständig abgeschafft wird und nicht nur gemäß den Erfordernissen des Systems gemildert wird. Genossen von uns arbeiten in der GEW, (Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft) um auf die Intelligenz einzuwirken, die in den Volksschulen die Gehirne der Arbeiterkinder bearbeitet. Oder wenn wir Seminare mit marxistischen Literaturwissenschaftlern aus der DDR durchführen, wollen wir u. a. die fortschrittlichen Germanistikstudenten, die mit uns zusammenarbeiten, dahingehend schulen, daß sie die Arbeiterklasse als die entscheidende Kraft der Gesellschaft erkennen und dafür später in ihrer wissenschaftlichen Arbeit tätig werden. Das heißt konkret: Der Literaturwissenschaftler untersucht, statt reaktionäre Ideologien zu verbreiten, die demokratische Literatur oder die Literatur der Arbeiterbewegung, unterstützt mit seiner Arbeit gegenwärtige Bestrebungen der demokratischen und proletarischen Schriftsteller und nützt damit der Volksbewegung.

„Unternehmersolidarität“

Unsere Genossen arbeiten aktiv in der Bildungsarbeit der Gewerkschaften. Dabei wurden aufschlußreiche Erfahrungen gemacht. Spitzeldienste der Unternehmensführung entfachten eine Pressekampagne gegen die „revolutionären Studiosi“, die mit der Gewerkschaft zusammen Vertrauensleute schulten. Sobald ein echtes Bündnis zu entstehen „droht“, daß sich kontinuierlich und organisiert weiterentwickelt, versuchen die Unternehmer es zu sabotieren.

Ein aktuelles Beispiel von „Unternehmersolidarität“: In der Zeitschrift „Junge Wirtschaft — Zeitschrift für fortschrittliches Unternehmertum“ vom Februar 1969 findet sich ein Hetzartikel gegen die Studentenbewegung. Es heißt dort u. a.: „Die führenden Funktionäre haben es oft und lautstark genug gesagt, wohin die Reise gehen soll: die ‚Solidarität‘ mit der Arbeiterschaft wird erstrebt... Unsere ureigene Sache, die Sache jedes Unternehmers aber ist es, zu prüfen, was geschehen muß, um die Belegschaften und die Nicht-Universitätsstädte immun gegen die Revolutions-Bazillen zu halten... Setzen Sie sich in

Ihren Domizilen zusammen und überlegen Sie, ob alles am Ort ‚in Ordnung‘ ist. Das ist das beste Rezept, um ‚Ordnung zu schaffen‘ unnötig zu machen. Industrie- u. Handelskammern, örtliche Wirtschaftsvereinigungen, aber auch Klubs und Kränzchen: alle sind sie als Plattform für Gespräche geeignet. Es darf nicht dazu kommen, daß von einem Außenseiter ein Funke gezündet wird, der alle bedrohen kann. Schaffen Sie sich örtliche ‚Feuerwehren‘, um solche Brände im Keim zu ersticken. Vorbeugen ist auch hier das beste Abwehrmittel. Jeder Unternehmer kann das Seine tun, um die Straßen sauberzuhalten — und die eigenen Fensterscheiben zu schonen.“

Studenten und Arbeiterjugend

Zum Schluß seien einige Anfänge von materieller Solidarität zwischen Studenten und Arbeiterjugend genannt. Die Kämpfe der Arbeiterjugend für ein modernes Berufsausbildungsgesetz haben sehr viel Ähnlichkeit mit den Kämpfen der Studenten um eine demokratische Wissenschaft. In diesem Kampf können sich beide unmittelbar verbünden. In vielen Städten läuft im Moment eine Fragebogenaktion in den Berufsschulen, die die Sünden der Unternehmer ermitteln will, die Aktion „Unternehmer-Sündenregister“ des elan! Unsere Genossen führen zusammen mit den Genossen der SDAJ Lehrlingsarbeitskreise durch, in denen zur Zeit die Ergebnisse der Fragebogenaktion ausgewertet werden,

die wie es scheint, negativ für die Industrie- und Handelskammern ausfallen. Die Ergebnisse werden auf Flugblättern bekannt gemacht werden, und möglicherweise wird eine gemeinsame Demonstration erfolgen. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß trotz der großen wissenschaftlich-technischen Entwicklung immer noch der Mehrheit der Bevölkerung das notwendigste Grundlagenwissen vorenthalten wird und sie im Prozeß der Strukturveränderungen, der Automation, der notwendigen Umstellungen hilflos gegenüber den Monopolen ist.

Wir haben den gleichen Gegner, der fordert, daß trotz der Wichtigkeit einer quantitativen und qualitativen Verbesserung des Bildungswesens in der BRD in der Rangordnung an erster Stelle die Außen- und Verteidigungspolitik steht, wie Schröder im Januar dieses Jahres vor dem Münchener Export-Club ausführte.

Den Zusammenhang zwischen der aggressiven Politik gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder und der Verweigerung unserer demokratischen Forderungen in Betrieben, Schulen und Universitäten gilt es in praktischen Aktionen zu vermitteln.

Quellen:

- 1) Dokumentation der Aktion in: Facit Aktuell 1, Hrsg. SDS-Köln.
- 2) Hans Adamo: Arbeiterklasse und Intelligenz, in: Klassen und Klassenkampf heute, Marxistische Blätter — Sonderheft 2/1968, S. 123—127.

Das Begräbnis fand nicht statt

Nach der 21. Mitgliederversammlung des VDS
Von Michael Maercks

Die herrschende Klasse in Westdeutschland und mit ihr die formierte bürgerliche Presse waren sich einig: Diese 21. o. MV sollte das Ende des vds bringen.

Schon lange vorher war gemäß den Empfehlungen des Bundesverbandes Deutscher Industrie (BDI) versucht worden, mit Hilfe reaktionärer Studentengruppen und unter Ausnutzung der antiautoritären Phase in der studentischen Linken, besonders vertreten durch einige SDS-Gruppen, den Verband von innen her aufzuweichen und zur Selbstauflösung zu bewegen. Als zweiter Schritt sollte dann unter

der Betonung der Notwendigkeit einer überregionalen studentischen Vertretung ein von der Wirtschaft unterstützter und kontrollierter Studentenverband gegründet werden.

Die innerhalb der linken Studentenbewegung aufgebrochenen Differenzen über die Organisationsform und die Rolle, die ein vds in einer langfristigen Strategie zu spielen hat, traten auf der MV deutlich hervor. Aber obwohl die MV schließlich ergebnislos auf den Juni vertagt wurde, muß doch folgendes gesehen werden:

STREIT-ZEIT-SCHRIFT VII, 1 Febr. 1969

Pornografie, Dokumente, Analysen, Fotos, Comics
160 Seiten, gebunden, DM 4,—

Die STREIT-ZEIT-SCHRIFT, die Zeitschrift, die mobil ist. Die Zeitschrift, die den Leser mitmachen läßt. Was ist die STREIT-ZEIT-SCHRIFT? Ein Magazin für die Literatur, ein Magazin gegen die Literatur.

HEINRICH HEINE VERLAG. 6 Frankfurt am Main



Mit der Annahme des neuen Strukturmodells durch die überwiegende Mehrheit der Delegierten und mit der Weiterführung der Geschäfte durch den alten kommissarischen Vorstand ist der Grundstein für eine politisch starke Vertretung der studentischen Interessen gelegt worden.

Und schon hat auch die Reaktion eine neue taktik eingeschlagen. Durch Mittelentzug und eine überhastete Gründung eines Gegenverbandes (IDS) führt sie nun den Kampf verstärkt von außen.

Von einem falschen Wissenschaftsbegriff ausgehend, sah die alte Struktur des vds eine Zweiteilung vor:

1. eine politische Interessenvertretung über die AStAs und die Landesverbände der Studentenschaften,
2. eine fachspezifische Willensbildung durch die Fachverbände.

Eine Organisation, die die Studentenschaft von der Fachschaft her bis hin zum vds-Vorstand nicht als Einheit sieht, ist politisch untragbar. Eine einheitliche überregionale Organisation wird umso notwendiger, da die neuen Hochschulgesetze auch schon die Auflösung der örtlichen Studentenschaften vorsehen.

Die neue Strukturform kann allen politischen Anforderungen gerecht werden. Um den angestrebten Formierungsversuchen und den „Reformen“ der herrschenden Minderheit entgegenwirken zu können, muß der Widerstand und die Erarbeitung von Alternativen direkt in den Instituten mit der Mehrheit der Studenten direkt am Arbeitsplatz geleistet werden.

So arbeiten jetzt Fachschaften und Basisgruppen überregional in den jeweiligen Projektbereichen zusammen. Die Koordination, der Erfahrungsaustausch und die Diskussion der Strategie und Taktik erfolgt auf den Projektbereichskonferenzen. Die Vertretung der Studentenschaft nach außen hin wird von einem Arbeitssekretariat wahrgenommen, das seine Aufträge von den Konferenzen bekommt und auch durch diese kontrolliert wird. Diese Strukturform setzt einen hohen Bewußtseinsstand aller Studenten voraus. Dieser muß noch in den Basisgruppen selbst erarbeitet werden. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Diskussion über die jetzige und zukünftige Stellung von Studenten im Produktionsprozeß. Wenn dies geleistet wird, dann stellt der vds einen wirklich starken Kampfverband dar. Dieses Wiedererstarken versucht die herrschende Klasse nun durch Mittelentzug zu verhindern. Ihre Scheinbegründung:

- der vds beschränke sich nicht auf die in den Hochschulgesetzen festgelegten Aufgaben seiner Mitglieder,
- bekenne sich nicht zur freiheitlichen demokratischen Ordnung des Grundgesetzes,
- verbürge nicht die ordnungsgemäße Haushaltsführung.

zu 1. Dies stimmt, denn die neuen Hochschulgesetze weisen den Studenten überhaupt keine Aufgaben mehr zu, höchstens noch die Krankenfürsorge.

zu 2. Hieran zeigt sich, wie reaktionäre Studentengruppen mit der herrschenden Clique zusammenarbeiten. Die AStAs Köln und Bonn

hatten ihrem Antrag 203 ein undifferenziertes Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen, pluralistischen Grundordnung vorangestellt. Dieser Antrag wurde von den Delegierten erwartungsgemäß abgelehnt. Und obwohl auf dieser MV die Charta des vds von 1962 noch einmal bestätigt wurde, hält die Regierung an ihrem Scheinvorwand fest!

zu 3. die Finanzen des vds werden vom Bundesrechnungshof geprüft, der seinerseits niemals Einwände erhoben hat.

Durch die Gründung des „Initiativausschuß Deutscher Studenten“ (IDS) soll der vds nun doch gespalten werden. Die reaktionären Studenten haben schon seit langem einen Gegenverband vorkonstituiert. Doch scheint ihnen die Zeit augenblicklich noch zu unsicher zu sein. So bauten sie die Scheinorganisation IDS auf, gaben ihr einen scheinprogressiven Anstrich, um so mehr Kräfte aus dem vds abzuziehen. Dieses totgeborene Kind wird sicher schon bald zu Gunsten der offen reaktionären Deutschen Studentenunion (DSU) fallengelassen werden.

Die vor uns liegende Arbeit an den Universitäten, die Auseinandersetzung um Hochschulgesetze, Ordnungsrecht, Bildungsinhalte usw. wird von uns Studenten nicht allein geleistet werden können. Der Kampf an den Hochschulen ist ein Teil des Klassenkampfes, denn Studenten gehören objektiv zum Proletariat. Deshalb muß auf allen Ebenen die Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft geleistet werden. Besonders die Zusammenarbeit mit der SDAJ wird notwendig und nutzbringend sein.

Die Sozialisten und das Militär

Von Wilhelm Schwettmann

I. Rosa und Karl im Arrestbunker der Bundeswehr

In den letzten Monaten wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gleich mehrmals gemäßregelt — erst in den Arrestbunker der Bundeswehr und dann fristlos aus der Bundeswehr geworfen. Die Mitglieder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, Walter Listl, Reinhard Junge und Werner Teriet verhielten sich gegenüber dem Militär so, wie es Rosa und Karl der Arbeiterjugend vermittelt haben, und prompt wurden Hetze und Repression gegen sie gerichtet. Listl, Teriet und Junge sprachen in der Bundeswehr die elementare Wahrheit aus, daß diese Armee eine bewaffnete Macht des herrschenden Kapitals ist und daß sie innen- und außenpolitisch gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet ist. Diese drei und andere Soldaten erarbeiteten folgerichtig die tiefste demokratische Idee, daß die Soldaten sich niemals für die Interessen des Kapitals gegen die Arbeiter mißbrauchen lassen dürfen. Teriet, Listl und Junge wurden als Mitglieder der SDAJ arretiert, als „gefährliche Anhänger“ von Rosa und Karl in Dienstuniform in den Bunker gesperrt und aus der Bundeswehr fristlos entlassen.

Im Prinzip reagierte die Bundeswehrführung so, wie bereits der preußische Kriegsminister, der am 17. April 1907 in einem Schreiben an den Oberreichsanwalt die Bestrafung von Karl Liebknecht verlangte. Liebknecht hatte Anfang 1907 die Schrift veröffentlicht: „Militarismus und Antimilitarismus, unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“. In dieser Schrift startete über die damalige Armee des deutschen Großkapitals das gleiche, was in den Flugblättern von Listl, Teriet und Junge über die heutige Armee der deutschen Konzerne steht. Karl Liebknecht wurde zu eineinhalb Jahren Festung verurteilt. Hatte er doch in einem „Rekrutenab-

schied“ vom 22. September 1906 — ähnlich wie Listl, Junge und Teriet — festgestellt:

„Nicht nur zum Kampf gegen den äußeren Feind, nein, auch zum Kampf gegen den inneren Feind sollt Ihr dienen! Wer ist der innere Feind? Auf Vater und Mutter, Bruder und Schwester, sollt Ihr auf Kommando schießen. Man wird euch zu Streikbrecherdiensten abkommandieren.“

(K. Liebknecht, Ges. Reden und Schriften, S. 187 Band 1, Dietz-Verlag, Berlin 1958)

II. Worin besteht das „Vergehen“ 1968/69?

Junge Soldaten nahmen das geschriebene Grundgesetz wörtlich und ihr im Artikel 5 verbrieftes Recht auf Meinungsäußerung in Anspruch. In Flugblättern und Diskussionen traten sie für die Verwirklichung des Grundgesetzes, gegen die Notstandsdictaturgesetze sowie gegen die maßlose materielle und ideelle Rüstung auf. Die DGB-Jugendzeitung „aufwärts“ im Januar 1969: „Von den Notstandsgesetzen ist vor allem die Bundeswehr betroffen ...

...der Einsatz der Streitkräfte soll auch im inneren Notstand, bei der Bekämpfung organisierter ...Aufständischer“ erfolgen ...

Nach Meinung angesehener Kommentatoren könnte die Bundesregierung in einer Lage ähnlich der bei den Osterunruhen (1968, W. Schw.) die Bundeswehr zu Hilfe rufen.

Die Folge wäre, daß Soldaten auf Studenten und Arbeiter schießen.“

Denn die Soldaten der Bundeswehr sind verpflichtet, „einem Einsatzbefehl zur Bekämpfung eines inneren Notstandes Folge zu leisten“. („Welt“ 11. 7. 68)

Wie ernst die Situation ist, zeigen Beispiele, die von der Gewerkschaftszeitung „Metall“ (3/1969 vom 4. 2. 69) wiedergegeben werden. Längst vor den verabschiedeten Notstandsgesetzen wurde bei „Planspielen“ der Bundeswehr „Jagd“ geübt auf „unzufriedene Arbeiter, Atomwaffengegner, Neutralisten, Wehrdienstverweigerer, Ostermarschierer und Demonstranten ...“

Wen wundert es bei diesen Aussichten, fragt „aufwärts“, wenn Soldaten warnend ihre Stimme erheben und Flugblätter verteilen. Der Generalinspekteur der Bundeswehr hat Berichten des „aufwärts“ zufolge in einem geheimen Erlaß die schnelle Aburteilung von Flugblattverteilern angeordnet.

Wie für heute und für uns gesagt, klingen die Worte von Karl Liebknecht auf dem Mannheimer Parteitag der SPD 1906:

„Die Empfindlichkeit unseres Klassenstaates in dem Punkte Militarismus ist naturgemäß außerordentlich. Sie steht in direktem Verhältnis zu dem bösen Gewissen der herrschenden Klassen gegenüber dem Proletariat und zu der Angst um den Verlust ihrer Machtstellung.“

(K. Liebknecht, wie oben, S. 199)

III. Eine neue Etappe der Bundeswehr

Die Bundeswehr, die größte Landarmee Westeuropas, zählt z. Z. etwa 455 000 Mann. Davon sind 50 000 Berufssoldaten, 183 000 Soldaten auf Zeit und 217 000 Wehrpflichtige. Hinzu kommen noch 165 000 Beamte, zivile Angestellte und Arbeiter der Bundeswehrverwaltung. Etwa 13 Mil-

Positiv: Aktionen für bessere Berufsausbildung

Interview mit Walter Haas, DGB-Bundesjugendsekretär

Die 7. Bundesjugendkonferenz des DGB hat sich dafür ausgesprochen, überall gezielte Aktionen für die Schaffung eines Berufsausbildungsgesetzes nach den gewerkschaftlichen Vorstellungen zu starten. Auch der Bundesjugendausschuß des DGB berät auf seinen Sitzungen über die Lage der jungen Menschen in Betrieben und Ausbildungsstätten. elan sprach mit Walter Haas, Bundesjugendsekretär des DGB, über die Berufsausbildungsaktionen.

elan In Hamburg, Essen und Westberlin haben Lehrlinge gegen ihre Chefs demonstriert. In Berufsschulen und Betrieben kursieren Flugblätter, die auf die Misere in der Berufsausbildung hinweisen. Lehrlinge bilden Ausschüsse zur Vorbereitung weiterer Aktionen. Wie beurteilst Du diese Aktivitäten?

Walter Haas: Die Gewerkschaftsjugend steht durchaus positiv zu den Aktivitäten, die sich im Bereiche der in Ausbildungs- und Anlernverhältnissen stehenden jungen Menschen im Betrieb entwickeln, die darauf abzielen, daß die berufliche Bildung entscheidend verbessert wird. Positiv stehen wir auch zu sol-

chen Aktionen und Aktivitäten, die im überbetrieblichen Bereich eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen der beruflichen Bildung zum Ziele haben. Die Gewerkschaftsjugend wird sich gerne bereit finden, Hilfe zu leisten und bei Aktionen eventuelle Unterstützungen zu gewähren, die auf diese Ziele ausgerichtet sind.

elan: Sollen auch die Abgeordneten des Bundestages und die Kandidaten für den Bundestag mit den Forderungen der jungen Gewerkschafter konfrontiert werden?

Walter Haas: Aus dem politischen Engagement, das wir von allen unseren Jugendlichen, besonders unseren jungen Funktionsträgern erwarten, werden von Seiten unserer jungen Mitglieder sicherlich auch die Bundestagskandidaten auf ihre Haltung zur Jugend im allgemeinen und zum Problem der beruflichen Bildung im besonderen anzusprechen sein. Als Verband haben wir allen Bundestagsabgeordneten unsere Forderungen im gesetzlichen Bereich mitgeteilt und wir hoffen, daß sie diesen Vorstellungen weitestgehend beitreten.

Buttons der



Gewerkschaftsjugend



lionen sind aus der Bundeswehr wieder in das sogenannte zivile Leben zurückgekehrt. („Neue Zürcher Zeitung“ v. 10. 11. 68 in „Das Parlament“ 14. 8. 68)

An bewaffneten Kräften kommen noch hinzu etwa 15 000 Mann des „Bundesgrenzschutzes“ sowie die Angehörigen der Polizei. Mit den Notstandsgesetzen ist der jederzeitige Einsatz der gesamten Militärmaschinerie gegen das Volk legalisiert worden.

Ende November 1968 kündigte Bundesminister Schröder durch eine Regierungserklärung „eine neue Phase der Bundeswehr“ an, damit die Regierung in Bonn eine „dynamischere“ Militärpolitik betreiben könne. Man wolle den „vorgezeichneten Weg zu einer Vorwärtsstrategie gehen, die nicht länger unbeweglich hinter den Grenzen des eigenen Schutzbereiches“ verharren dürfe, meldete die „Welt“. In der „neuen Phase“ soll nach Schröders Plan die Wehrbereitschaft des ganzen Volkes angestrebt werden.

Nach seinen weiteren Aussagen „müssen die Streitkräfte ein Spiegelbild der modernen, hochindustrialisierten Gesellschaft sein.“ (Die Welt, 5. 12. 68, S. 5). Der logische Klartext dessen ist:

Der Vorsitzende des Bonner Verteidigungsausschusses, Strauß—Freund und CSU/MdB Dr. Zimmermann verlangte in einem Referat vor Wehrpolitikern und Unternehmern die Beseitigung „diskriminierender Bestimmungen“ für die deutsche Waffenindustrie“, und endlich Tatsachen, die auch die direkte Produktion von ABC—Waffen in der BR möglich machen sollen. (Stern“, 9/69, 2.3.69).

Denn „die Rolle des Unkalkulierbaren behalten die Atomwaffen, die allein auch deshalb in Europa auf jeder Stufe unentbehrlich bleiben.“ („Wehrkunde“ 11/68).

IV. Die Militärkaste drängt nach oben

Eine Besonderheit in der gegenwärtigen militärpolitischen Kampagne der Herrschenden in Bonn ist das wachsende politische Gewicht der Militärkaste im Machtapparat dieses Staates. Die allgemeine Formel der Regierenden heißt:

„Die Bundeswehr muß endlich das werden, was sie zu sein vorgibt.“ (DPA, 24.11.68)

Die herrschenden Kreise in diesem Staat verstehen darunter offensichtlich einen industrie-preußischen „Ordnungsstaat“, in Erinnerung an ein Preußen, das kein Staat war, der eine Armee unterhielt, sondern eine Armee, die einen Staat besaß.

Am 19. 3. 69 sprach der Vize—Inspekteur des Heeres, Generalmajor Grashey, vor rund 150 Generalstabs— und Admiralstabsoffizieren in diesem Sinne aus, „was viele Bundeswehroffiziere seit Jahren diskutieren“. (Welt am Sonntag, 13.4.69)

„Grashey würde der erste sein“, gibt „Der Spiegel“ (Nr. 15/69) die Meinung eines Zwei—Sterne—Generals der Bundeswehr wieder, „der die Griechenland—Tour („Alle Macht den Obristen“) reitet.“

Grashey ist kein Einzelfall. Er hat sich auch nicht „versprochen“. Grashey ging von der programmatischen Linie der Militärpolitik der Herrschenden aus und auf eine spezielle Frage etwas näher ein.

Das Wesen dieser Seite des Militärprogramms Bonns zeigt sich in einer Fülle von Forderungen und Zielvorstellungen, von denen einige genannt sein mögen:

- Beseitigung jeglichen zivilen Einflusses auf die Bundeswehr — Dem Generalinspekteur muß alle Befehls—, Kommando— und Disziplinargewalt übertragen sein
- Der Stellenwert des Inspektors sollte erhöht werden und mindestens einen Ministerrang erhalten
- Die Wehrbereitschaft des ganzen Volkes soll schnell erreicht werden
- Armee und Militärgerichtsbarkeit haben sich als Instrument zur Aufrechterhaltung der „Manneszucht“ zu verstehen
- Der Soldat muß zur Einfachheit erzogen werden
- Die Traditionsverbände der Wehrmacht, der Reichswehr und der Armeen des kaiserlichen Deutschlands müssen an die Bundeswehr herangeführt werden.
- Der „Drückebergerei“ vom Wehrdienst muß Einhaltung geboten werden, und das Wahlrecht sollte der Bürger erst nach Ablauf seiner Militärdienstpflicht wahrnehmen dürfen.

Auf der gleichen Ebene liegen die „Thesen einer bodenständigen Wehr— und Waffenpolitik“ des Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung IV, Dr. Richard Wagner, der u. a. verlangt:

- stramme Wehrverwaltung, härtere Verteidigungsgesetze — Liquidierung falsch verstandener Demokratisierungseffekte (wie Kriegsdienstverweigerung)— eine wehrhafte Lehr— und Lernpolitik an den Schulen

(Nach „Stern“, 2.3.69)

So trifft heute noch die Feststellung Lenins ins schwarze, daß das Großkapital gegen die Bevölkerung bewaffnet ist. Das ist eine — wie er sagte — „der größten, kardinalsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft“.

V. Schule der Nation

Kürzlich berichtete „Bild“ in großer Aufmachung:

„Die Bundeswehr ist die große Erziehungsschule der Nation! Arbeitgeber sind sich einig: Junge Mitarbeiter sind weitaus pflichtbewußter, wenn sie in der Bundeswehr gedient haben.“ (Nach „Metall“ vom 4.2.69, S. 11)

Und „Bild“, das selten Zweifel an der Bundespolitik läßt, weiß, was den Unternehmern besonders

an jungen Arbeitern schmeckt: Mehr Disziplin! Und prompt geht der „Wehrbeauftragte des Bundestages“ ans Rednerpult des Bundestages und fordert mehr Disziplin.

Alle Weichen für eine Disziplinierung der Jugend im Sinne des Militarismus sind gestellt. Damit das reibungsloser als bisher geht, hatte Springers „Welt“ „die Vorbereitung der Jugend auf den Wehrdienst in den Schulen“ gefordert, um eine „höhere Wehrbereitschaft“ zu erwirken. Dazu paßt der Erlaß der Kultusminister von 9 Ländern, die Mitwirkung von Jugendoffizieren der Bundeswehr am Unterricht in Gemeinschaftskunde, Bürgerkunde, Gegenwartskunde, Sozialkunde und Geschichte zu gestatten. (Die Welt, 16.10.1968).

Es ist also falsch zu glauben, als würde sich die verkündete „Wehrbereitschaft des Volkes“ nur auf den Bereich der Bundeswehr und auf die Wehrpflichtigen beziehen.

Wie insbesondere die Jugend mehr und mehr in die Militarisierung, und zwar mit allen Mitteln, einbezogen werden soll, zeigen die verstärkte Bundeswehr—Werbung und Wehrpropaganda unter der Jugend, zeigen die Regierenden mit ihren Bemühungen, das Soldatsein wieder attraktiv zu machen.

Zum anderen ergibt sich das aus der Stoßrichtung der Militarisierung. Entwickelt wird sie im „Zweiten (Regierungs—)Bericht über die Lage der Jugend“, Bundesdrucksache V/2453 vom 15.1.68.

- Dort heißt es u. a.:
- „Was bedroht uns?
- A. Der Nationalsozialismus als geschichtliches Beispiel
 - B. Der Kommunismus am Beispiel „DDR“
 - C. Die Weltrevolution
 - D. Innere Bedrohung der Freiheit“ (S. 149)

Was heißt das? Der Faschismus wird nur als „geschichtliches Beispiel“ dargestellt, als längst überwunden. Die Ursachen für die neonazistische Entwicklung der BRD werden unterschlagen. Und der logische Schluß dieser gefährlichen Machart heißt, wenn also dem Wort nach der Nazismus keine Bedrohung ist, verbleiben nur noch DDR, revolutionäre Bewegungen und der „innere Feind“.

Das aber bedeutet klar, daß die Jugend vor allem gegen die DDR gedrillt werden soll, bedeutet geistigen und praktischen Drill zu konterrevolutionären Zwecken, gleichwo in Europa, Asien, Afrika und Amerika. Die Stoßrichtung ist schließlich gegen den eigenen Arbeitskollegen, gegen die „inneren Feinde“ gerichtet.

Die Generalität der Bundeswehr hat sich mit allen Mitteln für die Notstandsgesetze eingesetzt. Verständlich, denn im „Notstandsfall“ regiert das Militär. Die „Schule der Nation“ ist ein entscheidender Bestandteil der neonazistischen Entwicklung in der BRD. Nicht allein, daß maßgebliche Kommandostellen von ehemaligen Hitler—Generälen und —offizieren eingenommen werden— so sitzen ca. 160 Nazis auf der Hardthöhe in der Generalität —, sondern es ist vor allem der Geist eines Militärstaates und des Neonazismus, der durch die Bundeswehr verbreitet wird. Diesem Geist entsprechend gaben sich „mehr und mehr Offiziere

und Unteroffiziere“ in den letzten zwei Jahren selbst den Befehl: Rechts schwenkt — marsch. (Metall, 11.12.68, S. 7)

VI. Tradition und Militär

Das Wort Traditionalist ist von manchen Leuten gedacht als ein Schimpfwort. Diese Absicht zeigt eine große Schwäche dieser Wortschöpfer. Sie offenbart nämlich die Unfähigkeit (oder die noch nicht vorhandene Fähigkeit), klar und offen Partei für die arbeitenden Massen zu ergreifen. Als ob es möglich wäre, die Frage der Tradition z. B. in der Militärfrage außerhalb der tatsächlichen Geschichte der Klassen, ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu stellen. Als ob es so etwas wie die Tradition an sich geben könnte, statt der klaren Erkenntnis von zumindest der Tradition des Großkapitals einerseits und der Tradition der Arbeiterklasse andererseits, die auch in der Militärfrage fundamental verschieden sind. Im Antimilitarismus, in der Tradition von Karl und Rosa zu stehen, ist eine gute Sache. Eine Schande hingegen ist die Fortsetzung der Tradition des Arrestbunkers für klassenbewußte Antimilitaristen im Jahre 1968/69.

Das offizielle militärische Ehrengelb der Bundeswehr bei der Beerdigung des faschistischen Fallschirmgenerals Ramcke, der im Nachruf der Bundeswehr als „Vorbild für Treue und Pflichterfüllung“ unserer Jugend empfohlen wurde — das ist die eine, die reaktionäre Tradition.

Die Ehrung für die ermordeten revolutionären Kieler Matrosen durch junge Leute der Bundesrepublik — das ist die andere, die fortschrittliche Tradition in der Militärfrage.

Das Bündnis der Bundesregierung mit dem USA—Imperialismus im Krieg gegen das vietnamesische Volk — das ist die Tradition der gesellschaftlichen Reaktion. Die Solidarität vieler junger Menschen der Bundesrepublik mit der vietnamesischen Befreiungsfront — das ist die Tradition der Parteinahme für revolutionäre Befreiungskriege.

Es ist eben die Fortsetzung der alten Tradition des deutschen Großkapitals, wenn der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hoogen, in seinem Bericht unter Zustimmung der Bundestagsparteien propagieren darf:

„Als gutes Beispiel sinnvoller Traditionspflege wäre etwa die Benennung des Soldatenheimes in Füssen „Haus der Gebirgsjäger“ zu erwähnen. Soldaten und Reservisten der Gebirgstruppe der Bundeswehr, Gebirgsjäger der früheren Wehr-

macht, junge Soldaten und alte Veteranen, finden sich hier zusammen, um die gute alte Tradition der deutschen Gebirgsjäger fortzusetzen.“ (Das Parlament, 14. 8. 68, S. 7)

Darin sieht bei uns die herrschende Militärpolitik, wie es bei Hoogen heißt, „einen guten Ansatz für die Traditionspflege der Bundeswehr.“ Wir nicht! Im Interesse der arbeitenden und lernenden Jugend lehnen wir diese Tradition ab. Die faschistischen Gebirgsjäger als „gute alte Tradition“ anzuerkennen, ist gleichbedeutend mit der Anerkennung reaktionärer und grausamer Kriege zugunsten der deutschen Bourgeoisie. Ein Mitarbeiter Springers, von Studnitz, spricht in seinem Buch „Rettet die Bundeswehr“ offen von der Pflege dieser alten Tradition, an der „zwölf Jahre Nationalsozialismus“ nichts ändern. Und weiter: „Die Tradition einer Armee entsteht im Felde oder gar nicht.“ (S. 71)

Es ist also für den Jugendlichen keine Frage, ob er irgendeiner Tradition anhängt, „Traditionalist“ ist, sondern ob er in der Tradition der faschistischen Gebirgs—, Fallschirm— oder sonstiger Arbeiter— und Intellektuellenjäger steht oder ob er die Tradition der aktiven antifaschistischen, antimilitaristischen Widerstandskämpfer fortsetzt — natürlich unter Beachtung konkreter Entwicklungen. Die Bundeswehrsoldaten sind, wie wir von den Militärchristendemokraten Hoogen und Schröder erfahren, zur Tradition der „früheren“ Wehrmacht abkommandiert.

VII. Die Tradition gewisser Alters- und Kinderkrankheiten

Das Wort vom Traditionalisten ist auch untauglich, um den jungen Menschen klar die beiden grundlegenden Klassenhaltungen zur Militärfrage vor Augen zu führen. Weil in diesem Konzept gegen die „Traditionalisten“, die konkreten Klassen und ihre Beziehungen zueinander überhaupt nicht vorkommen, sagen doch Freunde einer Broschüre der Brüder Cohn—Bendit gegen angebliche Alterskrankheiten des Kommunismus zu uns: Wir sind wie ihr gegen die reaktionäre Bundeswehr, aber eure Haltung zur Militärfrage insgesamt ist selbst veraltet, ist sozusagen traditionell zurückgeblieben, nicht modern, kurz — systemstabilisierend und daher reaktionär. Diese Haltung ist zumeist bei jungen Menschen mit einer tiefen sympathischen Wut gegen die umfassende reaktionäre Tätigkeit der USA und deren Bonner Unterstützung verbunden. Mit großer Sorge fragen diese Jugendlichen nach dem Schicksal von antiimperialisti-

schen Bewegungen und Revolutionen angesichts der gewaltigen Militärmaschinerie der USA, in Lateinamerika, in Frankreich, Westdeutschland oder in Asien.

Aber notwendig für die antimilitaristisch gesonnene Jugend ist es, sich die weit über 60 Jahre alten Kinderkrankheiten des Linksradikalismus auch in der Militärfrage vom Halse zu schaffen, weil sie die Jugend mit der Gewalt eines Mühlsteins in die Tiefe ziehen kann. Einige durchaus gutwillige Leute, aber auch Redakteure, die dauernd fragen „Was tun?“ und einer von geldmächtigen Amerikanern gegründeten sogenannten 4. Internationale nahestehen, malen nun unsere angeblichen Alterskrankheiten zusätzlich schwarz, indem sie behaupten, selbst Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Lenin würden uns widersprechen. Wie steht es damit?

VIII. Karl Liebknecht und der anarchistische Antimilitarismus

Zunächst ist festzuhalten, daß Karl Liebknecht auf dem marxistischen Standpunkt in der Militärfrage stand (Karl Liebknecht, Bd. I, S. 443). Er vertrat die Meinung, daß die Haltung zum Krieg eine prinzipielle Frage sei, die, wie er sagte, aus „Prinzip“ geklärt werden muß, und zwar rechtzeitig. Von diesem prinzipiellen Standpunkt läßt sich überhaupt erst richtig die Haltung zum anarchistischen oder halbanarchistischen Antimilitarismus beantworten. Den Unterschied zwischen seinem antimilitaristischen Standpunkt und dem des Anarchismus entwickelte Karl Liebknecht folgendermaßen:

„Der Sozialdemokratische Antimilitarismus führt den Kampf gegen den Militarismus als gegen eine Funktion des Kapitalismus, in Erkenntnis und unter Anwendung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsgesetze.

Der Anarchismus betrachtet den Militarismus mehr als etwas Selbständiges, willkürlich—zufällig von den herrschenden Klassen Hervorgebrachtes und führt den Kampf gegen ihn, wie überhaupt den Kampf gegen Kapitalismus, von einem phantastisch—ideologischen Standpunkte aus, der die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsgesetze verkennt und an der Oberfläche haftend, durch eine in der Luft schwebende Aufreizung der individuellen Entschließung, kurzum auf individualistischem Wege den Militarismus aus dem Sattel zu heben sucht.“ (ebendort, S. 432).

Jetzt erschienen:

Weltkreisverlags GmbH,
46 Dortmund, Brüderweg 16

Beschlüsse der Arbeiterjugend

Wichtige Entschließungen der Bundesjugendkonferenzen der Gewerkschaftsjugend, der SDJ — Die Falken, der Jungsozialisten, der Christlichen jungen Arbeitnehmer CAJ, der Naturfreundejugend und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) ca. 64 Seiten, kart., DM 2,—

Politik für die Jugend

Protokoll der Arbeitsgemeinschaft Jugend beim Dortmunder Kongreß für ein Aktions— und Wahlbündnis. Erklärung zur Jugendpolitik von Vorstandsmitgliedern der ADF ca. 96 Seiten, kart., DM 2,—

Plastisch heißt es auch: „Wir sind Antimilitaristen als Antikapitalisten“ (S. 441) „Für ihn (den Anarchismus, W. Schw.) ist die Reaktion die Partei der Autorität, die sich ausbreitet, „vom Papste bis zu Karl Marx“. (ebendort, S. 436). (Siehe auch Vorwort zum Buch Cohn-Bendits „Linksradikalismus ...“, wo es umfrisiert heißt: vom Papst bis zu „Kossygin“). Wie man sieht, haben die anarchistischen „Antiautoritäten“ nicht das geringste Recht, Karl und Rosa (die Karls Standpunkte teilte) für sich in Anspruch zu nehmen.

Nicht der marxistische Standpunkt zur Militärfrage ist mit Alterskrankheiten behaftet, sondern der sich neuerdings wieder verjüngende Linksradikalismus ist in die Jahre gekommen; seine alten Gebrechen sind seine Kinderkrankheiten. Es ist, als habe der 100jährige Daniel Cohn-Bakunin die Röteln.

IX. Was ist Wehrgerechtigkeit?

Der großkapitalistische Militarismus kennt eine entscheidende Grenze — die Finanzen. Der Militarismus selbst ist unersättlich. Wenn es nur nach ihm ginge, dann würden alle jungen Menschen ihm dienen. So stellen sich die Herrschenden „Wehrgerechtigkeit“ vor.

Ständig steht der imperialistische Staat daher vor mit der Rüstung zusammenhängenden Problemen: die gewaltigen Finanzaufwendungen für die Rüstung fressen unweigerlich Mittel für andere gesellschaftlich wichtige Bedürfnisse weg.

Ständig fragt der kapitalistische Rechner nach dem höchsten „Effekt der Kosten“. Nach dem höchstmöglichen Effekt modelliert er die Wehrdienstzeit, Wehrpflicht oder Berufsarmee, Art der Reservistenausbildung usw. Die sogenannte Wehrgerechtigkeit mißt sich also daran, inwieweit die Art des Wehrdienstes den Kosten und den Zielen des Kapitals gerecht wird. Wie sieht eine solche Rechnung aus? In „Wehr und Wirtschaft“ 12/68, wird gefragt „nach dem Verhältnis von Effekt und Kosten und nach dem Sinn und Zweck von einer Million Soldaten“. Schweiz und Schweden werden als Muster zitiert, weil sie „im Verhältnis gesehen mehr Soldaten und kampffähige Verbände aufzubieten“ vermögen als die BRD und „das bei sehr viel niedrigerem Wehretat und bei sehr viel kürzerer Dienstzeit der Wehrpflichtigen!“

Nach der gleichen Rechnungsart liegen offenbar in Bonn noch andere Projekte zur „Wehrgerechtigkeit“ vor. In der offiziellen Propaganda — und unter Ausnutzung eines entfachten Neidkomplexes mancher Jugendlichen — wird so getan, als ob die Ungerechtigkeit zwischen der Tatsache des Dienstes der einen und Nichtdienstes der anderen Jugendlichen bestünde (siehe „Das Parlament“ 25.1.69, S.1). Es scheint so, als wäre es ungerecht, daß der eine gezogen wird, der andere nicht, stattdessen „Freiheit“ hat, Geld verdient etc. Danach wäre es dann gerecht, wenn jeder „diente“. Höchste Effektivität des Kanonenfutters für den Spätkapitalismus — das soll „Wehrgerechtigkeit“ sein?

Wie nennt man das eigentlich, wenn man die eigenen Interessen nicht bewaffnet verteidigen darf, sondern nur die den eigenen Interessen entgegengesetzten, die des Kapitals und dessen Staates? Vom Standpunkt der eigenen Interessen ist das Wehrgerechtigkeit! Wird eine Armee des Rüstungskapitals also zum Zwecke der Mehrerfassung von Jugendlichen durch reaktionäre Reformen verändert, dann wächst die wirkliche Wehrgerechtigkeit, weil die Zahl der Jugendlichen wächst, die gezwungen ist, die Waffe gegen die eigenen Interessen zu führen.

Der Arbeiter kann und muß für den besseren Verkauf seiner Ware Arbeitskraft kämpfen, aber deshalb von der Gerechtigkeit der Militarisierung für den Jugendlichen zu sprechen, wo es doch um das Recht des Großkapitals geht, wäre ebenso Unsinn.

Jeder Polizeieinsatz gegen junge Arbeiter, Schüler und Studenten ist eine Musterlehrveranstaltung für die Wehrinteressen der Jugendlichen auf der einen Seite und den Standard der tatsächlichen bewaffneten Kräfte auf der anderen Seite. Die amerikanischen Truppen in Vietnam — eine entsetzliche Lehre für jene „Wehrgerechtigkeit“, für das „Recht“, daß der junge Arbeiter des größten kapitalistischen Staates den jungen Arbeiter, der um die Befreiung seines Landes kämpft, morden darf. Und dieses Recht für alle jungen Menschen?

X. Kriegsdienstverweigerung?

Eine starke Politisierung beachtlicher Teile unserer Jugend hat auch eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Machtapparat der Herrschenden zur Folge gehabt. Hierbei wurden auch die Beziehungen der demokratischen Kräfte zur Bundeswehr neu gestellt. Im Jahre 1968/1969 stimmten alle Reaktionen in diesem Land ein jämmerliches Wehklagen über die gegenüber den Vorjahren außerordentlich starke Zunahme der Kriegsdienstverweigerer, insbesondere über die Zunahme unter den bereits dienenden Soldaten an.

„Die Welt“ vom 8.3.69 schreibt, daß allein im Jahre 1968 11.798 Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer — davon 3456 von dienenden Wehrpflichtigen — „zu starker Beunruhigung“ innerhalb und außerhalb der Bundeswehr vor allem „in Bonn“ geführt habe. In einer internen Studie der Bundeswehr — auf die der „Bayern-Kurier“ zu sprechen kam — sei festgehalten, daß sich die Zahl der Verweigerer des Kriegsdienstes unter den dienenden Soldaten seit der Annahme der Notstandsgesetze gegenüber der Vorzeit vervielfacht habe, daß in einem Jahr die Zahl größer sei als in 10 Jahren vorher zusammen. Es heißt dann weiter, daß die „Massenwehrunlust“ gezielten Anstoß von Gruppen der APO erhalten habe. Früher seien fast ausschließlich

religiöse Motive, seit 1966 mehr politisch — weltanschauliche (1966 schon 61 % aller Anträge) Gründe für die Verweigerung genannt worden.

In der Studie wird für den Kriegsfall ein Umfang an Kriegsdienstverweigerung angenommen, „der größere Einheiten in ihrer Einsatzbereitschaft und Beweglichkeit erheblich einschränken wird.“ „Negative Auswirkungen auf das innere Gefüge der Truppe“ werden ebenfalls festgestellt.

Laut Studie soll gegen die Kriegsdienstverweigerung nach französischem Vorbild vorgegangen werden: Antrag auf Kriegsdienstverweigerung nur noch vor der Einberufung und Ersatzdienstzeit doppelt so lange wie die Wehrdienstzeit. Der „Bayern-Kurier“ des Franz Josef Strauß frohlockt über das französische System.

Derartige Beschneidungen der Kriegsdienstverweigerung sind kategorisch abzulehnen, weil wir die Verweigerung des Dienstes für das durch und durch reaktionäre Großkapital für progressiv halten. Ganz abgesehen davon, daß außerdem jede Art von Beschneidung von Grundrechten verfassungswidrig ist.

In „Wehrkunde“, Dezember 1968, S. 635, schreibt der stellv. Bataillonskommandeur, Ernst Peters, „daß die Wehrdienstverweigerung von bereits dienenden Soldaten während der letzten zwölf Monate zu einem Mittel des politischen Kampfes geworden ist.“ Ein dicker Balken im Auge der Militärs ist, daß es ein Urteil eines obersten Verfassungsgerichtes gibt, „nach dem auch politische Gründe eine Wehrdienstverweigerung motivieren können.“ (ebenda)

Die Herrschenden und ihre Parteivertreter fordern sofortige Behebung dieses Zustandes, denn so verlangte der Wehrbeauftragte Hoogen in seinem letzten Bericht, „die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte... (darf) nicht in Frage gestellt werden.“ (Das Parlament, 22.3.69, S.3). Der Vorsitzende der Jungen Union, Egon Klepsch, meinte als Sprecher der CDU/CSU, daß eine „willkürliche Verweigerung... nicht hingenommen werden kann.“ (Das Parlament, 25.1.69) Und man hört schon wieder die alte Rufmordparole „Gegen die Drückeberger!“

Eine politisch begründete Kriegsdienstverweigerung ist keine willkürliche! Mit Begriffen wie „willkürlich“, „Drückeberger“ usw. will man in der Bevölkerung Gefühle wecken und die Kriegsdienstverweigerung kriminalisieren. Klepsch fährt fort, daß es eine steigende Zahl der Verweigerungen des feierlichen Gelöbnisses gibt.

Der Ende März 1969 aus der Bundeswehr fristlos entlassene und zum Soldaten degradierte Gefreite Wener Teriet hat am 11.3.69 das „feierliche Gelöbnis“ öffentlich widerrufen. Er, seine Kollegen Junge und Listl haben in ihrer Wehrdienstzeit versucht, ihren mitverpflichteten Kameraden und Unterführern zu helfen, einen prinzipiellen Standpunkt in der Militärfrage zu finden, wenn sie sich von ihren eigenen Klasseninteressen leiten lassen.

Nächste Ausgabe:

- XI. Individuelle „Entwaffnung“ ein hinreichendes Programm?
- XII. Junge Soldaten fragen: Was kann man tun?

Magazin

APO-Kampf geht weiter

1.000 Aktionen bei den Osterdemonstrationen

Von Ulrich Sander

Der Ostermarsch — diesmal nicht zu Ostern und kein Marsch, sondern eine Woche vorher und organisiert als Bündel von Veranstaltungen, Tagungen, Demonstrationen, öffentlichen Kundgebungen, Informationsständen, Teach-ins, Sammlungen und und ... Rund tausend örtliche Aktionen in über 200 Städten der Bundesrepublik. Die größten Abschlusssammlungen erlebten Essen (8000 Teilnehmer), Frankfurt (4000), München (3000) und Nürnberg (2000).

Ofter mal was neues also auch bei der Kampagne — und bei ihren Gegnern. Die SPD-Führung warnte, die etablierte Presse bewegte sich zwischen den Extremen des Totschweigens und des Diffamierens. Einige Zeitungen übten sich — wie jedes Jahr — den nahen Tod der Ostermarschbewegung zu prophezeien. Und sie erhielten diesmal in ihrer Prophezeiung Unterstützung von Leuten, die sich für so links halten, daß man nach ihren Worten annehmen könnte, sie frühstücken allmorgens einen Kapitalisten. Umrankt von radikalen Phrasen waren die Äußerungen eines „SDS Ruhr“ zum Ostermarsch, die der erstaunte Marschierer in Flugblättern fand, deren Ursprung er bei der Jungen Union vermuten mußte, wenn er die Überschriften las: „Warum ist der Ostermarsch überholt?“ —

„Die Ostermarschierer sind die nützlichen Idioten der DKP & ADF!“ — „Ostermarsch ist für'n Arsch“. Ähnliche Flug-Blätter und gleichorientierte Verteiler, Steinwerfer und Provokateure auch in Frankfurt, Hamburg, Stuttgart und Mainz. In Nürnberg waren die neuen „linken“ Störer der Kampagne offenbar noch nicht stark genug. Hier mußte die Polizei noch immer die ganze Dreckarbeit alleine machen. Die Kampagne bezeichnete die Willkürmaßnahmen der Polizei in Nürnberg als eine unerhörte Provokation und einen Generalangriff auf die Grundrechte demokratischer Staatsbürger. In Hamburg hatten wenige Tage vor den Osterdemonstrationen Trotzlisten und Maoisten den Ostermarsch-Ausschuß für aufgelöst erklärt. Das Konzept wurde deutlich. Schreibt das Trotzlisten-Blatt „Was tun“: „Wir hoffen, dieses Beispiel macht Schule.“

Zu heftigen Differenzen kam es bei der Abschlusssammlung in Frankfurt, wo K.D. Wolff (SDS) die bisherigen Organisationsformen der Kampagne verurteilte und die Organisatoren der Osterdemonstrationen sowie alle Gruppen der APO mit Ausnahme der Anhänger der eigenen Gruppe beschimpfte. („Alleinvertretungsanspruch für politischen Widerstand“ nannte die Kampagne dieses Verhalten später.)

Ist der Ostermarsch also tot, wie die Führungen von SPD und SDS meinten, hofften? Oder nur überholt? Gegenfrage: Ist die DDR von der Bundesregierung anerkannt, die Rüstung und der Neonazismus gestoppt, die Unterstützung Bonns für den US-Imperialismus beendet, die Vorbeugehaft abgewendet, der Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet? Nichts von alledem. Im Gegenteil: „Schon wird angekündigt, daß nach den Bundestagswahlen die Verfassung der Bundesrepublik einer Generalrevision unterzogen werden soll, zu der die Notstandsgesetze nur der erste Schritt waren.“ (Abschlusserklärung der Kampagne)

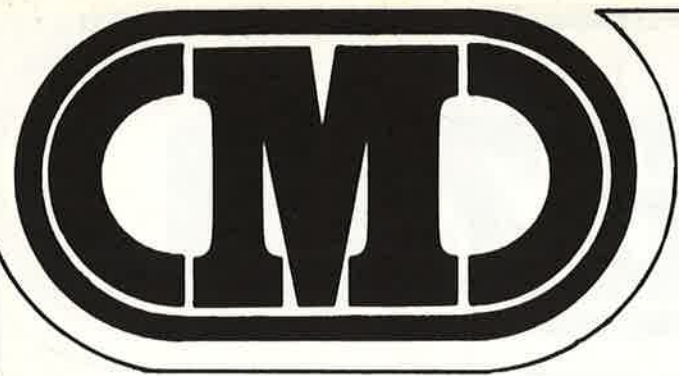


Osterdemonstrationen in Frankfurt/Main ... in Köln



... in Hamburg





Jüngste Delegierte 16 Jahre

Wieder eine Arbeiterpartei in der Bundesrepublik

Von Hans-Jörg Hennecke

„Das Ereignis, das die Kommunisten unseres Landes vorbereiteten, dem sie ihre Arbeit und Mühe widmeten, dem sie und mit ihnen die Öffentlichkeit des In- und Auslandes erwartungsvoll entgegenschauten, nimmt seinen Anfang: Der Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei ist eröffnet!“ Jubelnder Beifall von 779 Delegierten, 215 Gastdelegierten und einer großen Zahl von Gästen antwortete den einleitenden Worten Kurt Bachmanns. Welche Bedeutung auch im internationalen Maßstab diesem Ereignis beigemessen wurde, ließ sich beim Presseempfang ermaßen.

Über 250 Journalisten füllten die Pressebänke, alle wichtigen Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen der Welt waren vertreten, von der Moskauer Prawda bis zum amerikanischen NBC-Fernsehen. 19 kommunistische Parteien aus

dem Ausland hatten ihre Funktionäre entsandt.

Hier in der Essener Grugahalle zeigte sich: die seit sechs Monaten existierende DKP mit ihren 22 000 Mitgliedern ist nicht nur eine junge Partei, ihr Gesicht wird in entscheidendem Maße von der Jugend geprägt. Delegierte unter 20 Jahren waren keine Rarität. Die jüngste Delegierte war erst 16 Jahre alt: Sonja Höke aus Dortmund.

Die rund 1000 Delegierten (Durchschnittsalter 37,6 Jahre) hatten sich für diese zwei Tage ein umfangreiches Programm vor die Brust genommen: Diskussionen, Antragsberatungen, Beschlussfassungen über Statut und Grundsatzklärung und Wahlen.

Und immer wieder waren es die Jungen, die sich hier leidenschaftlich engagierten. Wie Sepp Baumgartner aus München, z. Zt. als Wehrpflichtiger bei der Luftwaffe: „Ich trete zum ersten Mal in Uniform vor ein so großes Forum. Doch meine Offiziere sind das gewohnt. Sie treten in Uniform vor der NPD auf.“

Die Jungen engagierten sich, weil sie hier die Möglichkeit sahen, mit zu entscheiden.

Karl Heinz Noetzel, Präsidiumsmitglied: „In welcher anderen Partei kommt die Meinung der Mitglieder so unmittelbar und intensiv zur Geltung, wie das mit den über 1500 Anträgen zum Entwurf unserer Grundsatzklärung und unseres Statuts der Fall war... Keine der im Bundestag vertretenen Par-

Das gewählte Präsidium: dritter von links Kurt Bachmann (59), Parteivorsitzender, ganz links Herbert Mies (40), stellvertretender Parteivorsitzender. Insgesamt wurden 87 Delegierte in den Parteivorstand gewählt (Durchschnittsalter 41 Jahre). Jüngstes Mitglied des Vorstandes: Esta Röhlick (19), Hamburg.



teien gibt ihren Mitgliedern soviel Rechte, wie sie die DKP in ihrem Statut niedergelegt hat.“ Demokratie wurde auch dann deutlich, wenn sich jemand mit seiner Meinung nicht durchsetzen konnte. Wie die große Zahl — vornehmlich junger — Delegierter, die der Jugend mehr Bedeutung in der Grundsatzklärung einräumen wollten. Auch sie konnten die Gewißheit mit nach Hause nehmen, daß sich die DKP besonders der Jugend zuwenden wird. Mit einem speziellen Jugendprogramm will sich die Partei schon in allernächster Zeit den jungen Menschen unseres Landes stellen.

Der erste Parteitag der DKP hat unter seiner Losung „Für die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft“ politische Vorstellungen für die progressive Umgestaltung der Bundesrepublik entwickelt. Er hat ein Bekenntnis abgelegt zum Bündnis mit allen progressiven Kräften, zum notwendigen Bündnis auch mit den Sozialdemokraten. Daß der Ruf nach gemeinsamem Handeln gegen Neonazismus und reaktionären Tendenzen auch in den Reihen der SPD gehört wird, machte schon ein Beispiel während des Parteitages deutlich. Ein Sozialdemokrat aus Völklingen (Saar) spendete spontan 100 DM, um zur Finanzierung dieses Parteitages beizutragen.

Was Journalisten und Gäste besonders verblüffte, war das qualifizierte Auftreten junger Kommunisten. Zwölfjährig hat es offiziell keine Kommunisten gegeben. Doch

hier zeigten sich nicht irgendwelche jungen Leute. Hier zeigten sich junge Kommunisten, gut informiert und angriffslustig. Mit Sachkenntnis formulierten sie das, was sie und ihre jungen Kollegen bewegt, was getan werden muß.

So Jens Flegel aus Hamburg. „Wir fordern ein Berufsausbildungsgesetz das vorschreibt, in welchen Berufen heute noch ausgebildet werden darf. Es muß einheitlich für alle Berufe gelten. Es muß die Lehrlinge theoretisch und praktisch auf die kommenden technischen Umwälzungen vorbereiten. Es muß den Arbeitern und Angestellten, vor allem der arbeitenden Jugend ein klar definiertes und wirksames Mitbestimmungsrecht gewähren, wo immer über Fragen der Ausbildung entschieden wird... Zu diesen Fragen hat sich die Bewegung der Arbeiterjugend entwickelt. Sie hat ihren Ursprung und ihren Schwerpunkt in den Betrieben und stellt somit eine neue Qualität der politischen Bewegung dar.“

Mit der DKP hat die Bundesrepublik wieder eine Arbeiterpartei. Aber — und das war jedem Delegierten klar: auch über der DKP schwebt die Verbotsdrohung, solange nicht endlich das KPD-Verbot aufgehoben wird.

Das ging insbesondere aus den Worten von Mia Angenfort hervor, die unter stürmischem Beifall auf der Kundgebung nach dem Parteitag Freiheit für ihren im Zuchthaus inhaftierten Mann Jupp Angenfort forderte.

Sepp Baumgartner, z. Zt. Luftwaffengefreiter, im Gespräch mit Delegierten. Die SDAJ hat die Einleitung von disziplinarischen Maßnahmen gegen ihr Bundesvorstandsmitglied Baumgartner scharf verurteilt und darauf hingewiesen, daß das Tragen von Uniformen offenbar nur bei HIAG- und NPD-Treffen gestattet sei.



Alt-Neonazis wie General a. D. Schmitt und Hauptmann Roß erhalten Verstärkung aus dem Offizierscorps



Brauner Geist in der Armee

Die NPD grassiert in der Bundeswehr: Offiziere auf den NPD-Kandidatenlisten

Von Bernd Schönauer

Das Verteidigungsministerium auf der Hardthöhe versucht seit Monaten, den Einfluß der NPD auf die Bundeswehr zu verschleiern und zu verharmlosen. Während das Verteidigungsministerium gezwungen ist, sich ein demokratisches Deckmäntelchen umzuhängen, kann die NPD Töne anschlagen, die man auf der Hardthöhe zwar gerne hört, aber selbst noch nicht sagen kann. Und so hatte auch niemand etwas dagegen, daß der Kommandeur des Delmenhorster Instandsetzungsbaillons 510, Helmut Nitschke, NPD-Funktionäre zu einem sog. Freundschaftsbesuch in die Kaserne einlud.

Und noch weniger hatte man dagegen, daß der 1. Vorsitzende der Regensburger Standortkameradschaft des Deutschen Bundeswehrverbandes, Hauptmann Quartier, an einem wehrpolitischen Forum der NPD teilnahm. Die drei Referenten dieser Tagung waren General a. D. Artur Schmitt, NPD-Mitglied des Bayerischen Landtages, der aktive Bundeswehrmajor Georg Pemler vom Wehrbezirkskommando VI München und der Hauptmann a. D. Wolfgang

Roß, ebenfalls MdL (NPD). Die braunen Bundeswehr-Aktivistinnen hörten dort Töne, die sie sich schon lange gewünscht hatten: so wurde die ehemalige Deutsche Wehrmacht als Vorbild hingestellt und die Forderung erhoben, die Bundeswehr möge die gleichen notwendigen Leistungen wie die unter Hitlers Oberbefehl stehende Wehrmacht des 3. Reiches erbringen. Und Artur Schmitt, der Veteran aus Hitlers Wehrmacht, ließ es sich nicht nehmen, auf die Gefahr der „allzu demokratischen Regeln im Handbuch der inneren Führung“ hinzuweisen, die nach seiner Ansicht „die Stabilität und die Schlagkraft der Bundeswehr ernst gefährdeten“.

So war es selbstverständlich, daß Hauptmann Ross vor jeder „weiteren Entspannungspolitik“ warnte. Aktive Bundeswehroffiziere nahmen an dieser Tagung keinesfalls nur als Zuschauer teil, sondern beteiligten sich dort im Sinne der NPD, wie Major Pemler, der eine eigene Gerichtsbarkeit für die Bundeswehr forderte, um die Tendenz, die Armee zum Staat im Staate zu machen, zu fördern. Das Gutachten von Prof. Wildemann, nach dem 20 — 25% der aktiven Bundeswehrangehörigen, insbesondere Unteroffiziere und Offiziere, der NPD zuneigen, scheint sich zu bewahrheiten, wenn man sich die vorläufige Liste der Bundestagskandidaten der NPD ansieht.

Für die NPD kandidieren: Wahlkreis Kloppeburg (Niedersachsen): der Angestellte beim Fliegerhorst der Bundeswehr, H. Schaper.

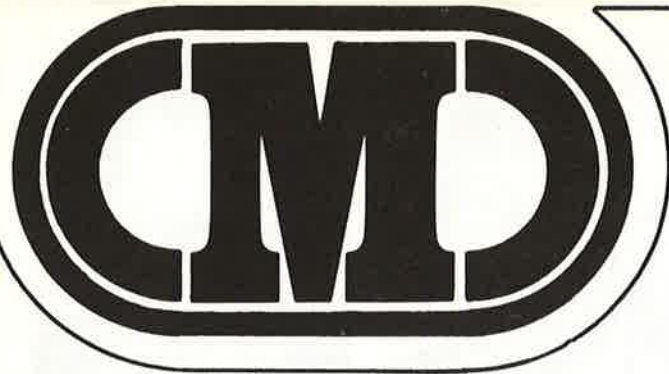
Regensburg-Stadt: Bundeswehrrhauptmann Alfred Watzl vom Versorgungsbataillon 106. Wahlkreis Bayerischer Wald: Hauptmann Herbert Sowa.

Andreas Buro, Sprecher der Kampagne, stellte klar: „Die Demonstrationen haben bewiesen, daß eine Umfunktionierung der breiten Auserparlamentarischen Opposition durch Randgruppen an der realistischen Einschätzung der Masse der Demonstranten scheitert.“ Diese realistische Einschätzung lag auch der Haltung von Gewerkschaftern, Professoren, Christen zugrunde, die zu den Demonstrationen aufgerufen hatten. Unterstützt wurde die Kampagne auch von den Bundeskonferenzen der IG Druck und der Gewerkschaftsjugend, von ADF und DKP, von NFJ und SDAJ, von Organisationen der Falken und der Jungsozialisten. Unter den Rednern der Kundgebungen waren Martin Niemöller, Rudolf Rolfs, Beate Klarsfeld, Herbert Fallers und Frank von Auer. Im Mittelpunkt ihrer Ausführungen stand die Forderung an alle, die Gefahr von rechts erkennend, das einzig richtige zu tun: „In dieser Situation rufen wir alle demokratischen und sozialistischen Kräfte und Gruppen in diesem Lande auf, mit der konkreten Beratung wirksamer Aktionen unverzüglich zu beginnen.“ Weitere massenhafte Aktionen müssen den Osterdemonstrationen folgen. ■



... in Essen und in München.





Hünfeld-Hersfeld: Hauptmann Lindner, Panzerbrigade 13.

Montabaur-Bad Ems: Oberfeldwebel Braune.

Schleswig-Eckernförde: der ehemalige Angehörige der „Legion Condor“ und Ritterkreuzträger des Zweiten Weltkrieges, Kapitän zur See, Thomsen. Er gehört dem atlantischen Kommando „Ostseezugänge“ in Kiel an.

Burglengenfeld: Oberstabsfeldwebel Peter, Panzerbataillon IV

Ansbach: Hauptmann Wolfgang Roß, der für die parlamentarische Arbeit beurlaubt wurde.

Fürstenfeldbruck - Landsberg - Dachau: Major Pemler, Wehrbezirkskommando VI, München.

Termine
für
Demokraten

Ein Termin für Demokraten ist der 10./11. Mai in Bonn, wo die NPD ihren Wahlkongreß abhalten will.

Zu folgenden Terminen finden die NPD-Landesdelegiertenkonferenzen statt:

Bremen, 31. 5. 69, 15 Uhr

Hamburg: 31. 5. 69, 19 Uhr

Schleswig-Holstein: 1. 6. 69, 9 Uhr

Baden-Württemberg: 7. 6. 69, 14 Uhr

Saar: 7. 6. 69, 14 Uhr

Hessen: 8. 6. 69, 10 Uhr

Rheinland-Pfalz: 14. 6. 69, 14 Uhr

Bayern: 15. 6. 69, 10 Uhr

Niedersachsen: 21. 6. 69, 14 Uhr

NRW: 22. 6. 69, 10 Uhr

(Die Tagungsorte hält die NPD noch streng geheim.)

Junge Duisburger Arbeiter protestierten am 28. März gegen das Auftreten des Generalinspektors der Bundeswehr de Mazière. Der General sprach vor den Unternehmern des Ruhr-Niederrhein über die Situation der Bundeswehr. Er stellte fest, daß die APO eine Gefahr für die innere Sicherheit darstelle, der mit „eiserner Hand“ begegnet werden müsse.

Mikis in Lebensgefahr!

Die Führer der griechischen Lambrakis-Jugend müssen freigekämpft werden!

Von Bernd Schönauer

Mikis Theodorakis ist erneut in Lebensgefahr. Nachdem ihn die griechische Militärjunta auf Grund der weltweiten Solidaritätsaktion von der KZ-Insel Jaros holen mußte, wurde der Komponist vieler Freiheitslieder in das Dorf Satuna verbannt. Bereits seit sieben Monaten befindet er sich in dem wegen seines rauhen Klimas berüchtigten Bergort. Freunde, die in letzter Zeit zu ihm Kontakt hatten, fürchten, daß er bald sterben könnte. Wegen des rauhen Klimas hat sich die Tuberkulose verschlimmert, die sich Mikis Theodorakis während seiner ersten Verbannung vor zwanzig Jahren geholt hatte. Heute hustet er bereits Blut. In Satuna gibt es aber keinen Arzt. Außerdem ist es jedem verboten, Theodorakis zu besuchen. Dieses Verbot gilt auch für den Arzt, der erst aus dem weiter entlegenen Städtchen Dimitsanu kommen mußte.

Der britische Journalist John Barry, der auf geheimen Bergspalten in das Dorf kam, berichtete in der „Komsomolskaja Prawda“, daß das Dorf hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt wurde. Mikis Theodorakis darf sich nur unter Aufsicht eines Polizisten bewegen. Das Haus, in dem er wohnt, wird die ganze Nacht durch mit Scheinwerfern angestrahlt. Die Frau Theodorakis mußte sich nach dem Einkauf in dem Städtchen Dimitsanu einer Leibesvisitation unterziehen. Seinen Kindern ist es nicht gestattet, mit anderen Kindern zu spielen.

Trotz der Beobachtung durch zehn Polizisten konnte Theodorakis Briefe und Tonbänder ins Ausland schmuggeln, darunter einen Brief an U Thant und einen an die Menschenrechtskommission im Europarat. Nachdem die Briefe Mikis Theodorakis bekannt wurden, verschärfte das Athener Militärregime die Polizeimaßnahmen.

Frau Theodorakis wurde es verboten, Satuna zu verlassen. Den Militärs wird es aber trotz all dieser Maßnahmen nicht gelingen, den Widerstand von Mikis Theodorakis, dessen Musik zum Symbol des Widerstandes wurde, zu brechen. Außer Theodorakis, dem Vorsitzenden der Lambrakis-Jugend, sind zahlreiche weitere Widerstandskämpfer in Lebensgefahr. So wurde im März in Athen der Generalsekretär der Lambrakis-Jugend und Mitglied des Exekutivkomitees der

Demokratischen Linkspartei EDA, Takis Benas, verhaftet. Benas war nach dem Militärputsch in den Untergrundorganisationen tätig. Nach Informationen der Demokratischen Lambrakis-Jugend in Düsseldorf wird er in dem berüchtigten Dionysos-Lager festgehalten und gefoltert. Die Lambrakis-Jugend hat die Jugend der Bundesrepublik zum Protest bei der Junta und zur Solidarität mit der griechischen Widerstandsbewegung aufgerufen.



Revolutionäre Tage

Ungarns Jugend feierte den 50. Jahrestag der Räterepublik

Von Ulrich Sander

Alljährlich gestaltet der Kommunistische Jugendverband Ungarns (KISZ) mit seinen 780 000 Mitgliedern die 21 Tage vom 15. März bis zum 4. April als „Revolutionäre Tage der Jugend“. Am 15. März 1848 konnte die Unabhängigkeit des Landes von den Habsburgern errungen werden. Die Befreiung vom Faschismus erfolgte am 4. April 1945. In diesem Jahr konnte im Rahmen der „Revolutionären Tage“ ein besonderer Feiertag begangen werden: die 50. Wiederkehr des 21. März, des Tages der Proklamation der Räterepublik im Jahre 1919.

1919 bewiesen die ungarischen Arbeiter, daß die Erringung der Macht im Staate durch die Arbeiterklasse kein spezifisch russischer Vorgang ist. Die junge Kommunistische Partei des Landes unter ihrem legendären Führer Bela Kun vereinigte sich im März 1919 mit der Sozialdemokratischen Partei, die allein mit der Situation nicht fertig wurde, welche aus der Unfähigkeit der bürgerlichen Regierungen Ungarns entstanden war. Es entstand die erste proletarische Räterepublik außerhalb Rußlands. In den 133 Tagen des Bestehens dieser Volksmacht in Ungarn wurden unvergleichliche Erfolge auf dem Gebiet des Bildungswesens, der Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter und Bauern, der Kunst und des Militärwesens eingeleitet. Grundlage dieser

revolutionären Veränderungen war die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Vom Mai 1919 an hatten sich die Arbeiterräte der konterrevolutionären Truppen aus dem Ausland und verräterischer Gruppen aus dem Inland zu erwehren, die aus Nord, Süd und Ost gegen die Revolutionäre vorgingen. Der Übermacht konnten die Arbeiter auf die Dauer nicht widerstehen. Sie mußten der faschistischen Diktatur weichen.

Doch ihr Vorbild und ihr revolutionärer Elan wirkt unter der Jugend fort. In den Betrieben und Wohngebieten fanden insgesamt über 50 000 Veranstaltungen der Jugend anlässlich der „Revolutionären Tage“ statt. Dazu gehörten Wettbewerbe auf allen Gebieten — von Fotografie und Beat bis zum Sport — Ausstellungen, Gedenkmärsche, Kranzniederlegungen und Treffen mit alten Revolutionären. Die revolutionären 21 Tage standen diesmal unter dem Motto: „Auf den Spuren der Helden“.

Das ZK des KISZ hatte die Chefredakteure von linken Jugendzeitschriften aus acht Ländern zu einer Tagung eingeladen, die dem 50. Jahrestag der Räterepublik gewidmet war. Die Redakteure informierten sich über das Leben der Jugend, über ihre Organisationen und Zeitungen. Die jungen Menschen, denen ich in den Betrieben und Beattlokalen, in Jugendgruppen und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften begegnete, paßten so gar nicht in das Bild, was man sich aus den Berichten unserer Zeitungen über die ungarische Jugend machen muß, wenn keine anderen Informationsquellen zur Verfügung stehen. Dies waren keine Jugendlichen, die sich mißtrauisch und fatalistisch in ihr Schicksal fügen. Es waren interessierte, für den Sozialismus engagierte junge Leute. Stolz auf die revolutionären Traditionen der ungarischen Arbeiterbewegung verbindet sich bei ihnen mit Stolz auf das Erreichte in ihrem Lande.

Reinen Tisch macht mit den Bedrängern (Plakat aus der ungarischen Räterepublik)





54.000: Wir gehen nicht!

Alle zehn Minuten
sagt ein GI
der US-Mordarmee
für immer good bye

Von Werner Maletz

In den USA steigt die Zahl der Soldaten, die das Schicksal ihrer „Waffenbrüder“ in Vietnam nicht teilen wollen. Und Amerikas „Volksvertreter“ haben allen Grund, wegen der sinkenden „Kampfmoral

Ein Schiff für Vietnam

Solidarität
mit Vietnam wird
in der FDJ
großgeschrieben

Von
Fritz Wagner (Berlin)

„Schiffsladung für Vietnam“, so lautete die Losung, unter der in der DDR im vergangenen Sommer FDJ-Mitglieder und Thälmann-Pioniere begannen, für das vietnamesische Volk zu sammeln. Innerhalb von fünf

der Truppe“ unruhig zu werden. Denn 1968 belief sich die Zahl der Soldaten, die auf kürzere oder längere Zeit ihre Einheit verließen, auf 155.536 Mann. Das sind mehr als zehn US-Divisionen. Alle drei Minuten verschwand ein Soldat aus den amerikanischen Kasernen. Die meisten kehrten wieder zurück, doch 53.357 desertierten für immer, alle zehn Minuten einer und 13.000 mehr als 1967. Der Senat beschloß angesichts dieser für ihn alarmierenden

Zahlen, die Strafen für befehlungsverweigernde oder desertierende Soldaten drastisch zu erhöhen. So gibt es keine Amnestie mehr, und die Offiziere, in deren Einheiten besonders viele ihre Uniform ausziehen, werden nicht mehr befördert. Der „Erfolg“ dieser Maßnahmen: 1969 verspricht ein Rekordjahr zu werden. Nach bisher unbstätigten Meldungen ist die Zahl der 1969 geflüchteten GI's höher, als die der entsprechenden Monate im Vorjahr. ■



Amerikanische Wehrpflichtige verbrennen ihre Militärpapiere

Monaten beliefen sich die Spenden bereits auf einen Wert von 10 Mill. Mark. Das meiste waren Güter: Dieselmotoren, Elektroaggregate, medizinische Einrichtungen und vieles andere, das nun helfen soll, die Wunden, durch die US-Aggression geschlagen zu heilen. Am 8. 1. wurde der Frachter „Kochanowski“ im Rostocker Hafen verabschiedet.

Nach drei Monaten Fahrt ist er am 12. März in Haiphong an-

gekommen, jubelnd begrüßt von der Bevölkerung. Günter Münch, Mitglied des FDJ-Zentralrats, übergab die Solidaritätsfracht dem Bund der werktätigen Jugend Vietnams und überreichte einen Scheck über 500.000 Mark, der ihm in Rostock von der FDJ mit auf den Weg gegeben wurde. Diese Solidaritätsaktion zeigt, daß die Jugend der DDR nicht nur mit Worten hinter dem

kämpfenden Volk von Vietnam steht, sondern es auch finanziell unterstützt. Mit den Spenden verließ die FDJ der Forderung Nachdruck: Schluß mit dem US-Krieg in Vietnam! Liu minh Chau, Sekretär des vietnamesischen Jugendbundes, bedankte sich für die überbrachten Spenden bei der Jugend der DDR und wünschte Erfolg für den 20. Jahrestag der Republik. ■

Ein Schiff mit dieser Ladung sandte die Jugend der DDR nach Vietnam



Weshalb ich die ADF unterstütze

Rolf Jürgen Priemer



Ich kandidiere für den Bundestag, um auch auf diesem Wege die reaktionäre und jugendfeindliche Politik der herrschenden Kreise zu entlarven. Um mitzuhelfen, in den nächsten Bundestag Vertreter der Arbeiterschaft und ihrer Jugend zu entsenden. Die jetzt noch amtierenden Bundestagsabgeordneten, die eigentlich die Interessen des Volkes vertreten sollten, sind nicht mehr wählbar. Sie hätten die Aufgabe gehabt, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und nicht die der 0,3 Prozent Bundesbürger zu vertreten, die mehr besitzen als die übrigen 99,7 Prozent zusammen. Sie sollten auch die Forderungen der arbeitenden und lernenden Jugend vertreten. Was aber taten sie?

Im Mai 1968 stimmten sie gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Jugend und der Arbeiterschaft den Notstandsgesetzen zu, mit deren Hilfe die Macht der besitzenden Klasse konserviert und demonstrierende Jugend und streikende Arbeiter niedergehalten werden sollen. Die Bundeswehr-Soldaten sollen gegen ihre Arbeitskollegen, Studienkameraden, ja Väter und Brüder eingesetzt werden.

Der noch amtierende Bundestag hat sich verschiedentlich mit den Protestaktionen der Jugend befaßt, aber in keinem Falle Bereitschaft gezeigt, die wahren Ursachen für die Unruhe zu beseitigen. Ja, wollen die „Volksvertreter“ es denn überhaupt? Springers „Bild-Zeitung“ gab vor den sogenannten Jugenddebatten den anzuschlagenden Ton an: „Randalierer“, „Terroristen“, „Rote SA“. Der Vertreter des Daimler-Benz-Konzerns im Bundestag, Dr. W. Pohle, erklärte zu den Vietnam-Demonstrationen im Februar 1968: „Wir dulden nicht, daß kleine terroristische Gruppen unser gesamtes Volk in Mißkredit bringen und obendrein das Verhältnis zu unseren Verbündeten gefährden.“

Der damalige Innenminister Lücke bezeichnete das brutale Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten als „Verbrechensbekämpfung“ und betrachtete die Ermordung Benno Ohnesorgs als „bedauerlichen Zwischenfall“.

Niemand fand sich in diesem Parlament, der diese üblen Verleumdungen und Drohungen der Jugend zurückwies. Niemand — wir sollten in den kommenden Monaten des Wahlkampfes daran denken!

Wie die herrschenden Kreise und ihre Parteien mit der Jugend umzuspringen gedenken, die gegen ihre Politik protestiert, ergibt sich aus den jüngsten Ankündigungen von Bundeskanzler Kiesinger, Innenminister Benda, von Politikern der CDU/CSU, von führenden Männern der SPD. Es ist das Bemühen erkennbar, sogar noch die Forderungen der neonazistischen NPD zu übertreffen:

■ „Vorbeugehaft“ gegen Demonstranten; Förderung neofaschistischer Umtriebe.

■ Mittelentzug für den VDS; Zuwendungen für die „Deutsche Jugend des Ostens“ (DJO), die immer noch in den Jugendringen vertreten ist.

■ Studiumsverbot für kritische Studenten und Verbotsdrohungen gegenüber dem SDS wohlwollende Duldung des NHB (Nationaldemokratischer Hochschulbund) und des ähnlich rechtsstehenden RSB (Republikanischer Studenten-Bund).

■ Lehrlinge werden von Berufsschulleitungen und Unternehmen vor Teilnahme an Demonstrationen gewarnt; „Lehrlinge haben sich keine Gedanken zu machen“, heißt es in einem Lesebuch für 14jährige, und „Disziplin und Folgsamkeit gegenüber den Anweisungen der Ausbilder“ ordnet die Leitung des Chemie-Konzerns BASF Ludwigshafen an.

Links schlagen, rechts streicheln — das ist die Devise der herrschenden Parteien. Sie denken überhaupt nicht daran, die Grundforderungen der Jugend zu erfüllen.

Seit Jahrzehnten fordern die Arbeiterjugendorganisationen eine fortschrittliche Berufsausbildung. Aber noch heute, im Jahre 1969, werden die gewerblichen Lehrlinge in Industrie und Handwerk nach einer Gewerbeordnung aus dem Jahre 1869 ausgebildet. Sie haben sich „der väterlichen Zucht des Lehrherrn“ zu unterwerfen. Endlich — natürlich kurz vor den Wahlen — befassen sich

aufgrund der wachsenden Proteste seitens der Lehrlinge und Jungarbeiter die Bundestagsparteien mit Gesetzentwürfen zur Berufsausbildung. Sie kuh-handeln aber wieder hinter verschlossenen Türen, fragen die Jugend, die das doch angeht, überhaupt nicht. Ja, die wesentliche Forderung nach Mitbestimmung der Lehrlinge, Jugendvertreter und Arbeiterjugendorganisationen am Arbeitsplatz wird überhaupt nicht beachtet. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, über die der Bundestag Ende 1968 zwar beriet, aber nicht beschloß, soll ein weiterer Wahlkampfköder für die Jugend sein. Auch hierbei wurde mit Absicht am Thema vorbeidiskutiert: es geht doch nicht um die Herabsetzung des Wahlalters schlechthin, sondern um echte Mitbestimmung der jungen Generation — nicht nur bei Wahlen!

Von Mitbestimmung reden sie alle — CDU, SPD, FDP und auch die Unternehmer. Ihre Vorschläge haben eines gemeinsam: Den Vertreter der organisierten Arbeiterschaft — und nur organisiert ist sie eine Kraft —, den Gewerkschaften, kein Mitbestimmungsrecht zuzugestehen.

Echte Mitbestimmung, mit der die Macht der großen Konzerne und ihrer Politiker eingeschränkt wird, mit der die reaktionäre und jugendfeindliche Entwicklung in der Bundesrepublik gestoppt wird — darum geht es.

Fordern wir also an den Schulen: Mitbestimmung der Schüler und Studenten und ihrer Organisationen in allen Fragen.

Fordern wir in den Kasernen: Mitbestimmung der Soldaten und der Arbeiterjugendorganisationen zur Sicherung der Grundrechte, der Menschenwürde und des Friedens.

Fordern wir in den Betrieben: Mitbestimmung der Lehrlinge und Arbeiter und ihrer Organisationen in allen Fragen, Entsendung von Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiterjugendorganisationen in alle Leitungen des Betriebes, um die Alleinvertragsanmaßung der Unternehmer einzuschränken.

Fordern wir auch: Mitspracherecht der Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen in den Parlamenten und allen Ausschüssen.

Über uns maßen sich andere zu bestimmen an. Dagegen müssen wir alles tun. Die Mitbestimmung der Arbeiterjugend kann nicht erbettelt werden — das zeigen die Erfahrungen —, dafür müssen wir kämpfen. Kämpfen überall: In Schulen und Hochschulen, in Kasernen und Betrieben. Und auch zu den Wahlen zum neuen Bundestag. Weil ich mitkämpfen will, noch wirkungsvoller — kandidiere ich für die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF).

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die DKP und die Jugend

Starke Kräfte der Jugend haben sich in das politische Geschehen eingeschaltet. Junge Arbeiter, Schüler und Studenten wenden sich gegen die autoritären Machtstrukturen in der Gesellschaft, im Betrieb, an Hochschulen und Schulen. Bewegungen von Lehrlingen und jungen Arbeitern für eine moderne Berufsausbildung bilden sich heraus.

In der Protestbewegung gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam, gegen die Manipulierung der öffentlichen Meinung durch den Springer-Konzern, gegen Notstandsgesetzgebung und Notstandspraxis haben sich Ansätze einheitlicher Aktionen zwischen der studentischen und der arbeitenden Jugend gebildet. In der jungen Generation entwickeln sich vorwärtsdrängende Kräfte, die sich gesellschaftsverändernden Ideen und Zielen zuwenden.

Bewegungen, Protest und Unwillen unter der Jugend haben ihre Ursache nicht im Generationskonflikt, sondern in den Widersprüchen der Gesellschaft, die vom Großkapital beherrscht wird. Dieses System ist nicht in der Lage, der Jugend eine sinnvolle Zukunft, die Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu ermöglichen.

Die Forderungen der Jugend können nur verwirklicht werden im Kampf um eine demokratisch erneuerte Gesellschaft. Die DKP unterstützt die jungen Arbeiter und Studenten und die von ihnen ausgehenden fortschrittlichen Initiativen für Mitbestimmung in Staat und Gesellschaft, in Betrieben und Hochschulen, ihre Bemühungen um eine moderne Berufsschul- und Hochschulbildung, um die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Die Aktionen der Jugend werden um so erfolgreicher sein, je mehr sich junge Arbeiter und Studenten die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung, die Theorie von Marx, Engels und Lenin zu eigen machen. Das wird es erleichtern, fortschrittliche Jugend und Arbeiterschaft in der Aktion zu verbinden und wirkungsvolle Kampfformen zu wählen.

Die demokratische und sozialistische Jugend wird die Kommunisten als aktive Kampfgenossen an ihrer Seite finden."

(Aus der Grundsatzklärung der DKP, beschlossen auf dem Parteitag in Essen am 12./13. 4. 1969)

Ich möchte Mitglied der DKP werden ☐

Ich bitte um Informationsmaterial über die Ziele der DKP ☐

Name:

Beruf:

Wohnort:

Straße:

Bundesvorstand der DKP,
4 Düsseldorf, Münsterstraße 161



Ein Bericht
von Hermann Sittner

Zweiter Teil: Bevölkerungszunahme – Weltproblem?

Wer vom Hunger in der Dritten Welt spricht, muß gleichzeitig von der dort vor sich gehenden Bevölkerungsexplosion und der damit drohenden Überbevölkerung sprechen. Hunger und Bevölkerungsproblem sind Zwillingsskinder des Kolonialismus, sind Früchte der Ausbeutung und Unterdrückung durch die kapitalistischen Staaten, denen die Völker Afrikas, Asiens und Südamerikas zum Teil hundert Jahre bis in unsere Tage unterworfen waren und noch sind.

Diese kapitalistischen Staaten verhindern heute nicht den Hungertod von jährlich rund 20 Millionen Menschen. Sie geben heute zwar jährlich 160 Milliarden Dollar für militärische Zwecke aus, aber nur 4 Milliarden für Entwicklungshilfe. (Siehe elan 4/69). Und die Ideologen der westlichen Welt können auch heute nicht die Frage beantworten, wie denn bei der erwarteten Verdoppelung der Bevölkerungszahl im Jahre 2000 die neu hinzukommenden Menschen ernährt werden sollen.

Einigermmaßen hilflos erklärte der Generaldirektor der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der UNO: „Wenn die Nahrungsmittelproduktion überall lediglich mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt hält, dann wird sich Ende dieses Jahrhunderts die Zahl der Hungernden und Unterernährten im Vergleich zu heute verdoppeln.“

Und angesichts dieser Situation weiß Professor Paul Ehrlich von der kalifornischen Stanford-Universität nur diese Prognose zu stellen: In den achtziger Jahren sterben Hunderte von Millionen Menschen vor Hunger, wenn sie nicht schon vorher durch Seuchen, Atomkrieg etc. ausgerottet werden.

Verhindern die Kinder den Fortschritt?

Nicht der atomare Krieg also ist für diesen amerikanischen Professor die große Gefahr für die Menschheit, sondern zu viele Kinder. Ärzte, laßt die Seuchen sich ausbreiten — natürlich in den Entwicklungsländern —, Militärs werdet aktiver — in den Entwicklungsländern —, aus den dort stehenden Kinderwiegen droht die große Gefahr! Die Bevölkerungsvermehrung zehrt den wirtschaftlichen Fortschritt auf!

Da klingt des Ex-Präsidenten Johnsons Vorschlag vor der UNO („Anti-Baby-Pillen für fünf Dollar in die Entwicklungsländer geschickt, ersparen uns 100 Dollar Entwicklungshilfe“) direkt human. Aber auch aus die-



sem Satz spricht der Wille, die Profite der großen Monopole zu sichern. Denn echte Entwicklungshilfe kostet Geld, das — zur Verfügung gestellt etwa für die Entwicklung einer nationalen Kunstdüngerproduktion oder zum Aufbau einer nationalen Industrie, die die eigenen Bodenschätze auch verarbeiten kann — auf längere Sicht die Monopolstellung und damit die Profitsicherung der Industriegiganten der kapitalistischen Staaten gefährdet. Die Frage, wie alle Menschen in Gegenwart und Zukunft besser ernährt, besser ausgebildet werden, wie ihnen Arbeit und Leben gesichert werden kann, berührt sie nicht. Sie stellen das Problem der zunehmenden Bevölkerung auf den Kopf.

Selbstverständlich ist das schnelle Anwachsen der Bevölkerung ein Problem — und nicht nur für die Länder der Dritten Welt selbst. Aber vor allem für sie. Bleibt der Geburtenüberschuß so wie er heute besteht, so wird sich die Bevölkerung in Asien in 39 Jahren verdoppelt haben, jene in Afrika in 31 Jahren, und in Lateinamerika werden bereits in 26 Jahren doppelt so viele Menschen leben müssen wie heute. In Europa dagegen wird dies erst in 78 Jahren der Fall sein. Hier ist das Wachstum der Produktivität, in Industrie und Landwirtschaft weit höher als das der Bevölkerung. In den jungen Nationalstaaten ist das Gegenteil der Fall. Das wesentliche Problem besteht darin, beide Wachstumsraten so miteinander zu verbinden, daß den lebenden und künftig geborenen Menschen gedient ist.

Die Pille allein löst keine Probleme

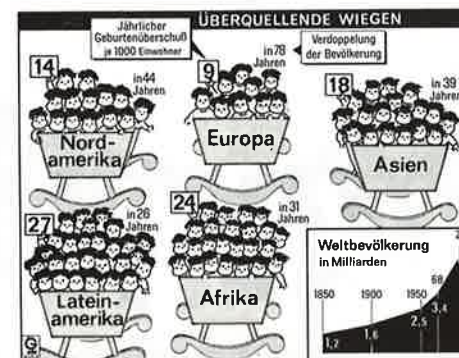
Genau dieses Problem veranlaßt immer mehr Regierungen dieser Länder, in ihre Wirtschaftsprogramme Maßnahmen zur Geburtenkontrolle aufzunehmen. Die Bevölkerung wird mit Methoden der Schwangerschaftsverhütung vertraut gemacht, Medikamente und ärztliche Hilfe dazu werden zunehmend gewährt. Gegenwärtig lebt bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Dritten Welt in Staaten, die offiziell eine Politik der Geburtenkontrolle betreiben. Daß die Durchsetzung dieser Methoden viel Zeit braucht, ist klar: man kann von Analphabeten nicht verlangen, daß sie ebenso schnell die Notwendigkeit dieser Maßnahmen, aber auch ihre praktische Durchführung begreifen wie Menschen in den zivilisierten Staaten. Auch im Deutschland der Jahrhundertwende waren Familien mit 8 bis 14 Kindern — in der arbeitenden Bevölkerung — keine Seltenheit.

Dieses Streben nach Regulierung des Bevölkerungswachstums ist vollauf gerechtfertigt. Die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates läßt sich nur dann erfolgreich planen, wenn die demographischen Faktoren beachtet und so beeinflußt werden, daß die günstigste Verbindung zwischen Bevölkerungsvermehrung und ökonomischem Wachstum entsteht.

Von der Notwendigkeit allerdings, die Volksbildung entschieden zu heben, die Agrarreform durchzuführen, die landwirtschaftliche Produktion zu modernisieren und das Land zu industrialisieren, kann auch die Pille keinen Staat, keine Regierung befreien.

Nur in Verbindung mit der Lösung dieser ökonomischen Aufgaben erfüllt die Pille ihren Zweck. Gelingt der indischen Regierung beispielsweise ihr Programm der Geburtenverminderung, so steigt die Bevölkerung dort nicht um 200 Millionen Menschen, sondern nur um 150 Millionen. Selbstverständlich würde schon das eine Erleichterung der Lage bedeuten. Aber auch ein Mehr von 150 Millionen Menschen wird für das Land schwere Folgen haben, wenn sich die Wirtschaft in dieser Zeit nicht rasch weiterentwickelt. Maßnahmen der Geburtenkontrolle können in keiner Weise den dringenden Bedarf der Entwicklungsländer an Mitteln für den ökonomischen Aufbau oder die Volksbildung mindern. Im Grunde ist nicht der absolute Bevölkerungszuwachs das akute, brennende Problem, sondern vielmehr: Wie, mit welchen Mitteln und Methoden, die Menschen in die Lage versetzt werden, sich ausreichend zu ernähren, zu kleiden, wie das Recht der Menschen auf Arbeit und Leben gesichert wird. ■

Nächste Ausgabe: Wie muß der Kampf gegen den Hunger geführt werden?



A. Glucksmann, A. Gorz
E. Mandel, J.-M. Vincent
Revolution Frankreich 1968
Ergebnisse und Perspektiven
176 Seiten, kartoniert, 9 DM
„provokativ“

Ernest Mandel
**Die deutsche
Wirtschaftskrise**
Lehren der Rezession 1966/67
56 Seiten, kartoniert, 3 DM
„provokativ“

**Kapitalismus und
Pressefreiheit**
Beispiel Springer
Herausgegeben im Auftrage des
Republikanischen Clubs Berlin
von Peter Brokmeier
196 Seiten, kartoniert, 9 DM
„provokativ“

Kurt Johansson
**Vom Starfighter
zum Phantom**
112 Seiten, kartoniert, 7 DM
„provokativ“

Ossip K. Flechtheim
**Die KPD in der
Weimarer Republik**
Eingeleitet von Hermann Weber
272 Seiten, Snolin-Broschur, 15 DM
Leinen 22 DM

Karl Korsch
Schriften zur Sozialisierung
Herausgegeben und eingeleitet
von Erich Gerlach
127 Seiten, kartoniert, 5 DM
„Theorie und Praxis der Gewerkschaften“

Europäische Verlagsanstalt

Frankfurt/Main 70 · Postfach 270

EGG MUSIC



Carsten Linde

SONG MAGAZIN

den Jahren 1855—1872. Besonders reizvoll an dieser Ausgabe ist, daß Bild, Lied und die ausführliche Geschichte (Zeitungsnachrichten usw.) jeder Moritat nebeneinander stehen und wirken. Petzoldts Vorrede und seine fundierten Anmerkungen machen aus der Anthologie ein informatives Buch zum Thema „Bänkellied“.

MUSENKLÄNGE AUS DEUTSCHLANDS LEIERKASTEN

heißt ein — ebenfalls im Originaldruck — neu aufgelegtes Buch mit burschen Texten und absurden Zeichnungen, das 1849 anonym erschien. Unter dem Druck des vormärzlichen Polizeiregimes flüchteten sich die Dichter dieser Lieder in die namenlose, provokatorische eingesetzte Groteske gegen den Ernst und die Sturheit des Vormärz. Das im Kiepenheuer und Witsch Verlag erschienene Bändchen legt durch Illustration und Text Zeugnis ab für die Verharmlosung des politisch Hinterhältigen, für das Doppelbödige des Biedermannes zur Zeit des Biedermeier, den Arno Schmidt einmal als „sanften Unmenschen“ bezeichnet hat. Zum Verschenken eignet sich vorzüglich das von H. TORNECK und H. MÄHRLEN zusammengestellte und von Bele Bachem teilweise farbig illustrierte Buch „STILL IM AUG' ERLÄNZT DIE TRÄNE — Lieder die zu Herzen gehen“ (Westermann Verlag, 15,80 DM) in dem 60 Lieder mit Noten wiedergegeben sind. Dem Buch liegt

zur Veranschaulichung des Liedtypus eine Schallfolie bei. Das Nachwort der Herausgeber ist ohne Belang und beinhaltet keine gesellschaftliche oder politische Deutung dieser Art von Volksliedern. Es fehlt ferner der Hinweis auf Entstehungsjahr und -ort. Dies gilt auch für eine schmale Anthologie „LIEDER DER MAMSELL“ (Müller & Kiepenheuer Verlag, 19,80 DM), die in der Ausstattung (keine Noten, keine Originalbildwiedergaben aus der Entstehungszeit) zu wünschen übrig läßt und im Preis überhöht erscheint.

Reichtum und Vielfalt der brasilianischen Folklore und des Bossa Nova dokumentiert die Schallplatte **FOLKLORE e BOSSA NOVA DO BRASIL** in eindrucksvoller Weise (SABA SB 151102, Stereo, 19 DM). Der Firma ist es gelungen, auf dieser LP die berühmtesten brasilianischen Sänger und Musiker vorzustellen: Rosinha de Valença, Sylvia Telles, Edu Lobo, Salvador Trio Sergio e Chico Batera u. a. Mit ihrem Programm, das vom wilden Ritual der Macumba-Besessenen über die Poesie des Bossa Nova bis zum Protest-Song Edu Lobos reicht, gastierten die Künstler bei den Berliner Jazztagen. Neben der Lust, zu den rhythmisch-melodischen Ekstasen zu tanzen, vermittelt die großartige LP durch den ausführlich informierenden Begleittext ein tieferes Verständnis der brasilianischen Musik, deren Wurzeln auf die spanische Gi-

tarrentradition des Barock und der Renaissance sowie auf die Yoruba-Rituale Westafrikas verweisen.

MUSIK DEUTSCHER ZIGEUNER spielt das **SCHNUCKENACK REINHARDT QUINTETT** (SM 95 015, 19 DM). Seine erste LP ist eine eindrucksvolle Dokumentation des musikalischen Geschehens unter den in Deutschland lebenden Zigeunern, von denen die meisten nur im Familienkreis musizieren und sich der Öffentlichkeit verschließen. Das Schnuckenack Reinhardt Quintett spielt virtuos Jazz im Stile des legendären Django Reinhardt (Sweet Georgia Brown — Some of these days). Ursprünglich und vital sind die Beispiele der Folklore deutscher Zigeuner (Fuli tchai), elegant und melodisch der Musette-beein-

flußte Swing Walzer La Bohème). Jazz-Fans und Folklorefreunden sei diese LP nachdrücklich empfohlen.

Mit zwei bemerkenswerten Neuerscheinungen hat die Reihe **DA CAMERA SONG** gezeigt, daß es in Deutschland gute Interpreten von Folklore gibt und daß man mit ihnen anspruchsvolle LPs produzieren kann. **HEIN & OSS KRÖHER**, singende Zwillinge aus Pirmasens, stellten die hervorragende LP „**HAUL AWAY — SEEMANNSLIEDER**“ (SM 95016, 19 DM) zusammen, entwarfen das Plattencover und schrieben die Hüllentexte selbst. So entstand eine Schallplatte, deren sachkundige Anmerkungen den akustischen Eindruck der Songs vertiefen und festigen. Ohne modische (verzerrende) Arrangements ist die instrumentelle

Begleitung gehalten, die aber gerade durch ihre Schlichtheit — etwa in „The Leavin' of Liverpool“ — besticht. Vom stimmlichen Ausdruck her sind Hein & Oss geradezu prädestiniert für die alten, teils rauhen, teils gefühlvollen Seemannslieder (Haul away; Spanish Ladies; Die Reise nach Jütland). Hein & Oss verherrlichen weder das „lustige Matrosenleben“ noch beklagen sie das „Seemannslos“. Mit ihren realistischen traditionellen Liedern vom Leben, Lieben und der Arbeit der Seeleute rücken sie ein wenig das romantische Bild der Seemannslieder zurecht, das bisher von Freddy und den Hamburger Hafenkonzerten geprägt wurde.

JULIETTE GRECO, einst gefeierte Wortführerin der Existenzialisten, gehört seit 20 Jahren zu den Großen des französischen Chansons. Erst jetzt importierte die Firma Philips die vielen LPs, die sie im Laufe der Jahre mit ihrer wandelfähigen, mal zärtlichen, mal harten, schmeichelnden oder brutalen Stimme besungen hat. Eine dieser LPs heißt „**JE SUIS COMME JE SUIS**“ (Philips S 844 790 BY, 19 DM). Auf ihr demonstriert die Greco ihr ganzes Können mit Chansons von Prévert, Kosma, Bécud, Sagan. Juliette Greco fordert in einigen dieser Lieder zur Freiheit auf, so zu leben, wie man möchte und zeigt in anderen die Schattenseiten und Unterdrückungstendenzen der heutigen Gesellschaft auf.



HIT PARADE

1. **LIEBESLEID**
Peter Alexander (Ariola)
2. **LOVE IS LOVE**
Barry Ryan (Polydor)
3. **FIRST OF MAY**
Bee Gees (Polydor)
4. **ATLANTIS**
Donovan (CBS)
5. **CRIMSON AND CLOVER**
Tommy James & the Shondells (Vogue)
6. **ES WIRD NACHT SENORITA**
Udo Jürgens (Ariola)
7. **I HEARD IT THROUGH THE GRAPEVINE**
Marvin Gaye (Tamla Motown)
8. **GAMES PEOPLE PLAY**
Joe South
9. **SURROUND YOURSELF WITH SORROW**
Cilla Black
10. **OBLADI, OBLADA**
Beatles (Odeon)



INFORMATION

Einer der hervorragendsten Meister des Blues ist heute unumstritten ein englischer Werbegrafiker namens John Mayall. Von seiner Amerikareise im vergangenen Jahr brachte er eine Reihe von Eindrücken mit, die er auf der LP „Blues from Laurel Canyon“ verarbeitet. In einer wundervollen lyrischen Sprache erzählt er von den Stationen seiner Reise im Flug über den Ozean, dem Leben auf

den Straßen New Yorks. Im gewaltigen Kontrast dazu die Einsamkeit im Laurel Canyon und die Begegnung mit dem „Cane Heat“ auf deren Doppel-LP er übrigens am Piano zu hören ist, und die er zu einem „Teil seiner Familie“ zählt. Die Melodien seiner Songs strahlen eine Faszination aus, wie wir sie sonst fast nur von den Naturtalenten des Blues, den amerikanischen Negern ge-

wohnt sind. Auf dieser LP liegt Blues in hoher Perfektion vor. Die „Impressionen“ einer Reise sind wärmstens zu empfehlen. **BLUES FROM LAUREL CANYON** / John Mayall Decca

Inmitten eines gewaltigen feurigen Atomblitzes erscheinen sechs diffuse Gestalten: „The Jefferson Airplane“ auf dem Cover ihrer neuen LP „Crown of Creation“. Nach Meinung der

„New York Times“ ist diese Gruppe der führende Repräsentant der San Franciscoer Bewegung der Rockmusik. Obwohl verhältnismäßig jung auf dem Schallplattenmarkt, erhielt sie bereits eine „Goldene“ für ihre LP „Surrealistic Pillow“. Wer Jefferson Airplane kennt, weiß, daß man ihren Musikstil nicht einfach als Rock bezeichnen kann. Denn diese Gruppe zeichnet sich, wie noch einige

andere (z. B. Nice, Cream, Vanilla Fudge) vor allen Dingen dadurch aus, daß sie einen eigenen, extrem individuellen Sound bringt, den typischen „Jefferson Airplane-Sound“. Es genügt daher nicht, nur einfach hinzuhören, man muß sich ihre Musik erarbeiten. Eine Arbeit, die sich lohnt. **CROWN OF CREATION** / Jefferson Airplane (RCA Victor LSP 4058)

Sündenregister

Weiter läuft die Aktion Sündenregister. Fragebogen sind noch bei der Redaktion erhältlich.

Im „Berliner Extradienst“ lasen wir von Eurer großen Fragebogenaktion in bundesdeutschen Betrieben. Wir wünschen Euch für Euren Kampf um eine Demokratisierung der Betriebe viel Erfolg und dürfen Euch gleichzeitig einige Materialien aus Schleswig-Holstein zuschicken, die Ihr vielleicht mit auswerten könnt. Wenn Ihr noch Fragebogen habt, schickt uns ruhig welche. Wir geben sie dann weiter an progressive Berufsschüler, die sie vor ihren Betrieben verteilen können. BERND BEHRENS, Unabh. Schülerzeitung „Forum“, Kiel

Für Sozialismus

Mit der Ausgabe 3/69 beschäftigt sich unser Leser Kurt Schölzke.

Ich bin zwar kein Kommunist, aber bekenne mich zum Sozialismus. Und zwar zu dem Sozialismus, der unsere Gesellschaftsordnung zugunsten des ehrlich schaffenden Volkes verändert. Der Artikel „Revolte gegen Formierung“ hat mir in der Nr. 3/69 gut gefallen. Was Max v. d. Grün schrieb ebenfalls und der Bericht von Jupp Angenfort hat mich sehr erschüttert. KURT SCHÖLZKE, Waldbröl

Brief an Falken

Mit einem Brief wandte sich der SDAJ-Landesverband Hessen an die Delegiertenkonferenz der SJD — Die Falken Hessen-Süd. In dem Brief hieß es u. a.:

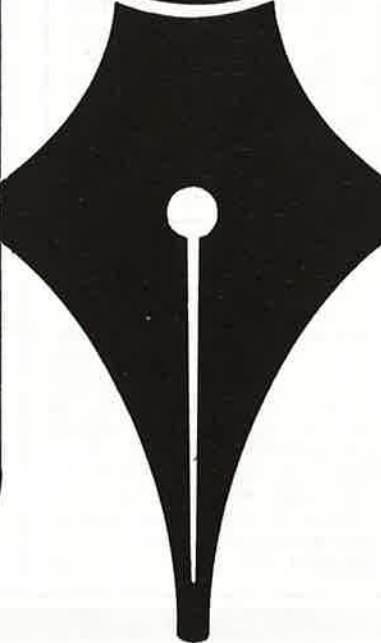
„Wir sind davon überzeugt, daß trotz aller möglichen Differenzen zwischen der SJD und der



POST

An
Redaktion „elan“
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können
oftmals
leider nur gekürzt
veröffentlicht
werden. Wir bitten
um Verständnis.
Die Briefe
erscheinen nicht
unter
Verantwortung der
Redaktion.



SDAJ es nur zum Vorteil für beide Organisationen und für die gesamte Arbeiterjugend in unserem Land sein kann, wenn wir über anfängliche Gespräche hinaus zu einem engen Kontakt und zu gemeinsamen Aktionen gelangen.

Probleme sind genügend vorhanden!

Während eine Prozeßlawine gegen Demokraten anläuft, bereitet sich die offen faschistische NPD schon auf ihren Einzug in den Bundestag vor. Während nazistische Blutrichter freigesprochen werden, wird gegen Demonstranten die Vorbeugehaft geplant. Während die Gewinne der Großindustrie steigen, warten die Lehrlinge auf ein den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechendes Ausbildungsgesetz. Während sich große Teile der linken Bewegung in unserem Land in einer Strategiediskussion befinden, geht die Reaktion unter Thadden, Springer und Strauß daran, die Opposition zu zerschlagen.

Nicht erst im KZ müssen sich Sozialisten aller Richtungen über den gemeinsam zu bekämpfenden Feind einig sein.“ SDAJ, Landesverband Hessen

NPD-Bürgerwehr

Etwa 200 Anhänger der außerparlamentarischen Opposition, darunter zahlreiche SDAJ-Mitglieder, protestierten in Stuttgart-Bad Cannstatt gegen die verfassungswidrige NPD, die provokatorisch einen Tag nach den Osterdemonstrationen eine öffentliche Kundgebung anlässlich ihres 1. baden-württembergischen Jugendkongresses abhielt.

Kundgebungsteilnehmer, die dem „Führer“ Thadden nicht zustimmen wollten, wurden aus dem Saal geprügelt.

Thadden forderte in seiner Hetzrede unter anderem die Aufstellung einer Bürgerwehr, die der APO „schon auf die dreckigen Finger haut.“ Als mehrere De-

monstranten nach Veranstaltungsschluß die Wagen von Thadden und seiner Leibwache aufhalten wollten, um den Nazi-führer zur Rede zu stellen, gingen Anhänger der NPD und Mitglieder der Leibgarde brutal gegen mehrere Demonstranten vor. Dabei wurde das Bundesvorstandsmitglied der SDAJ Wolfgang Ziller zu Boden gezerrt und brutal zusammengeschlagen, nachdem er sich wieder aufgerichtet hatte, traf ihn ein NPD-Schläger mit einer Stahlrute am Hinterkopf. Der Verletzte brach bewußtlos zusammen und mußte daraufhin in einem Cannstatter Krankenhaus ambulant behandelt werden.

Gegen die Schläger wurden mehrere Strafanzeigen wegen Körperverletzung gestellt. SDAJ, Landesverband Baden-Württemberg.

Briefwechselwünsche

Wieder liegen der Redaktion eine ganze Reihe von Briefwechselwünschen vor.

MIRKA VINCENTOVA (15 Jahre, Mädchen), Sevcovska 9, Gottwaldov I, CSSR.

DANA BACHOROVA (17 Jahre, Mädchen), Scheinerstr. 6, Karlovy Vary, CSSR.

HELENE VITROVSKA (16 Jahre, Mädchen), Bezrucstr. 1, Karlovy Vary, CSSR.

JARMILA LANSKA (18 Jahre, Mädchen), III. voc. SES, Klatovy, CSSR.

RUZA FLEISSIGOVA (18 Jahre, Mädchen), III. voc. SES, Klatovy, CSSR.

DAN FIBICH (15 Jahre, Junge), Bubenecská 27/388, Prag 6, Bubenec, CSSR.

VERA NADENICKOVA (19 Jahre, Studentin), ul. Al. Jiraska 725, Napajedla, okr. Gottwaldov, CSSR.

MARIE BRICHACKOVA (15 Jahre, Mädchen), Zerotinova 195, Vysoke, Myco, CSSR.

HELENA NOVAKOVA (15 Jahre, Mädchen), Rudna II u Prahy, Suvorovava 32/123 okr. Beroun, CSSR.

JAROSLAVA ERBENOVA (17 Jahre, Mädchen), Libonice 10, Horice v Podkrkonosi, okr. Jicin, CSSR.

VLASTA HRUSKOVA (17 Jahre, Mädchen), Malatova 1246, Horice v Podkrkonosi, okr. Jicin, CSSR.

EMIL NAVRATIL, / Male Heraldice c. 70, p. p. Velke Heraldice, okr. Opava, CSSR.

MIROSLAV KINDERNAY, Banska Bystrica, Suermova 19, CSSR.

MILOSLAVA HOLUBOVA (15 Jahre Mädchen), Velke Hydčie 64, p. Horardovice, okr. Klatovy, CSSR.

JAROSLAVA BROKESOVA (19 Jahre, Mädchen), DM Karlovy Vary, tr. Jednotnych odborů 13, CSSR.

PS:

Es würde Seiten füllen, wenn wir alle Anschriften junger Leute veröffentlichten, die Briefwechselwünsche an uns herantragen. Der Redaktion liegen zahlreiche Anschriften junger Leute aus der Sowjetunion, Ungarn, der CSSR, Polen, Frankreich, Kuba und anderen Ländern vor, die mit Jugendlichen aus der Bundesrepublik korrespondieren möchten. Liebe Leser, schreibt uns Eure Adressenwünsche. Wir werden Euch gern Anschriften aus den verschiedenen Ländern übersenden. Redaktion elan

Schüsse am Ussuri

Kritik und Zustimmung löste Bernd Schönauers Auseinandersetzung mit dem sowjetisch-chinesischen Grenzkonflikt aus.

Schönauer sagt es: in China herrscht Diktatur! Richtig dort herrscht die demokratische Diktatur des Volkes! Schönauer will Kommunist sein, ist aber gegen diese Diktatur. Um zum Abschluß Schönauers eigene Worte zu gebrauchen: „Seine ideologische Schwäche ist erschreckend.“

HUGO LANZ, München

Arbeiterjugendgericht

In Nr. 4/69 berichtete elan ausführlich über das Hamburger Arbeiterjugendgericht.

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über das Arbeiterjugendgericht, die ich für ausgezeichnet halte, bin ich der Meinung, daß ein zeitgemäßes Berufsausbildungsgesetz nicht von selbst kommt. Ich unterstütze die Forderung, am 21. Juni in Bonn gegen die hundertjährige Gewerbeordnung zu demonstrieren. WERNER HILKE, Betriebsrat, Hannover

Abonnenten habens besser . . .

ich bestelle ab
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan.

(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

Weltkreisverlags
GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

Jagow versichert (fast) alles — auch Deinen Jugendclub und Deine Jugendgruppe und DICH!

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

SDAJ

URLAUB FÜR JUNGHE LEUTE

DDR
Jugendcamp
Wilhelmsthal
DM 88,50
(ohne Kosten für Anreise)

Ungarn

Nähere Auskünfte erteilt
Sozialistische
Deutsche Arbeiterjugend
Bundesvorstand

Termine:
6. 7. — 19. 7. 1969
20. 7. — 2. 8. 1969

43 Essen, Bersonstraße 11
Telefon 23 23 27

Es lohnt sich!

Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtauschrecht.
Kleinste Raten. Fordern
Sie Gratiskatalog C 286

NÖTHEL Deutschlands größtes
Büromaschinenhaus
34 GÖTTINGEN, Postfach 601



Evamaria Sonntag



Sabine Künsemüller

KURZFILME IN OBERHAUSEN

Der erwartete Skandal blieb zum offenkundigen Ärger einiger Zuschauer und Jungfilmer in diesem Jahr aus. Nachdem im vergangenen Jahr eine Gruppe versucht hatte, das bedeutendste internationale Kurzfilmfestival durch Auszug zu sprengen, ließ die Veranstaltungsleitung den selbstbewußten Jungfilmern diesmal alle Freiheiten. Ähnlich wie kurz zuvor in Hamburg und Stuttgart wurden drei Tage vor der offiziellen Eröffnung alle eingereichten (ca. 220) Filme gezeigt, aus denen die anwesenden Kritiker und Regisseure das deutsche Wettbewerbsprogramm herausdestillierten. (Das Ergebnis war katastrophal. Neben einigen Formalisten, die — unbelehrbar — noch immer glauben, „schöne“ Farben und Lichteffekte machten schon einen sehenswerten Film, mühte sich das Gros sozial und politisch engagiert aufzutreten. So versuchten Gisela Büttgenbender und Jutta Schmidt in ihrem (mit dem Großen Preis ausgezeichneten) Film „Heinrich Viel“ Leben und Arbeit eines Mannes am Fließband darzustellen. Die monotone Dauereinstellung der Kamera auf das Problem der Fließbandarbeit aufmerksam zu machen, will vermutlich gegen sie protestieren, langweilt aber nur. Andere — im vergangenen Jahr waren sie noch lyrisch — gehen mit kaum verhohlener Arroganz daran, Hausfrauen über Wohnprobleme zu befra-

gen oder versuchen mit faschistischen Mitteln anderen Leuten faschistische Tendenzen nachzuweisen („Die Fresse“ von Adolf Winkelmann). Abgesehen von wenigen Ausnahmen (z. B. Kurt Rosenthals ebenfalls prämiierter Film „Von der Revolte zur Revolution“ und Hannes Fuchs' „Film 68“) beschränkt man sich auf Selbstbefriedigung und die Erklärung, man habe die Revolution ins Kino getragen. „Doch wem nützt das was?“ Die Programme des Auslands waren zum Teil erstaunlich konventionell (so das der UdSSR, Polens und Großbritanniens), boten andererseits aber auch ein breites Spektrum gut gemachten politischen Films. Be-

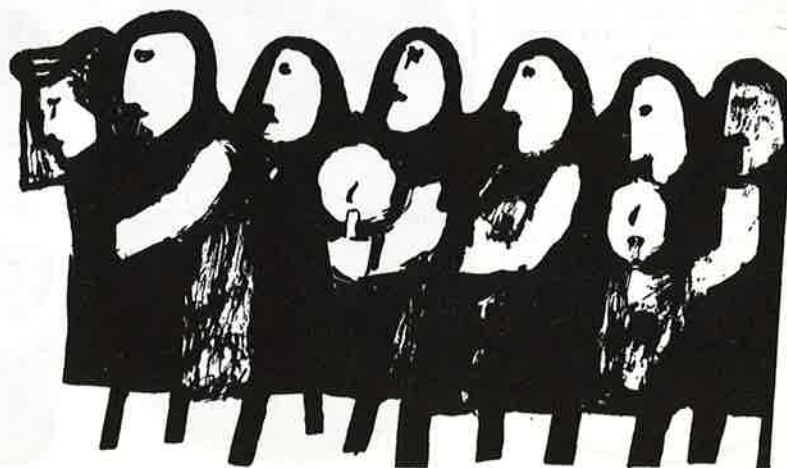


stes Beispiel ist das italienische Programm, das mit „Spagna 68“ (Bericht über die Widerstandsbewegung in Spanien) das nicht-faschistische Spanien vertrat oder in „Della Conoscenza“ eine saubere Analyse der Krise in den Universitäten, eine Untersuchung des Ziels einer Gesellschaftserneuerung bot. Die Form des satirischen Agitationsfilms wählten die Kubaner in ihrem einzigen Beitrag „L. B. J.“ (Initialen für Lynden B. Johnson). Ausgehend von den Morden an Martin Luther King, Robert und John F. Kennedy ist er historisch/poetische Synthese der Gewalttätigkeit in den USA von der Zeit des Wilden Westens bis in unsere Tage. — Kritik und



politische Aussage in den Ostblockländern wird formal meist in Gleichnissen oder Trickfilmen zum Ausdruck gebracht; so in dem preisgekrönten jugoslawischen Film „Die Tage kommen“: dieser Trickfilm zeigt den Menschen unter der ständigen Bedrohung durch die in seinen privaten Bereich eindringenden Kräfte, denen er schließlich erliegt. —

Insgesamt muß man feststellen, daß diese XV. Westdeutschen Kurzfilmtage, trotz weitgehender Bemühungen um demokratische Auswahl- und Bewertungskriterien, einmal mehr gescheitert sind, gescheitert am Überangebot filmischen Durchschnitts.



Adolf Winkelmann: DIE FRESSE

Adolf Winkelmann, Kunststudent in Kassel und bis dato mehr lyrisch gestimmter Jungfilmer, erhitzt zur Zeit mit seinem 15-Minuten-Kurzfilm „Die Fresse“ die Gemüter von Festspielbesuchern und Fernsehzuschauern. Was geschieht in diesem Film? Ein neunzehnjähriger Freiwilliger wird auf einem Stuhl festgeschnallt und vor den Augen von ca. zwanzig, ebenfalls

jugendlichen Zuschauern blutig geschlagen. Diesen Vorgang und das Verhalten der Zuschauer protokolliert die Kamera. Die Zuschauer, deren Aktion und Reaktion Winkelmann herausfordern will, greifen in die Mißhandlung nicht ein: „Das war doch nur Film!“ — Winkelmann möchte seinen Film als politischen Film verstanden wissen; er will an dieser Modellsituation klarmachen, wie sehr alte Sehgewohnheiten (Prügelnszenen gibt es in jedem besseren Western) die Menschen haben autoritätshörig werden lassen. — Fraglich ist nur, ob das Ergebnis dieses Schock-Spiels ohne Schauspieler und Fabel, das schließlich zu erwarten war, die Manipulation Winkelmanns an seinem, ihm intellektuell weit unterlegenen „Freiwilligen“ rechtfertigt.



Peter Zadek: ICH BIN EIN ELEFANT, MADAME

Der Erstlingsfilm Peter Zadeks, der bereits bei den Dreharbeiten in Bremen den Volkszorn heraufbeschwor — Hakenkreuz vor dem Parlamentsgebäude — macht auch gutwillige Kinogänger böse. Denn es handelt sich nicht um einen Film konventioneller Art, sondern um stilisiertes Theater, um Momentinszenierungen. Man kann es auch positiv als Raffung des Stoffes auf das Wesentliche ansehen — was herauskommt, ist symbolisch-schwangeres Arrangement im Sinne Neuer Deutscher Film.

Das Ärgerlichste allerdings ist der Inhalt: Zadek interessiert die Position des Außenseiters in einer programmierten Gesellschaft. Er mustert den bundesrepublikanischen Schulbetrieb,

der zwischen Reformwillen und Beamtenordnung sein miesmuffiges Dasein weiter fristet. Schülertypen stehen Lehrertypen gegenüber: die Generationskonflikte werden mechanisch ausgetragen, jeder spielt seine Rolle perfekt. Bis auf Rull, den Schüler, der sich gegen die Übernahme jeder Rolle wehrt. Darum ist er untragbar und wird von der Schule entfernt, obwohl er die Sympathie aller hat. Der Regisseur zeigt das alles ohne sichtliche Parteinarbeit, er mischt sich nicht in die Auseinandersetzung. Seine Position ist die eines nicht wertenden Betrachters — und das ist eines der Hauptübel des Films: er ist konsequent von „außen“ gemacht. Es interessiert die Konfrontation an sich, nicht ihre Ursache. Die Choreographie eines Zusammenpralls von Demonstranten und Polizei ist wichtiger als die freiwerdenden Emotionen während des Knüppelns. — Zadek sieht nicht das Neue des Konflikts, sondern nur das Alte: Aktion und Reaktion. Banal und, weil unter der Vorgabe der Auseinandersetzung mit politischem Stoff, scheint uns der Film vereinfachend, d. h. diffamierend und wiederum verdummend.

Ingmar Bergman: SCHANDE

Daß der schwedische Regisseur Ingmar Bergman sich alleweil zum „Sehen und Künden“ bemüht (und berufen) fühlt, ist nichts neues. Seine Lieblingsthemen, Existenznot und Verdammnis der Vereinzelung innerhalb der Gesellschaft, sind vom ersten bis zum jetzigen, dreißigsten Film an die gleichen geblieben. — Diesmal ist es das Musikerehepaar Jan und Eva Rosenberg (Max v. Sydow/Liv Ullmann), das sich in Erwartung (irgend) einer Invasion, eines Krieges in die ländlich-sittliche Einsamkeit einer Insel zurückgezogen hat, Obst und Hühner züchtet und, abgesehen davon, daß auch zwischen ihnen (irgend) etwas nicht stimmt, recht friedlich lebt. Das anonyme Unheil kündigt sich an: Panzerspähwagen tauchen in der benachbarten Kleinstadt auf, die Kirchenglocke läutet werktags und Jan bekommt plötzlich einen Weinkampf. Dann ist Krieg. Welcher es sein soll, wird nicht gesagt. Bergman bleibt ganz allgemein — wie immer —, meint „Krieg an sich“. Jan und Eva werden zwischen den Fronten hin und hergerissen; mal fallen sie der Terrororganisation in die Hände, mal der anderen kriegführenden Partei. Sie werden befreit, doch der Preis ist — könnte es anders sein — Evas

Hingabe an den senilen Oberst Jacobi (Gunnar Björnstrand). Als dieser wieder mit der Terrororganisation zusammenstößt, darf der betrogene Ehemann sich rächen und seinen Rivalen erschießen. — Grauen und Groteskes kommen auch vor: Eva und Jan verlassen die Insel im Boot mit einigen Greisen, teilen mit ihnen die letzte Wasserration; Eva träumt von Parks, weißen Villen und von einer Tochter, während außen Soldatenleichen vorbeischwimmen. — Bergman verzichtet auf die sonst übliche Filmmusik und hinterlegt das ganze mit der Geräuschkulisse eines apokalyptischen Krieges: knatternde MG's, brennende Bäume, ein im „Stahlgewitter“ zerberstender Wald, explodierende Düsenjäger und schweres Geschützfeuer sollen realistische Darstellung eines Weltuntergangs sein als Strafe für den Sündenfall des gleichzeitig ersten und letzten Menschenpaares Eva und Jan.

— Wer geglaubt hat, diesmal um die Darstellung Bergmanscher Seelenhöllen herumzukommen, täuscht sich: am Ende des Infernos irren Eva und Jan über die tote, mit Trümmern übersäte Insel, die im Rauch wieder zum mythischen Ort, zur Seelenlandschaft geworden ist.

Insgesamt gesehen will der Versuch, Bergman mit diesem Film zum politisch engagierten Regisseur zu stempeln nicht gelingen. Ein Protest, der sich tiefenpsychologisch verbrämt, ästhetischer Mystizismus bedient, um gegen Krieg, Terror, Bedrohung und Angst aufzutreten ist kein Protest mehr, sondern bestenfalls schöngestriges Kulturgeschwätz.



UN
INVITED
GUEST

CORVET
CAPTAIN
ALLEN
STRATTON
HANOI



elan

Der ungebetene Gast
Korvetten-Kapitän Allen Stratton
z. Z. Hanoi